

Preussische Allgemeine

Nr. 41 · 11. Oktober 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



Streitthema Isegrim

Die Zahl der gefräßigen Wölfe nimmt kontinuierlich zu – und wird zu einer immer größeren Gefahr für das Weidevieh und den Menschen Seite 2



Internationale Politik Die gefährliche Selbstgewissheit des Westens Seite 3



Oksbøl Erinnerung an das größte deutsche Flüchtlingslager in Dänemark Seite 19

FOTOS: PAWILIFE/WILDLIFE/LANE; PA/DPA/EPA ATEF SAFADI; SEEGER

VON RENÉ NEHRING

Haben sie es wirklich nicht verstanden – oder tun sie nur so? Wer sich den Großteil der Stellungnahmen zum ersten Jahrestag des Hamas-Terrors gegen Israel vom 7. Oktober 2023, bei dem rund 1200 Menschen ermordet wurden, in den führenden Reihen der deutschen Politik ansieht, muss ermüdet feststellen, dass den Verantwortungsträgern unseres Landes noch immer nicht bewusst ist, welche Entwicklung gerade vor unser aller Augen abläuft. Oder aber, dass sie genau wissen, was da abläuft und gezielt Nebelkerzen werfen.

So bekannte etwa Kanzler Olaf Scholz im Rahmen einer Gedenkveranstaltung in Hamburg, noch immer von den Ereignissen des vergangenen Jahres erschüttert zu sein, und dass es für ihn „bedrückend“ sei, „dass Antisemitismus“ in unserem Land „eine größere Rolle spielt als in den letzten Jahren“. Außenministerin Annalena Baerbock schrieb in einem Beitrag für die „Bild am Sonntag“, dass es sie „beschäme“, dass sich Juden längst auch in Deutschland unsicherer fühlten und dass antisemitische Angriffe zugenommen hätten sowie auch, dass iranische Raketen gegen Israel auf deutschen Straßen gefeiert würden. Und FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai erklärte für seine Partei, dass es „unerträglich und unentschuldig“ sei, „dass 85 Jahre nach der Reichspogromnacht Jüdinnen und Juden sich auf deutschen Straßen nicht mehr sicher“ fühlten.

Ausblenden der Täter

Was die Genannten – die stellvertretend für fast alle Wortmeldungen der letzten Tage stehen – geflissentlich auslassen, ist die Frage, aus welcher Richtung jüdisches Leben in Deutschland eigentlich bedroht ist. Schon vor einem Jahr, unmittelbar nach dem Terror des 7. Oktober, riefen Vertreter des politischen Establishments unter dem Slogan „Nie wieder ist jetzt!“

Das Gedenken an den Hamas-Terror gerät zur Farce

Die deutsche Politik beklagt aus Anlass der Anschläge vom 7. Oktober 2023 den Juden Hass – und verschweigt, aus welcher Richtung dieser kommt

dazu auf, gegen „Antisemitismus, Juden Hass, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ zu demonstrieren – und lenkten damit systematisch davon ab, dass jüdisches Leben in Deutschland (wie durchgehend in allen Ländern des Westens) keineswegs von Einheimischen bedroht ist.

So kehrten in Deutschland seit den frühen 90er Jahren des 20. Jahrhunderts zehntausende Nachkommen der Überlebenden der nationalsozialistischen Judenverfolgung aus den USA und Israel in die Heimat ihrer Vorfahren zurück, und zusammen mit sogenannten Kontingentsflüchtlings aus der untergegangenen Sowjetunion ermöglichten sie ein nach der Shoah nicht mehr für möglich gehaltenes Wiederaufblühen jüdischen Lebens in Deutschland. Es entstanden konfessionsgebundene jüdische Schulen, koschere Restaurants und auch zahlreiche neue Synagogen. Und lange Zeit konnten fast alle diese Einrichtungen ohne besondere Sicherheitsmaßnahmen bestehen.

Das änderte sich erst zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Der Terror des 11. September 2001 in New York und Washington erwies sich schnell nicht nur als Angriff auf die USA und/oder auf Israel, sondern als Fanal eines fanatischen islamischen Kampfes gegen die westliche Lebensart an sich. Die Anschläge auf die Al-Ghriba-Synagoge in Djerba 2002, auf die Londoner U-Bahn 2005, auf die Redaktion des Magazins „Charlie Hebdo“ und das

„Bataclan“-Theater in Paris 2015, auf den Brüsseler Flughafen 2016, auf dem Boulevard „La Rambla“ in Barcelona 2017 oder auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz 2016 hatten immer den gleichen Täterkreis – nämlich radikale Muslime – und stets das gleiche Ziel – die freiheitliche westliche Lebensart. Es waren keineswegs deutsche oder europäische Rechtsextremisten, die die Sicherheitsbehörden zu einem besonderen Schutz jüdischer Einrichtungen zwangen, sondern die permanente Bedrohung durch muslimische Terroristen.

Es kann derzeit jeden treffen

Was die Liste der genannten und vieler weiterer Anschläge offenbart, ist, dass der muslimische Hass auf die Juden und den Westen keineswegs auf eine Minderheit beschränkt ist. Zudem belegen die weltweit zahlreichen „Pro-Palästina“-Demonstrationen vor einem Jahr und dieser Tage sowohl eine breite Zustimmung zu den Morden der Hamas als auch – das gilt insbesondere für die stets präsenten „Allahu-akbar!“-Rufe – eine offene Infragestellung unserer gesellschaftlichen Ordnung in weiten Teilen der zugewanderten Muslime.

Was die Erfahrungen der jüngsten Zeit auch belegen, ist, dass dieser Hass alles und jeden treffen kann: die arglos Reisenden in einem Regionalzug, die stöbernden Kunden eines Kaufhauses, den Polizisten im Einsatz, die Glühwein trinkenden Be-

sucher eines Weihnachtsmarktes, das schwule Pärchen, das Händchen haltend durch die Straßen zieht und dafür abgestochen wird – oder auch gemäßigte muslimische Stimmen, die sich offen gegen den Fanatismus wenden und dafür jahrelang unter Polizeischutz stehen.

Umso schlimmer, dass Medien und führende Politiker noch immer um den sprichwörtlichen „heißen Brei“ herumreden und etwa – wie der Grünen-Politiker Volker Beck dieser Tage auf „Welt“ – allgemein und unverbindlich von Integrationsproblemen schwafeln oder auch von einem angeblich versagenden Schulsystem oder gar von einer Gesellschaft, die sich fragen müsse, was sie falsch gemacht habe. Dabei liegt die Antwort auf der Hand: Falsch war die völlig sinnfreie unkontrollierte Aufnahme von Millionen Zuwanderern aus Kulturkreisen, in denen der Hass auf die Juden und gleichermaßen den Westen insgesamt seit Generationen zum guten Ton gehört – und gleichzeitig all jene verdammt wurden, die vor den heute sichtbaren Folgen gewarnt haben.

Solange sich die westliche Politik allgemein und die deutsche im Besonderen nicht an die Korrektur dieser Fehlentwicklung setzt, sind all die Bekenntnisse zu Israel und gegen Juden Hass bestenfalls dummes Geschwafel – schlimmstenfalls jedoch ein gefährlicher Beitrag zur Verschärfung jener Situation, die sie angeblich beklagen.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Trotz angeblich voller Gasspeicher droht Deutschland ein harter Winter Seite 4

Kultur

Dresden schließt mit zwei Ausstellungen das Caspar-David-Friedrich-Jahr ab Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Ein Nachmittag zu Ehren der Dichterin Gertruda Turek Just in Sensburg Seite 13

Lebensstil

Adenauers Schwäche für den angelsächsischen Kriminalroman Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 304401 41
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Über 3000 Wölfe jagen zwischen Rhein und Oder. Einst fast ausgerottet, wächst die Wolfspopulation wieder kräftig und damit auch die Gefahr für das Weidevieh. 30 Prozent mehr Risse pro Jahr sind ein blutiger Beweis

Der graue Räuber wird zum Dauerärgernis

Niedersachsen will Viehhalter mit neun Millionen Euro vor dem Wolf schützen, doch die Debatte um Isegrim reißt nicht ab

VON BERNHARD KNAPSTEIN

In Deutschland ist der Wolf seit dem Jahr 2000 wieder heimisch, wurden doch in jenem Jahr die ersten in Freiheit geborenen Welpen in der Sächsischen Lausitz nachgewiesen. Seither wächst die grenzüberschreitende Wolfspopulation auch im dicht besiedelten Deutschland unaufhörlich. Vor allem über Brandenburg und Sachsen-Anhalt hat sich das Raubtier nach Niedersachsen ausgebreitet und wurde zuletzt sogar auf der Nordseeinsel Norderney gesichtet. Doch insbesondere das landwirtschaftlich geprägte, aber relativ dicht besiedelte Niedersachsen kommt beim Thema Wolf nicht zur Ruhe.

Immer mehr Territorien mit zunehmender Gesamtpopulation richtet sich das Raubtier in dem Flächenland ein. Ende Juni registrierte das Wolfsmonitoring der niedersächsischen Landesjägerschaft 57 Wolfsterritorien, die von 52 Wolfsrudeln, drei Wolfspaaren und zwei bleibenden (residenten) Einzelwölfen besiedelt werden. Allein im Umfeld des Heidekreises liegen rund zehn Wolfsreviere dicht beieinander.

Selbst Pferde werden gerissen

Da bleiben Konflikte nicht aus, wie allein die offiziellen Zahlen belegen. 110 Übergriffe auf Nutztiere sind im ersten Halbjahr dokumentiert, bei denen insgesamt 219 Tiere gerissen und 82 verletzt worden sind sowie 22 Tiere vermisst werden. Die Risse nehmen statistisch um etwa 30 Prozent jährlich zu. Das entspricht parallel auch der Zuwachsrate der Wolfspopulation. Dass Schafe zwar leichter zu bejagen sind, aber der Wolf dabei längst gelernt hat, dass auch Großtiere wie Pferde und Rinder durchaus beutetauglich sind, belegen die Daten ebenfalls. In einer Ortschaft der Stadt Soltau ist ein Wolfsriss auf einen ausgewachsenen Trakehner nachgewiesen worden. Das Tier wurde zwar nicht getötet, musste aber eine langwierige medizinische und damit teure Behandlung über sich ergehen lassen.

Nachdem der Wolf den ohnehin noch sehr kleinen Bestand wild lebender Mufflon-Schafe in den letzten Jahren beinahe ausgerottet hat, nehmen die Angriffe auf

Weidetiere immer weiter zu. Die Weidetierhaltung wirkt beinahe wie ein gedeckter Tisch für Isegrim. Während sich die rot-grüne Landesregierung, befeuert von Tierschutzverbänden, einerseits für mehr Weidetierhaltung gegenüber Stalltierhaltung einsetzt, andererseits die Weidetierhaltung zugunsten von mehr Naturschutzgebieten zunehmend unmöglich macht, wirkt der Wolfsschutz wie eine zweite Front in der Viehhaltung.

Doch nicht nur Landwirte und Schäfer schlagen Alarm. Selbst der Verein Naturschutzpark Lüneburger Heide (VNP) hält sich öffentlich nicht mehr zurück, nachdem erst Dülmer Wildpferde angegriffen, später Schnucken gerissen wurden. Im Wildpark am Bundeswehrstandort Munster soll es der Wolf inzwischen sogar geschafft haben, einen zwei Meter hohen Zaun zu übersteigen und im Gehege Tiere

zu reißen. Belegt ist das zwar nicht, aber Videos im Netz zeigen, dass die lernfähigen Wölfe das Überklettern hoher Zäune durchaus beherrschen können.

Erste Menschen werden Opfer

Dass auch der Mensch nicht völlig ungefährdet ist, belegen aktuelle Vorkommnisse im Raum Utrecht. Im niederländischen Heuvelrug-Wald hat ein Wolf mehrere Kinder angegriffen, kurz zuvor war ein Mädchen gar gebissen worden. Auch wenn solche Übergriffe selten sind, der Mensch nur bei extremen Bedingungen ins Beuteschema des Raubtieres gerät – es gibt dennoch solche Vorfälle. In Polen wurden Menschen in den vergangenen Jahren auch schon von Wölfen getötet.

Während in den Kommunen und Landkreisen über Jahre die Rückkehr des Raubtiers weitgehend unkritisch begrüßt

worden war, hat sich das Blatt aufgrund des Drucks seitens der Landwirtschaft inzwischen zunehmend gewendet. In einer gemeinsamen Resolution haben sich mehrere Landräte im Großraum der Lüneburger Heide für ein aktives Wolfsmanagement stark gemacht.

Grüne Verzögerungstaktik

Als dann noch das Aktionsbündnis aktives Wolfsmanagement aus dem beim Umweltministerium des Landes eingerichteten Dialogforum Wolf wegen „Sinnlosigkeit der Debatte“ ausgestiegen war, zeichnete sich – zumindest offiziell – beim grünen Umweltminister Christian Meyer ein Umdenken ab. Während sein SPD-Amtsvorgänger Olaf Lies weniger Bedenken beim Abschuss auffälliger Wölfe an den Tag legte, hielt sich Meyer mit Blick auf seine vor allem urbane ökofundamen-

tale Anhängerschaft zunächst zurück. Beherrschen lässt sich das Thema so allerdings nicht. Meyer hatte zwar auch schon die Entnahme von Problemwölfen angeordnet, die Anordnung wurde allerdings vom Verwaltungsgericht Lüneburg wieder kassiert. Das Obergerverwaltungsgericht Lüneburg bestätigte die Entscheidung, hielt eine Entnahme im Schnellabschussverfahren zwar grundsätzlich für rechtfertigt, da es nicht gegen geltendes Naturschutzrecht verstoße. Das Gericht forderte allerdings eine stärkere Beweislast für die Freigabe der Entnahme einzelner Exemplare der streng geschützten Tierart. Der konkrete Nachweis erheblicher Schäden für die Landwirtschaft und der vorhandene Herdenschutz auch bei Pferden und Rindern müsse überprüft werden.

Überteuerter Herdenschutz

Die Landesregierung will die Weidetierhalter finanziell noch stärker unterstützen, den Schutz der Herden zudem unbürokratischer abwickeln. Der Hebel soll eine Kopfprämie sein. Halter, die mehr als zehn Schafe oder Ziegen besitzen, sollen ab 2025 pauschal eine Prämie zwischen 40 und 60 Euro je Tier erhalten, wenn sie bereits Schutzmaßnahmen gegen den Wolf ergriffen haben. Auch Pferde- und Rinderhalter sollen die Prämie beantragen können. Das Land will sich den Herdenschutz jährlich 8,9 Millionen Euro kosten lassen.

Bereits die 2023 ausgegebenen mehr als sieben Millionen Euro hatten Kopfschütteln und Kritik an der Verhältnismäßigkeit der Ausgaben ausgelöst. Irritierend war dabei zudem, dass die definierten Vorgaben über die notwendige Höhe von „wolfssicheren“ Schutzzäunen mehrfach von dem Raubtier, das bisher noch fast jeden Schutzzaun überwunden hat, ad absurdum geführt wurden. Auch Herdenschutzhund wurden in den vergangenen zwei Jahren stärker diskutiert. Doch aggressives Gebell von Hunden verprellt zwar Touristen, aber nicht in jedem Fall Wölfe. Auch hier gab es bereits Verluste.

Eine Änderung der Rechtslage deutet sich jetzt aber mehr und mehr an: Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich nämlich inzwischen auf eine Absenkung des Schutzstatus für den bislang streng geschützten Räuber geeinigt.



Wölfe auf dem Vormarsch: Eines der bevorzugten Beutetiere der Räuber ist wehrloses Weidevieh, das weder von Zäunen noch von Hütehunden wirksam geschützt werden kann. Selbst Pferde und Menschen wurden schon angefallen Foto: imago/Westend61

DRUCK WÄCHST

Streit um stabile Population

EU-Kommission will den Schutzstatus des Wolfs senken – Deutschland hat bisher lange gebremst

Ein zentraler Streitpunkt zwischen Wolfsschützern und Kritikern ist die Frage, ob der Wolf überhaupt noch des strengen Artenschutzes bedarf. Rechtlich streng geschützt wird die Spezies in den Anhängen II und IV der europäischen Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) gelistet. National genießt der Wolf nach Paragraph 7 Absatz 2 Nr. 14 des Bundesnaturschutzgesetzes seinen Status als streng geschützte Art.

Grundlage für diesen strengen Schutz ist allerdings die Frage, wann ein „günstiger Erhaltungszustand“ einer Population erreicht ist. Den Maßstab dafür hat die maßgebliche Initiative für Großraubtiere in Europa (LCIE) gesetzt, und sich auf 1000 geschlechtsreife Tiere je Population festgelegt. Anders formuliert: Hat eine

Population, die sich naturgemäß nicht an nationale Grenzen hält, die Größe von 1000 geschlechtsreifen Tieren erreicht, gilt sie Wildtierbiologen als nicht mehr gefährdet.

Wie steht es nun um die Wölfe in Deutschland? Die deutsche und westpolnische Wolfspopulation gehören zusammen. Exakte Zahlen über die Bestände gibt es nicht. Doch sind laut Bundesumweltministerium bundesweit bereits vor zwei Jahren 1339 Individuen nachgewiesen gewesen. Der Bauernverband geht aktuell sogar von bis zu 3300 Wölfen zwischen Rhein und Oder aus. Die Differenz ist groß und die Bundesregierung ist mit Blick auf die klein gerechneten Daten offenbar jetzt auch gewarnt. Der Europäische Gerichtshof (EuGH C 436/22) hat

sich in einem aktuellen Urteil zur Bejaugung des Wolfs nämlich zum Stichwort „günstiger Erhaltungszustand“ geäußert. Demnach müssten die Mitgliedsstaaten

Auch Berlin ist inzwischen bei der Herabstufung des Schutzstatus für den Wolf eingeknickt

die Lage nach den neuesten wildbiologischen Daten beurteilen, nicht nur auf Basis turnusmäßiger Berichte, die von der EU-Kommission nur alle sechs Jahre erwartet werden. Den Schlendrian der Wolfszähler in der Bundesregierung kritisiert auch der Deutsche Jagdverband (DJV). Während die Bundesregierung von 185 Rudeln ausgeht, rechnet der DJV, dessen Landesverbände das Wolfsmonitoring weitgehend begleiten oder sogar tragen, mit aktuell 250 Rudeln.

Allein auf dieser Basis ist von rund 700 geschlechtsreifen Tieren in der deutschen Teilpopulation auszugehen. Die polnische hingegen stellte der polnische Landwirtschaftsausschuss des Sejm im vergangenen Februar für Ende 2022 mit 4260 Exemplaren fest. Die Frage nach dem güns-

tigen Erhaltungszustand stellte sich demnach eigentlich überhaupt nicht mehr. Der Wolf könnte ungefährdet dort entnommen werden, wo er Probleme bereitet, ohne dass die Spezies gefährdet wäre.

Nachdem die EU-Kommission bereits Ende vergangenen Jahres eine Herabstufung des Schutzstatus vorgeschlagen hatte, tragen das die meisten Mitgliedsstaaten inzwischen auch mit. Auch Berlin ist inzwischen eingeknickt – der emotional aufgeladene Druck der Bauernschaft, der Pferdehalter, der Jägerschaft und nun auch von Brüssel war nicht mehr durchzuhalten. Wo weitere Krisen weniger leicht zu lösen sind, könnte die Causa Wolf deutlich einfacher gelöst und Isegrim in ein normales Wildtiermanagement überführt werden. BK

Gefährliche Selbstgewissheit

Mit dem entschlossenen Vorgehen gegen seine Feinde demonstriert Israel nicht nur eigene Stärke, sondern auch die westliche Dominanz gegenüber dem Orient. Doch schon auf mittlere Sicht könnte es damit vorbei sein

VON ALEXANDER RAHR

Das Jahr 2024 hat für den Westen eine unverhofft positive Wendung genommen. Das jedenfalls möchten uns Medien und Meinungsmacher in Europa und Nordamerika gern glauben lassen.

In den USA scheinen sich Kamala Harris' Chancen, Donald Trump bei der Präsidentenwahl zu schlagen, in den letzten Wochen vor der Ziellinie verbessert zu haben. Damit wäre die Angst vor einem US-Isolationismus gebannt und die NATO als Stützpfiler der transatlantischen Gemeinschaft gerettet. Auch die Angst vor einem Bündnis Trumps mit rechten Kräften wäre gebannt, was die in der komplizierten Weltlage von heute erforderliche enge Abstimmung zwischen Washington und Brüssel deutlich verbessern dürfte.

Trügerische Selbstgewissheit

Auch im Nahen Osten scheint der Westen in die Erfolgsspur zurückzukehren. Immerhin hat Israel mit einer in der Militärgeschichte einzigartigen Operation seinen Erzfeind Hisbollah dezimiert und steht zudem kurz davor, die Hamas im Gaza-Streifen auszuschalten. Obwohl die Zahl der zivilen Todesopfer im Gaza-Konflikt die der Toten im Ukrainekrieg bei Weitem überschreitet, hält sich die Kritik am israelischen Vorgehen in Grenzen. Immerhin kämpft das demokratische Israel auch für die westliche Sache. Für den Fall eines Krieges zwischen Israel und dem Iran würde die stärkste Militärmacht der Welt, die USA, ohne Wenn und Aber an der Seite ihres israelischen Verbündeten stehen. Ohnehin sind die USA militärisch wieder unangefochten am Golf präsent, während andere externe Ordnungsmächte im Nahen Osten nicht zu sehen sind.

Auch aus dem Ukrainekrieg hören wir fast nur Hoffnungsvolles. So erhalten westliche Waffenlieferungen das Patt im Krieg zwischen Russland und der Ukraine. Galt das angegriffene Land nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine schnell als verloren, konnte eine breite russische Großoffensive durch ukrainische Widerstandsfähigkeit und dank westlicher Waffenlieferungen vereitelt werden. Zwar rückt Russland schrittweise im Donbass vor, doch halten die Ukrainer seit immerhin schon drei Monaten russisches Territorium in der Region Kursk besetzt und konnten von dort bislang nicht vertrieben werden. Längst ist die Ukraine, zumindest ihr West- und Zentralteil, stärker als jemals zuvor in die westlichen Militärstrukturen inkorporiert. Auch im Ukraine-Konflikt dominiert also der Westen als Ordnungsmacht, während nichteuropäische Mächte wie China, Indien oder die Türkei zwar sichtbar sind, aber bislang nicht als sonderlich handlungsfähig in Erscheinung treten. Und so herrscht in zahlreichen westlichen Hauptstädten noch immer der Glaube, dass die Ukraine mittels immer neuer westlicher Waffen und Raketenbeschuss russischer Gebiete die zweitgrößte Atommacht der Welt besiegen könne.

Und in der Folge all dessen könne von einem Abgesang auf eine pro-westliche regelbasierte Weltordnung in den USA und Europa keine Rede sein.

Eine andere Sicht im Rest der Welt

Die weltpolitische Betrachtungsweise außerhalb Europas verläuft allerdings völlig konträr. In den BRICS+-Staaten – also in den Ländern des Globalen Südens, in Lateinamerika und Afrika – ist die westliche Leitlinie einer „wertorientierten Außenpolitik“ in Verruf geraten. Sie steht nach Ansicht der Kritiker vielmehr für westliche Hybris, für einen fundamentalistischen Kulturimperialismus sowie für post-kolonialistische Verhaltensmuster im Umgang mit Ländern der nichtwestlichen Welt.



Ein letzter Sieg des Westens? Israels erfolgreiches Vorgehen gegen die Hisbollah im Libanon

Foto: pa/dpa/epa Atef Safadi

Wo der Westen tatsächlich steht, zeigen die nachfolgenden Fakten, die sich schwer leugnen lassen: Die wirtschaftspolitische Dominanz der USA und der Europäischen Union ist deutlich schwächer als zu Zeiten des Kalten Krieges. Die Rohstoffabhängigkeit des Westens vom Globalen Süden hat dagegen zugenommen. Es ist auch nicht mehr so wie noch vor wenigen Jahren, dass der Wohlstand in der Dritten Welt vom Export westlicher Technologien abhängt. Diese werden ohnehin kaum noch in Europa und Nordamerika produziert. Dafür ist die weitere erfolgreiche Industrialisierung des Westens, inklusive der grünen Energiewende, sehr viel abhängiger von Rohstofflieferungen aus nichtwestlichen Staaten geworden.

Länder wie Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika sind keine „Schwellenländer“ mehr, sondern führende Wirtschaftsnationen mit größerem Wachstum. Sie sind eigenständige Akteure – autonome Pole – im Geflecht der internationalen Beziehungen. Die multipolare Welt ist nicht im Entstehen, sie ist längst da. Und auf dem zentralen Feld der internationalen Sicherheitspolitik bleibt die Europäische Union ohne den „großen Bruder“ USA ohnehin ein Papiertiger.

Globaler Machtverlust

So gut wie gar nicht beleuchtet werden die Folgen der kaum noch aufzuhaltenden Masseneinwanderung von Menschen aus den demographisch explodierenden Ländern Afrikas und dem Orient. Diese dürften insbesondere Europa in den nächsten Jahren deutlich schwächen. Anstatt durch die versprochenen Facharbeiter neue Impulse zu entfachen, dürfte die Einwanderung in die Sozialsysteme zu einer Zunahme politischer und sozialer Unruhen führen, die zu einer ernst zu nehmenden Herausforderung für den abendländischen Kontinent werden. Die daraus resultierende innenpolitische Instabilität dürfte zu häufigeren Regierungswechseln führen, die wiederum die Instabilität verstärken. Nicht auszuschließen ist eine Identitätskrise der Europäischen Union.

Vor allem jenseits seines Kerngebietes Europa und Nordamerika geht der Westen einem rapiden Machtverlust entgegen. Die NATO wird kaum das einzige kampffähige globale Militärbündnis bleiben. Je mehr sich der Ukraine Konflikt mit Russland hinzieht und je offener sich zudem der Taiwan-Konflikt zuspitzt, umso wahrscheinlicher wird ein chinesisch-russisches Militärbündnis – in welcher organisatorischen Form auch immer – gegen den Westen.

Der Iran mag Israel heute militärisch noch unterlegen sein, doch läuft Teherans fortschreitende Integration in militärische Kooperationen mit Russland und China längst auf eine schrittweise neue Blockbildung in Eurasien hinaus, die letztendlich gegen den Westen gerichtet sein wird.

Rächen für den Westen dürfte sich auch die lange sträfliche Vernachlässigung des Globalen Südens. Dieser wurde vor allem in Europa viel zu lange als politisch uneins und als wirtschaftliches Anhängsel der alten Kolonialmächte empfunden und entsprechend behandelt. Welch ein Trugschluss! Wenn die BRICS+-Organisation als kommendes Korsett einer multipolaren Welt den Ländern des Südens politisch und wirtschaftlich mehr Vorteile verschaffen sollte als der Westen, dürften sich vor allem die Länder des asiatischen Kontinents nicht mehr nach Europa orientieren.

Eine bislang feste Burg westlicher Dominanz war die Stellung des US-Dollars als globale Leitwährung. Dass sich die Weltwirtschaft vom Dollar als Zahlungsmittel abwenden könnte, galt lange Zeit als Utopie. Doch die BRICS+-Staaten scheinen fest entschlossen, die „Dollarisierung“ des Welthandels zu beenden. Sicherlich geschieht dies nicht von heute auf morgen, doch weicht die gesunde Konkurrenz innerhalb der Weltwirtschaft allmählich einer gefährlichen Gegnerschaft. Die USA beginnen ihre einst in Bretton Woods erworbenen Instrumente für einen gerechten und gleichwertigen Welthandel zu eigennützligen Folterwerkzeugen gegen unbotmäßige Konkurrenten und geopolitische Gegner umzuwandeln. Mit Sanktionen gegen „Schurkenstaaten“ wie Nordkorea oder den Iran konnte sich die Weltwirtschaft noch arrangieren. Doch jetzt, wo die USA die gesamte Fülle ihrer finanztechnischen Macht ausspielen, um Russland und China praktisch aus der Weltwirtschaft zu isolieren, wird die Globalisierung, so wie wir sie kennen, in Frage gestellt.

Vergessene Stärken

Dass die größten Konflikte dieser Welt nur über eine Zusammenarbeit der führenden Mächte zu lösen wären, ist eine Binsenwahrheit. Nach alter Manier allein wird der Westen die Probleme der Welt nicht lösen können, auch wenn ein Triumph in einzelnen Konflikten wie im Nahen Osten oder in Südostasien noch immer als realistisch erscheint. Dass indes eine israelische Gewaltlösung den Nahostkonflikt befrieden kann, glaubt selbst im Westen niemand. Ein israelischer Krieg gegen den Iran dürfte Nachbarstaaten wie Syrien, den Libanon und Jemen in den Konflikt

Rächen für den Westen dürfte sich auch die lange sträfliche Vernachlässigung des Globalen Südens. Dieser wurde vor allem in Europa viel zu lange als politisch uneins und als wirtschaftliches Anhängsel der alten Kolonialmächte empfunden und entsprechend behandelt. Welch ein Trugschluss!

hineinziehen. Selbst wenn im nächsten Jahr der pro-israelische Donald Trump die USA anführen sollte – an einer Zwei-Staaten-Lösung für Israel und Palästina kommt niemand mehr vorbei, trotz aller daraus folgenden sicherheitspolitischen Gefahren für Israel.

Dass die neue Weltmacht China auf ihren erklärten Anspruch auf Wiedervereinigung mit Taiwan verzichtet und ihre relative Ohnmacht gegenüber amerikanischen Manövern im Südchinesischen Meer noch lange akzeptiert, ist mehr als fraglich. Pekings erklärtes Ziel ist es, die Handelsrouten zwischen China und Europa – sei es auf dem Land oder auf dem Meer – vollständig zu kontrollieren.

Auch dass Russland ein Abdriften der Ukraine in die NATO und EU akzeptiert, ist unrealistisch. Moskaus erklärtes strategisches Ziel ist die Großmachtwerdung um jeden Preis, auch um den Preis des Krieges mit dem Westen. Daran wird auch ein Machtwechsel im Kreml, den sich so manche Analysten in der EU und in den USA erhoffen, wenig ändern.

Und so stehen westliche Strategien vor einer immensen Herausforderung. Europa kann sich den USA im Ringen mit der multipolaren Weltordnung, in der „Diktatoren und Autokraten“ die Welt mitbeherrschen, anschließen. Moralisch würde dies den Staaten des „alten Kontinents“ gut zu Gesicht stehen. Realistischerweise wird jedoch eine solche Politik die Militarisierung Europas erfordern, für die jedoch schlicht das Geld fehlt – es sei denn, die Kriegsfinanzierung geschieht auf Kosten des eigenen Wohlstands.

Pragmatismus statt Ideologie

Eine alternative Variante wäre, die Welt weniger ideologisch, sondern verstärkt realpolitisch zu begreifen. Eigene Werte – dazu gehört die okzidentale Freiheitskultur – müssen in der multipolaren Welt als fester Bestandteil westlicher Interessen natürlich geschützt bleiben. Zugleich müssen aber auch die Interessen anderer Weltmächte Berücksichtigung finden, selbst wenn diese westlichen Vorstellungen konträr laufen. Europas Anteil an der Weltbevölkerung beträgt nur noch sieben Prozent, vor hundert Jahren waren es noch 25 Prozent. Dabei hat sich die Bevölkerung Europas quantitativ kaum verändert: Sowohl damals als auch heute leben rund 500 Millionen Menschen auf dem alten Kontinent. Doch die Welt um Europa herum ist eine andere.

In den 1990er Jahren hatte der Westen nach dem Triumph im Kalten Krieg die einzigartige historische Chance, aus der Weltgemeinschaft ein friedliches „Global village“ zu machen. Die Welt war damals sogar bereit, sich zur Demokratie zu bekennen – aber nicht unter oberlehrerhafter Aufsicht.

Heute ist die Welt so unruhig wie viele Jahre zuvor nicht mehr. Das vorderste Interesse des Westens darin sollte es sein, alles daran zu setzen, einen zerstörerischen Weltkrieg mit allen Mitteln zu verhindern. Gegenseitige Abschreckung gehört seit Menschengedenken zum Werkzeugkasten internationaler Politik. Aber sie muss einhergehen mit einer funktionsfähigen Spannungs- und Abrüstungspolitik. Es existieren zwei Nuklearmächte auf der Welt, die unseren Planeten innerhalb weniger Minuten zerstören können. Mit ihnen kann man letztendlich nur verhandeln. Dem Westen sei hier angeraten, seinen diplomatischen Werkzeugkasten von vor fünfzig Jahren wieder in Betrieb zu nehmen. Der Helsinki-KSZE-Friedensprozess von 1975 hatte seine Gegner, doch schließlich läutete er eine Phase ein, in der die menschliche Vernunft obsiegte.

● Dr. Alexander Rahr ist Vorsitzender der Eurasien-Gesellschaft. Er war Berater für diverse deutsche und russische Firmen und ist Autor mehrerer Bücher über Russland, u.a. einer Biographie über Wladimir Putin.
www.eurasien-gesellschaft.org

● MELDUNGEN

Islamist wieder auf freiem Fuß

Karlsruhe – Ein 15-jähriger Syrer, der im Zusammenhang mit Ermittlungen zum vereitelten Terroranschlag auf die Wiener Taylor-Swift-Konzerte festgenommen worden war, ist nach Angaben des Polizeipräsidiums Brandenburg wieder frei. Der in Frankfurt (Oder) lebende Jugendliche war Anfang September zur Gefahrenabwehr in Gewahrsam genommen worden. Da aus dem Ermittlungsverfahren der Generalbundesanwaltschaft kein Haftbefehl hervorgegangen ist, war auf der Grundlage des Landespolizeigesetzes keine Verlängerung des Gewahrsams mehr möglich. Der Syrer steht nun unter Polizeibeobachtung. Bereits vergangenes Jahr hatte Kölns Leitender Kriminaldirektor gewarnt, dass 2024 eine ganze Reihe von islamistischen Gefährdern aus deutschen Gefängnissen wieder entlassen wird. Die ständige Überwachung dieser Personen nach der Haftentlassung stellt für die Sicherheitsbehörden eine enorme Herausforderung dar. *H.M.*

Faeser initiiert neue Taskforce

Berlin – Im Bundesinnenministerium hat am 1. Oktober eine Taskforce ihre Arbeit aufgenommen, die wirkungsvolle Maßnahmen gegen die Radikalisierung junger Menschen im Bereich des Islamismus auszuarbeiten soll. Der erste Schwerpunkt der neuen Arbeitsgruppe soll bei Maßnahmen gegen die Online-Radikalisierung über Internetplattformen liegen. Nach Ministeriumsangaben spielt das Internet bei der Radikalisierung oftmals sehr junger Menschen durch Verbreitung islamistischer und salafistischer Propaganda eine immer bedeutendere Rolle. Die Taskforce Islamismusprävention soll nach Angaben des Bundesinnenministerium bei ihrer Arbeit Fachleute aus Sicherheitsbehörden, Forschung und Zivilgesellschaft zusammenbringen. Trotz Kritik von Fachleuten hatte Innenministerin Nancy Faeser (SPD) erst im September 2022 einen Expertenkreis Politischer Islamismus aufgelöst. *H.M.*

Auslandstätter kosten viel

Graz – Die Unterbringung ausländischer Strafgefangener in den Justizvollzugsanstalten der 16 deutschen Bundesländer kostet die Steuerzahler fast zwei Milliarden Euro pro Jahr. Das ergab eine Recherche des Grazer Magazins „Freilich“, in deren Rahmen alle zuständigen Justizministerien befragt wurden. Die meisten der verurteilten Täter ohne deutschen Pass stammen aus der Türkei, Polen, Syrien, Afghanistan, Marokko, Algerien, Albanien, Serbien oder Rumänien. Insgesamt machen Ausländer zwischen 15,9 und 57,8 Prozent der Insassen in deutschen Gefängnissen aus, wobei Hamburg mit besagten 57,8 Prozent die höchste und Thüringen die niedrigste Quote meldet. Der Bundesdurchschnitt beträgt fast 51 Prozent. Zudem gibt es klare Unterschiede bei den Tageshaftkostensätzen. Schleswig-Holstein lässt sich jeden ausländischen Strafgefangenen 295,90 Euro am Tag kosten, während das Saarland mit 152,10 Euro auskommt. *W.K*



Angeblich volle Gasspeicher mit ihrer typischen ovalen Ei-Form stehen beispielsweise in Köln Godorf bereit *Foto: action press*

VERSORGUNG

Weiter unsichere Energielage

Trotz angeblich voller Gasspeicher bleibt die Situation im Winter angespannt

VON PETER ENTINGER

Es klingt wie aus einer anderen Zeit. Heizkostendeckel, Energiepreisbremse und Versorgungssicherheit – das alles waren Wörter, die noch vor zwei Jahren gefühlt den Puls eines jeden Bundesbürgers hochgehen ließen. Nun werden die Tage wieder kürzer, die Nächte immer kälter, und so manch einer fragt sich, was eigentlich aus der viel diskutierten Energiekrise geworden ist, die nahezu unausweichliche Folge des Ukrainekriegs zu sein schien.

Die Gasversorgung in Deutschland ist laut amtlicher Mitteilung stabil. Die Versorgungssicherheit scheint somit gewährleistet. Die zuständige Bundesnetzagentur schätzt die Gefahr einer angespannten Gasversorgung im Augenblick als gering ein. Aber ein sparsamer Gasverbrauch bleibe dennoch wichtig. „Um die Gasversorgung für den kommenden Winter zu sichern, musste bis zum 1. Oktober 2024

ein Speicherfüllstand von 85 Prozent erreicht werden. Dieses Ziel wurde bereits im Juli erreicht“, teilte die Bundesnetzagentur erst kürzlich mit. Und ein Stück weit klang dabei auch Stolz und Befriedigung mit sich selbst mit. Bereits Mitte August lag der Füllstand in Deutschland bei über 90 Prozent. Aktuell liegt er bei mehr als 96 Prozent – rund neun Prozentpunkte über dem Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2021.

Verbrauch sank

Doch ein Grund zur wirklichen Sorglosigkeit ist das nicht. Die Initiative Energiespeicher (INES) warnte nämlich bereits im Juli davor, dass bei einem extrem kalten Winter die Speicher bereits noch vor Winter-Ende leer sein könnten. „Dann kann ein Teil des Bedarfs – an besonders frostigen Tagen bis zu 20 Prozent – nicht mehr aus den Speichern gedeckt werden“, heißt es in einer Mitteilung. Im Jahr 2023 hat Deutschland 810.412 Gigawattstunden (GWh) Gas verbraucht. Damit sank

der Verbrauch um fünf Prozent im Vergleich zum Vorjahr (849.828 GWh). Am meisten wird Erdgas laut Statistik im Dezember und Januar verbraucht, am wenigsten im Juli und August.

Bundeswirtschafts- und Energieminister Robert Habeck (Grüne) hat Mitte März die Energiekrise als „abgearbeitet“ und damit als erledigt bezeichnet. „Die Energieversorgung ist in jeder Hinsicht sicher“, sagte er. Die Gasspeicher seien voll und die Preise wieder auf dem Niveau vor dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022. Unter dem Strich besteht also eine deutliche Entspannung, aber ein Restrisiko bleibt. Sollte das Gas knapp werden, müsste Deutschland halt entsprechende Kontingente zukaufen. Das sei nach Experten-Einschätzung aber kein allzu großes Problem.

Kein Geld für Subventionen

Norwegen hat die Russische Föderation mittlerweile als wichtigster Gaslieferant für Deutschland abgelöst. Insgesamt ka-

men 33 Prozent des 2022 von Deutschland importierten Gases aus dem skandinavischen Land, und nur noch 22 Prozent aus Putins Reich. Im Jahr 2021 hatte die Russische Föderation noch 52 Prozent des Gases geliefert. Dennoch sind die russischen Gaslieferungen zuletzt in den EU-Raum wieder gestiegen.

Der CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen forderte in der Tageszeitung „Die Welt“ daher so schnell wie nur möglich ein EU-weites Importverbot für russisches Gas: „Die Europäer unterstützen die Ukraine mit Milliarden und zahlen gleichzeitig Milliarden in die Kriegskasse Putins – das ist weder verantwortlich noch rational noch glaubwürdig.“

Doch damit würden die Energiepreise wieder steigen. Für die ohnehin zerstrittene Ampelkoalition, die sich derzeit mit Haushaltsfragen auseinandersetzt, ist das daher eher keine Option. Denn dann müsste man wieder über staatliche Hilfspakete debattieren, um die Bürger zu entlasten. Das wiederum würde Geld kosten, viel Geld, das man aktuell ohnehin bei einem Haushaltsloch von zwölf Milliarden Euro ohnehin nicht hat.

47 Prozent billiger

Heizen mit Öl und Gas könnte – Stand jetzt – in den kommenden Monaten sogar erheblich günstiger werden als in der vergangenen Heizperiode. Erdgas sei im bundesweiten Durchschnitt sechs Prozent billiger als vor einem Jahr, Heizöl sogar 23 Prozent, wie eine Auswertung des Vergleichsportals Verivox zeigt. „Aktuell sind die Gaspreise rund 47 Prozent niedriger als während der Energiekrise“, heißt es in der Aufstellung.

Dass beim Handel mit Gas immer noch eine gewisse Unsicherheit herrscht, zeigt die Tatsache, dass die Gaspreise zuletzt sogar wieder gestiegen sind. Im ersten Halbjahr zahlten private Haushalte im Durchschnitt 11,87 Cent je Kilowattstunde Erdgas. Das sind vier Prozent mehr als im zweiten Halbjahr 2023, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilt. Damit lag man zwar unter dem Gesamtwert des Vorjahres und weit unter dem Wert des Jahres 2022, aber ein signifikanter Anstieg ist es dennoch.

Gesunken sind laut dem Statistischen Bundesamt hingegen die Kosten für Privathaushalte beim Strom. Dafür zahlten sie im ersten Halbjahr im Schnitt 41,02 Cent je Kilowattstunde und damit 1,7 Prozent weniger als im zweiten Halbjahr 2023. Im Vergleich zum Vorjahresraum sind es sogar drei Prozent weniger. Gemessen am Vorkrisenniveau im zweiten Halbjahr 2021 stiegen die Kosten aber insgesamt um ein Viertel. Teilweise sei das aber auch mit der Inflation zu erklären.

GEWALTBEREITSCHAFT

Berlin im Griff radikaler Hamas-Sympathisanten

Die Hilflosigkeit der Justiz gegenüber dem hemmungslosen Antisemitismus ist erschütternd

Noch vor einem Jahr waren es die Klimakleber, die in Berlin mit ihren Straßenblockaden die Nerven von Autofahrern strapazierten und so Polizei und Justiz auf Trab hielten. Aber wie viel radikalen Protest verträgt Berlin noch? Anlass zur Sorge ist die extreme Zahl pro-palästinensischer Proteste, die in Berlin seit dem Überfall der Hamas-Terroristen auf Israel im Oktober 2023 fast täglich stattfinden. Diese Proteste stellen eine massive Zusatzbelastung für Polizei und Justiz dar.

Am 7. Oktober, dem ersten Jahrestag des blutigen Hamas-Terrorangriffs, waren in der Hauptstadt bis zu 2000 Polizisten aus dem gesamten Bundesgebiet im Einsatz. Im Zeitraum vom 7. Oktober 2023 bis zum 23. September 2024 registrierte die Berliner Polizei 693 genehmigte Versammlungen mit Nahostbezug. Davon

hatten 195 eine proisraelische Ausrichtung, 339 waren nach Einschätzung der Polizei pro-palästinensische, 159 Versammlungen waren nicht zuzuordnen. Nicht einmal mitgezählt sind dabei diverse unangemeldete Proteste. In Berlin-Neukölln kommt es beispielsweise immer wieder zu spontanen Demonstration von Israel-Gegnern die dabei Straftaten begehen. Ebenfalls nicht eingeflossen sind in die Statistik angemeldete Demonstrationen, die von Palästinenser-Unterstützern für ihrer Proteste gekapert werden.

Am 3. Oktober demonstrierte etwa das Bündnis „Nie wieder Krieg“ mit drei Auftaktveranstaltungen in Berlin gegen Waffentlieferungen an die Ukraine und die Stationierung von US-Raketen. Auf einer dieser Demos mischten sich Gruppen pro-palästinensischer Demonstranten

mit Hamas-Symbolen und Parolen wie „Kindermörder Israel“ unter die Mengen und dominierten zeitweise sogar das Bild.

Berlins Justiz zeigt sich angesichts der Vielzahl von Straftaten überfordert. Die Staatsanwaltschaft Berlin eröffnete vom 7. Oktober 2023 bis zum 24. September 2024 insgesamt 740 neue Verfahren zu mutmaßlichen Straftaten mit antisemitischem Hintergrund. Die Zahl der bei der Staatsanwaltschaft registrierten Straftaten mit Bezug zum Nahostkonflikt betrug im genannten Zeitraum sogar 3174. Rund 5300 weitere Fälle bearbeitet die Berliner Polizei noch. Dabei geht es oft um Volksverhetzung, aber auch um Gewalt gegen Polizeibeamte. Parolen wie „Deutsche Polizisten – Mörder und Faschisten“ sowie Beleidigungen und Gewalt gegen Polizisten gehören zum Alltag bei den Demos.

Angeklagt oder Strafbefehle beantragt hat die Berliner Staatsanwaltschaft bislang nur in rund 360 Fällen. Rechtskräftig verurteilt wurden erst 20 Täter.

Von einer abschreckenden Wirkung kann keine Rede sein. Unterstützt von Linksextremisten, radikalisieren sich Teile der Protestbewegung sogar weiter. Mutmaßliche Palästina-Aktivistinnen haben im September auf das Wohnhaus des Berliner Kultursenators Joe Chialo (CDU) einen großflächigen Farbensplatter verübt. Im Stadtgebiet tauchen an immer mehr Wohnhäusern sowie Geschäften und Lokalen Symbole auf, mit denen die Hamas mögliche Anschlagssziele markiert. Levi Salomon vom Jüdischen Forum warnt inzwischen sogar, dass sich im Zuge der Radikalisierung der Proteste präterroristische Strukturen bilden. *Hagen Ritter*

EINWANDERUNG

Asylkosten laufen aus dem Ruder

Berlin stehen Milliardenbelastungen ins Haus – CDU-SPD-Senat will sich in einen Haushaltstrick flüchten

VON HERMANN MÜLLER

In großem Maßstab steht Berlin vor einem Problem, mit dem sich auch bundesweit immer mehr Kommunen konfrontiert sehen. An allen Ecken und Enden muss gespart werden, gleichzeitig aber verschlingt die Unterbringung und Betreuung von Asylsuchern immer mehr Geld. Im Fall der deutschen Hauptstadt sind die Ausgaben für die Unterbringung, Betreuung und Versorgung von Asylsuchern inzwischen auf eine Milliarde Euro jährlich angewachsen.

Auf der anderen Seite muss Berlin drastisch sparen. Der Etat der Hauptstadt ist innerhalb von acht Jahren unter anderem wegen der Corona-Maßnahmen und der Folgen des Ukrainekriegs drastisch angestiegen: von 25 Milliarden auf nun 40 Milliarden Euro. Wie eine Sprecherin der Berliner Finanzverwaltung erklärt, „müssen die Staatsausgaben nach der Ausgabenexplosion in den letzten fünf Jahren auf ein normales, nachhaltiges Niveau“ zurückgeführt werden.

Allein im kommenden Jahr soll nach den Vorstellungen der schwarz-roten Koalition der Haushalt drei Milliarden Euro weniger betragen als in diesem Jahr. Auch für die Jahre 2026 und 2027 hat Schwarz-Rot bereits Kürzungen von jeweils 1,8 Milliarden Euro angekündigt.

Sonst muss überall gespart werden

Im Sparplan des Senats steckt hohe politische Brisanz. Wie unter anderem die „Berliner Zeitung“ berichtet, sollen nämlich die Kosten für die Versorgung und Unterbringung von „Flüchtlings“ gespart bleiben, wenn CDU und SPD mit dem Rotstift nochmals die Haushaltsplanung durchgehen.

Obendrein hatte die CDU-SPD-Koalition erst im Juni im Berliner Abgeordnetenhaus beschlossen, in den kommenden Jahren zusätzlich mehr als 1,3 Milliarden Euro für die Unterbringung von Asylsuchern auszugeben. Verwenden will der Senat das Geld unter anderem für weitere Wohncontainer, die an 16 Standorten im Stadtgebiet aufgestellt werden sollen. Zudem will das Land drei neue Großunterkünfte anmieten.

Die Kosten sind hoch. Im Fall eines ehemaligen Bürogebäudes in der Charlottenburger Soorstraße kalkuliert der Senat



Vom Sparszwang ausgenommen: Asylsucher auf dem Weg zum Aufnahmeverfahren

Foto: picture alliance/dpa/Boris Roessler

für Umbau und zehnjährige Anmietung mit Ausgaben von 190 Millionen Euro, Betriebskosten inklusive. Ein zur Flüchtlingsunterkunft umgebautes Großhotel in Lichtenberg wird nach Senatsberechnungen in den kommenden zehn Jahren mit 143 Millionen Euro zu Buche schlagen. An der Hasenheide sollen in einem ehemaligen Postgebäude rund tausend Unterbringungsplätze entstehen. Hier rechnet der Senat mit Kosten von rund 200 Millionen Euro. Insgesamt sollen rund 3800 Unterkunftsplätze entstehen. Diese werden im Laufe einer zehnjährigen Mietdauer das Land Berlin mit mehr als einer halben Milliarde Euro belasten.

Auflösen will der Berliner Senat den Widerspruch zwischen Sparszwang und hohen Asylkosten offenbar mit einem Trick. Bereits seit Monaten zirkuliert die Idee, am regulären Haushalt vorbei die Asylkosten über sogenannte Notfallkredite zu finanzieren. Für diesen Weg setzt sich Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) schon länger ein. Nach Darstellung der Senatorin ist der Rückgriff auf solche

„Notlagekredite“ eine Frage der Gerechtigkeit: „Durch die Erklärung einer Notlage und die Möglichkeit einer Kreditfinanzierung stellen wir sicher, dass die Ausgaben für Geflüchtete nicht andere nötige Ausgaben verdrängen, sei es in unserem Ressort oder in anderen Bereichen im Land Berlin“, so ein Sprecher der Sozialsenatorin im Sommer.

Was werden die Gerichte sagen?

Mittlerweile scheint auch der Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) nicht mehr abgeneigt, „Notfallkredite“ aufzunehmen. Schon vergangenes Jahr war Wegner mit der Forderung nach einer Neuregelung der Schuldenbremse „für Zukunftsinvestitionen“ aufgefallen. Als er nach der Sommerpause im August vor die Presse trat, zeigte er sich nun auch offen für „Notfallkredite“ zur Finanzierung der Asylkosten: „Ich glaube, es ist begründbar“, so der Regierende Bürgermeister.

Frei machen müsste den Weg zu solchen Krediten unter Umgehung des Neuverschuldungsverbots das Abgeordneten-

haus mit der Erklärung, dass sich Berlin in einer außergewöhnlichen Notlage befindet. Sollten sich eines Tages allerdings Verfassungsrichter mit den Krediten befassen, kann die Erklärung einer Notlage Berlins zum Knackpunkt werden. Vor Gericht müsste der Senat nämlich belegen, dass die Notlage ein unvorhersehbares Ereignis war.

Tatsächlich weisen Senatsmitglieder aber selbst immer wieder darauf hin, Berlin müsse weiterhin mit einer hohen Zahl von Asylbewerbern rechnen, die untergebracht werden müssten. Damit räumen sie ein, dass von einer „außergewöhnlichen“ Notlage keine Rede sein kann, weil die weitere Entwicklung schon jetzt auf Jahre hinaus absehbar ist, da politisch nichts unternommen wird. Daher müsste die schwarz-rote Koalition zusehen, wie diese Migrationskosten über den regulären Haushalt finanziert werden, oder aber Berlins Landesregierung müsste sich gegenüber dem Bund für eine Begrenzung der bislang ungezügelter Asylzuwanderung einsetzen.

DEMOGRAPHIE

Abwanderung in den Westen hält an

Weiterhin verlieren die neuen Bundesländer vor allem junge Einwohner

Es ist ein Trend, der sich wohl so schnell nicht umkehren lassen wird. Im Jahr 2023 zogen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes von den Menschen im Alter von 18 bis 30 Jahre 7100 mehr aus den östlichen in die westdeutschen Bundesländer als umgekehrt. Die Nettoabwanderung aus dem Osten der Republik hält also an. Damit setzte sich der seit 1991 bestehende kontinuierliche Wanderungsverlust der neuen Bundesländer gegenüber dem Westen in dieser Altersgruppe auch im vergangenen Jahr fort.

Insgesamt sind seit 1991 netto 727.000 zu dem Zeitpunkt 18- bis unter 30-Jährige aus den neuen Bundesländern in den Westen abgewandert. Damit trägt diese Altersgruppe besonders stark zur Abwanderung gen Westen bei. Insgesamt sind seit 1991 netto knapp 1,2 Millionen Menschen aus dem

Osten der Republik in die westdeutschen Länder gezogen.

Junge Menschen zieht es vor allem aufgrund von Studienplätzen und Ausbildungsangeboten noch immer stark in den Westen. In den anderen Altersgruppen ist die Entwicklung dagegen seit Langem nicht mehr so dramatisch. Doch nicht nur die „Ossis“ zieht es in den Westen. Auch für Immigranten ist der Westen der Republik offenbar immer noch viel attraktiver. Die Nettozuwanderung aus dem Ausland ist seit 1990 mit Ausnahme des Jahres 2008 in den westlichen Bundesländern höher als in den östlichen.

So „betrug die Nettozuwanderung aus dem Ausland im Osten rund 1,3 Millionen Personen. Im Westen war der Wanderungsgewinn mit knapp 9,4 Millionen Personen etwa siebenmal so groß. Auch im Jahr 2023 war die Nettozuwanderung im

Westen mit 517.000 Personen höher als im Osten mit 97.000 Personen“, wie die Behörde mitteilt. Der Anteil der Immigranten ist seit Jahren kontinuierlich gestiegen, allerdings in unterschiedlichem Umfang. „So hatten nach Ergebnissen des Mikrozensus 2023 in den westdeutschen Ländern (ohne Berlin) 27,6 Prozent der Bevölkerung eine Einwanderungsgeschichte. In den ostdeutschen Ländern (ohne Berlin) war der Anteil mit 9,7 Prozent weniger als halb so hoch“, heißt es weiter.

Generell ist die Abwanderung aus dem Osten der Republik ein großes gesellschaftliches Problem. Das macht sich vor allem auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Es fehlen beispielsweise Lehrer und Ärzte. Durch den Fortzug und die sinkende Geburtenrate steigt der Altersdurchschnitt stetig. Laut dem Zensus aus dem

Jahr 2022 waren in den östlichen Ländern 57,5 Prozent der Bevölkerung zwischen 18 und 64 Jahre alt. Im Westen lag der Anteil dagegen bei 61,6 Prozent. Anteilig die wenigsten Menschen im erwerbsfähigen Alter gab es in Sachsen mit rund 57 Prozent, die meisten in Berlin mit rund 64 Prozent.

Zudem liegen die zehn Kreise mit dem niedrigsten Anteil der 18- bis 64-Jährigen allesamt im Osten. Das Schlusslicht bildet dabei Dessau-Roßlau in Sachsen-Anhalt. „Abwanderung ist eigentlich immer eine Abstimmung mit den Füßen über die wahrgenommene Zukunftsfähigkeit. Offensichtlich sind viele junge Menschen, viele ausländische Staatsangehörige, der Meinung, dass sie ihr Leben in den ostdeutschen Bundesländern nicht erfolgreich leben können“, vermutet Tim Leibert vom Leibniz-Institut für Länderkunde.

Peter Entinger

KOLUMNE

Warum?

VON THEO MAASS

Berlin hat ein Antisemitismus- und ein Anti-Israel-Problem. Anders als verschiedene politische Akteure immer wieder behaupten, ist das nicht ein Problem des wachsenden Zuspruchs der AfD. Es ist ganz klar ein importiertes Problem. Seit dem 7. Oktober 2023 bis zum 23. September 2024 fanden laut Polizei 693 genehmigte Versammlungen mit Nahostbezug statt. 195 davon waren pro Israel, 339 pro Palästina und 159 nicht zuzuordnen.

Einwanderer aus dem Orient provozieren häufig gezielt die Berliner Polizei. Die Pöbeleien reichen von Parolen wie „Deutsche Polizisten – Mörder und Faschisten“ bis hin zu persönlichen Beleidigungen, Flaschen- und Farbbeutelwürfen. Dabei wird jede Gemütsregung der Beamten minutiös gefilmt und teils unmittelbar – für Tausende sichtbar – hochgeladen. Der Antisemitismusbeauftragte der Staatsanwaltschaft, Florian Hengst, sagt: „Mit dem Terroranschlag der Hamas auf Israel und den anschließenden Sympathiekundgebungen für die Terroristen hat der Antisemitismus eine neue Dimension erfahren, die auch die Verfahrenszahlen wiedergeben.“ Levi Salomon, Sprecher, Geschäftsführer und Koordinator des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus: „Die Szene radikalisiert sich. Und im Zuge der Radikalisierung bilden sich präterroristische Strukturen. Die Polizei legte fest, dass ‚From the river to the sea‘ nicht gerufen werden darf. Trotzdem riefen die Demonstranten die Parole. Die Szene pfeift auf die Gesetze und die Staatsmacht.“

Tatsächlich könnte die Staatsmacht im Rahmen des Ausländerrechts tätig werden. Warum werden ausländische Studenten, die sich an den Palästina-Kampagnen beteiligen, hier geduldet? Heute sind es Juden und Israelis, die hier bedroht werden, morgen könnten es nichtjüdische Deutsche sein, die sich weigern, zum Islam zu konvertieren.

MELDUNG

Petition gegen Schlossfassade

Berlin – Eine Bundestagspetition „Schlossaneignung“ will eine Änderung an der Fassade des Humboldt-Forums, des Nachbaus der Berliner Schlossfassade am Ort des ehemaligen Palastes der Republik, erreichen. Begründet wird dies mit einer „Preußenverherrlichung“. „Das Schloss stand immer für das koloniale Expansionsbestreben Preußens und des Deutschen Kaiserreichs“. Die meist kaum bekannten Initiatoren dürften im linksextremen Milieu zu finden sein. Dieser Schluss liegt nahe, weil der sattsam bekannte Linksextremist Anton Maegerle, alias Gernot Modery, zu den Unterzeichnern gehört. Einer der Großspender des Wiederaufbaus war der inzwischen verstorbene Privatbankier Ehrhardt Bödecker, dem die Unterzeichner „Antisemitismus“ vorwerfen. Tatsächlich wird jedoch in dem von Bödecker gegründeten Preußenmuseum im brandenburgischen Wustrow ausgerechnet die Leistung der Juden im und für den preußischen Staat als Schwerpunkt ausführlich dokumentiert. F.B.

● MELDUNGEN

UN-Mitarbeiter war Terrorist

Jerusalem – Das von der Bundesrepublik mitfinanzierte Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) gab bekannt, dass sein Mitarbeiter Fatah Scharif am 29. September bei einem israelischen Luftschlag getötet wurde. Scharif habe eine Schule der UNRWA im El-Bass-Flüchtlingslager von Tyrus im Süden des Libanon geleitet und der UNRWA-Lehrergewerkschaft vorgestanden. Zeitgleich legte Israel klare Beweise vor, dass Scharif alias Abu al-Amin für die Koordinierung der Aktivitäten der sunnitischen Terrormiliz Hamas und ihres schiitischen Pendant Hisbollah verantwortlich war. Ebenso warb er systematisch Kämpfer für die Hamas an und beschaffte Waffen. Laut Aussage des schweizerisch-italienischen UNRWA-Generalkommissars Philippe Lazzarini wusste das Hilfswerk nichts von der Schlüsselrolle Scharifs innerhalb der Hamas-Strukturen im Libanon. W.K.

Buch über Tod von Olof Palme

Stockholm – In Schweden ist ein neues Buch mit dem Titel „Den sista boken om mordet på Olof Palme“ (Das letzte Buch über die Ermordung von Olof Palme) erschienen. Darin widerspricht der Journalist Jon Jordas der offiziellen Version, laut der der schwedische Ministerpräsident Olof Palme am 28. Februar 1986 von dem im Jahr 2000 verstorbenen Grafikdesigner und Sportschützen Stig Engström erschossen worden ist. Jordas, der zahlreiche bislang unzugängliche Ermittlungsakten auswerte, hält den Börsenspekulanten Christer Andersson, der 2008 Suizid beging, für den wahren Täter. Als Motiv nennt er Anderssons Hass auf Palme wegen einer Erhöhung der Umsatzsteuer auf Aktiengewinne. Allerdings stieß diese erneute Einzeltäterthese sofort auf Kritik. Denn nach wie vor sind viele Schweden fest davon überzeugt, dass es eine größere Verschwörung gegen den Premier gegeben habe. W.K.

Soros kauft US-Radiosender

New York – Die Investmentgesellschaft Soros Fund Management des US-amerikanischen Hedgefonds-Milliardärs George Soros hat die Kontrolle über die Rundfunk- und Internetradio-Plattform Audacy übernommen, der mehr als 200 Radiosender in den Vereinigten Staaten gehören, darunter WFAN und WINS in New York, KROQ in Los Angeles, KCBS in San Francisco und WXRT in Chicago. Das Unternehmen musste im Februar 2020 Konkurs anmelden, wonach der Soros-Fonds vor Kurzem 400 Millionen US-Dollar investierte, um Hauptgläubiger beziehungsweise -anteilseigner von Audacy zu werden. Inzwischen genehmigte die für die Aufsicht über den Kommunikationssektor zuständige Federal Communications Commission (FCC) die Übernahme mit drei zu zwei Stimmen, wodurch Soros als überzeugter Unterstützer der Demokraten wenige Wochen vor der US-Präsidentenwahl ab sofort über die Möglichkeit verfügt, 165 Millionen Amerikaner per Radio zu erreichen. W.K.



Mitglieder des Bektaschi-Ordens warten sehnsüchtig auf die Staatsgründung

Foto: mauritius images / robertharding / Alamy

ALBANIEN

Ein „Muslimischer Vatikan“ soll in Tirana entstehen

Für den sozialistisch-katholischen Premier Edi Rama ein vielleicht geschickter Schachzug – Für viele Muslime ist der Bektaschi-Orden eher eine Provokation

VON BODO BOST

Mit seiner Ankündigung, für den auf dem Balkan beheimateten Bektaschi-Sufi-Orden einen Vatikan-ähnlichen Ministaat in Albanien erschaffen zu wollen, hat Albanien Premier Edi Rama in New York am Rande einer UN-Vollversammlung für weltweite Schlagzeilen gesorgt. „Wir wollen, dass uns der albanische Staat denselben Status garantiert, den der Vatikan in Italien genießt“, so Edmond Brahimaj alias „Baba Mondi“, der 65-jährige Führer des muslimischen Bektaschi-Ordens: „Wir haben das verdient. Denn wie schon Papst Johannes Paul II. einmal sagte: Ohne Bektaschi würde es kein Albanien geben.“ Mondi wird bereits Baba genannt, das heißt Vater, fehlt nur das Heilige davor, dann wird

aus Baba Mondi I. der erste Heilige Vater der Bektaschi-Muslime.

Beim sozialistischen Premier Edi Rama rannte der Chef der 116.000 Bektaschis, immerhin die viertgrößte Religionsgemeinschaft im Balkanstaat nach den Sunniten, Orthodoxen und Katholiken, mit seinem frommen Wunsch beinahe offene Pforten ein. Als „Zentrum der Mäßigung, der Toleranz und der friedlichen Koexistenz“ solle der geplante Kleinstaat ähnlich wie der Vatikan über eigene Pässe und eine eigene Verwaltung verfügen und sich auf ein Territorium von elf Hektar im Osten der Hauptstadt Tirana erstrecken, erläuterte Rama seine Pläne.

Im muslimischen Vatikan soll der Konsum von Alkohol erlaubt sein und Frauen sollen die Kleidung tragen, die sie wollen. „Gott verbietet nichts; deshalb hat er uns unsere Intelligenz gegeben“, er-

klärte Mondi einer US-amerikanischen Tageszeitung. Im Koran steht dieser Satz allerdings nicht.

Abgespalten und umstritten

Der Bektaschismus ist ein im 13. Jahrhundert in der Türkei gegründeter religiöser Orden, der aus der spirituellen Sufi-Bewegung hervorgegangen ist und als ein Zweig des Schiismus gilt. Die Zahl der Anhänger des Ordens weltweit ist geheim, wie so vieles über diesen Orden. Für Premier Rama besteht der Zweck der Gründung dieses Staates darin, eine tolerante Version des Islam zu fördern, auf die Albanien stolz ist. Im Jahr 2015 hatten er und Mondi nach den Anschlägen auf Charlie Hebdo am Zug durch die Straßen von Paris teilgenommen.

Der neue Staat soll sich über eine Fläche erstrecken, die einem Viertel der Grö-

ße des Vatikans entspricht. Dort sollen ein Gebetsraum, ein Museum, das die Geschichte des Ordens darstellt, eine Klinik und Büros errichtet werden. „Ein Team von Rechtsexperten, darunter auch internationale Juristen, ist dabei, einen Text zu verfassen, der den souveränen Status des neuen Staates innerhalb Albaniens definiert“, so „The New York Times“. Wann der neue Staat jedoch per Gesetz vom Parlament gegründet werden soll, ist noch ebenso unklar, wie welche Länder ihn anerkennen werden. „Es ist wahr, dass nur wenige bereits Bescheid wissen“, räumt Rama, der ein nicht praktizierender Katholik ist, ein.

Der Islam bräuchte eigentlich für jeden Muslim seinen eigenen Staat

Die meisten konservativen Schiiten und Sunniten betrachten die Bektaschis als Ketzler. Sie wurden jahrhundertlang verfolgt. Als Mustafa Kemal (Atatürk) vor einem Jahrhundert die Macht in der Türkei übernahm und den Sultan sowie die Kalifen verjagte, beendete er auch die Aktivitäten der Bektaschis. Deshalb verlegten sie ihren Sitz nach Albanien, das sich bereits von der türkischen Kontrolle losgesagt hatte.

Die Verdienste der Bektaschi-Prediger in Albaniens Nationalbewegung des 19. Jahrhundert sind unbestritten. Kritiker sehen bei dem Projekt eines selbstständigen Bektaschi-Staats aber nicht nur die in der albanischen Verfassung garantierte Trennung von Staat und Religion bedroht. Viele sehen darin auch ein taktisch-gewieftes Manöver von Rama, von seinen eigenen Prozessen wegen Korruption und Amtsmissbrauch wiederum abzulenken. Beides Delikte florieren angeblich unter ihm in Albanien. Die meisten seiner Landsleute wünschen sich daher keinen neuen Ministaat, sondern vielmehr einen funktionierenden Normalstaat.

Die etwaige Schaffung eines Bektaschi-Vatikans in Albanien könnte auch die Türkei als Affront sehen, weil dort bis 1923 der Sitz des Kalifen und Bektaschi-Ordens war. Seitdem gibt es keinen Kalifen als anerkanntes Oberhaupt des Islam mehr. Heute kann jeder Muslim – bei entsprechenden Korankenntnissen – sich selbst zum Imam oder Kalifen ernennen. Auch Serbien könnte der neue Staat als Steilvorlage dienen, um für die serbisch-orthodoxen Klöster im seit 2008 von Serbien losgelösten Kosovo ähnliche territoriale Konstruktionen zu fordern. Der Balkan ist seit 1991 auf dem Weg in die Kleinstaaterei, allein aus Jugoslawien sind bereits acht Nachfolgestaaten entstanden, weitere religiöse Kleinstaaten könnten folgen. Sicher ist aber: Probleme werden dadurch keine gelöst.

BANGLADESCH

Nicht-muslimische Minderheiten unter Druck

Nach der Revolution vom August droht jetzt die islamische Mehrheitsbevölkerung mit Gewalt

Die jüngsten politischen Entwicklungen in Bangladesch haben Besorgnis ausgelöst. Indien teilt im Nordosten fast zehntausend Kilometer seiner Grenze mit dem Staat. Das ehemalige Ostpakistan wurde nicht nur aus den mehrheitlich muslimischen Gebieten des historischen Bangladeschs gebildet, sondern auch durch die Einbeziehung vieler historisch ethnischer Siedlungsgebiete indigener Gemeinschaften wie Koch, Garo oder Chakma. Mehrere ethnische Gruppen in Bangladesch werden als „transnationale“ Gemeinschaften bezeichnet, die als indigene Gemeinschaften sowohl in Bangladesch als auch im nordöstlichen Teil Indiens leben. Einige dieser Minderheiten wie die Garo sind zu fast 100 Prozent Christen. Diese Gemeinschaften bilden zusammen mit den Hindus die Minderheitenbevölkerung

in Bangladesch. Nun haben die jüngsten Studentenrevolutionen dazu geführt, dass Minderheiten in Bangladesch noch intensiver schikaniert werden. Minderheiten werden immer öfter von radikal-islamischen Gruppen ins Visier genommen, die zunehmend die Politik Bangladeschs dominieren, obwohl mit dem 84-jährigen Yunus ein ehemaliger Nobelpreisträger an der Spitze des Landes steht.

Islamistische Gruppen haben nach dem Sturz der ehemaligen Premierministerin Sheikh Hasina im Anschluss an die Studentenbewegung im August Anarchie gesät und nutzen dies, um vor allem religiöse und nationale Minderheiten anzugreifen. Es wurden bereits Minderheitenvertreter gefoltert, es kam zu Mord und Gruppenvergewaltigungen – immerhin ein Sakrileg im Islam. Der Terror ist auch

zwei Monate nach den Studentenprotesten nicht vorbei, sondern vielmehr organisiert. Es wird sogar versucht, die bengalische Schrift durch arabische Schriftzeichen zu ersetzen. Die renommierte bangladeschische Schriftstellerin Taslima Nasrin reagierte auf diese Aktivitäten mit einem Kommentar in den sozialen Medien: „Die Verfolgung von Menschen unterschiedlichen Glaubens hat im ganzen Land begonnen. Der Faschismus ist durch eine andere Form des Faschismus (= Islamismus) ersetzt worden.“

Neues gefährliches Narrativ

Wohl mit ein Grund, dass sogar islamische Sufi-Heilige, die für einen toleranten Islam stehen, angegriffen wurden. Der ständige Druck auf Muslime in Indien aufgrund der Hindutva-Politik war für die

Studenten in Bangladesch ein Vorwand, um den islamischen Fundamentalismus in Bangladesch zu stärken. Mit dem neuen Bangladesch hat sich ein neues Narrativ herausgebildet. In diesem müssen Stimmen zum Schweigen gebracht werden, um das Bild eines fortschrittlich aussehenden Bangladeschs zu vermitteln. Ein Teil der gebildeten Jugend Bangladeschs hat zwar ein modernes, säkulares Bangladesch im Sinn, aber diese Gruppen sind nicht stark genug, um sich durchzusetzen.

Vielmehr will Bangladesch jeden Einwohner zu einem „bengalischen Muslim“ machen und nicht zu einem bangladeschischen Chakma, Garo, Tripuri oder Koch. Zumal diese Gemeinschaften, anders als in Indien, in Bangladesch keine verfassungsmäßige Garantien und Rechte genießen. bob

VON HERMANN MÜLLER

Unmittelbar nach Beginn des Ukraine-Krieges im Frühjahr 2022 reagierte die EU mit einem Bündel von Wirtschafts-sanktionen gegen Russland. Parallel verbreitete EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Hoffnung, „die schärfsten Sanktionen, die die Welt je gesehen hat“ würden die Kriegsfähigkeit Russlands schnell schwächen. Mittlerweile hat die EU bereits das 14. Sanktionspaket beschlossen. Der Plan, Russland durch Wirtschaftssanktionen zum Einlenken zu bewegen, muss jedoch als gescheitert angesehen werden. Trotz der Sanktionen ist Russlands Wirtschaft nicht in die Knie gegangen, sondern eher gewachsen.

Nach Einschätzung von Pierre-Olivier Gourinchas, Chefökonom des Internationalen Währungsfonds (IWF), geht es „der russischen Wirtschaft definitiv besser, als wir und viele andere erwartet hatten“. Vergangenes Jahr wuchs die russische Wirtschaft laut westlichen Schätzungen um 3,6 Prozent. Für 2024 geht der Internationale Währungsfonds von einem Plus von 3,2 Prozent aus. Deutschland stellt der IWF für dieses Jahr dagegen lediglich ein Mini-Wachstum von 0,2 Prozent aus. Bewahrheiten sich die Prognosen, wird Deutschland in der Gruppe der Industrienationen das Schlusslicht tragen.

Russengas-Aus für Österreich

Für weniger Schlagzeilen sorgt bislang die Wirtschaftslage Österreichs. Die Alpenrepublik hat nach Einschätzung von Holger Bonin vom Wiener Institut für Höhere Studien (IHS) bei der Wirtschaftsentwicklung „in den letzten sechs Quartalen das Schlusslicht in der Eurozone gebildet“. Die Wirtschaftsforscher des IHS und des Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (Wifo) gehen für das laufende Jahr von einem Schrumpfen der Wirtschaftsleistung um 0,6 Prozent aus. Erst für 2025 rechnen beide Institute wieder mit einem leichten Wachstum.

Ob es überhaupt dazu kommen wird, ist aber fraglich. Österreich muss sich nämlich auf einen Schock für seine Wirtschaft einstellen. Bislang wird die Alpenrepublik noch immer mit russischem Erdgas versorgt, das über die Ukraine und die Slowakei nach Niederösterreich geleitet wird. Insbesondere Belgien macht nun aber Druck, dass die EU sämtliche Gasimporte aus Russland verbietet. Belgien selbst, aber auch die Niederlande, würden von einem Einfuhrverbot profitieren. Fallen die russischen Lieferungen per Pipeline weg, müssen die fehlenden Gasmen-gen künftig als Flüssiggas mit Tankschiffen aus den USA und anderen Ländern herangeschafft werden. Bereits jetzt sind



Bestrafung mit ungewolltem Resultat: Statt zu schrumpfen wächst Russlands Wirtschaft in Kriegs- und Krisenzeiten

WIRTSCHAFTSSTÄRKE

14 Sanktionpakete schaden der EU mehr als Russland

Während die Europäische Union zunehmend an Wirtschaftswachstum einbüßt, ging es 2024 für die Russische Förderation ökonomisch sogar bergauf

die Seehäfen Zeebrugge und Rotterdam gut im Geschäft mit Flüssiggas. Sanktionen gegen Pipelinegas würden diese Stellung stärken, selbst wenn russische Flüssiggaslieferungen wegfallen.

Die ukrainische Führung hat zudem angekündigt, die Weiterleitung von russischem Erdgas über sein Territorium zum Jahresende zu stoppen. Die Möglichkeit bietet sich für Kiew, weil Ende des Jahres ein Vertrag zwischen dem ukrainischen Netzbetreiber Naftogaz und Gazprom ausläuft. „Es ist vorbei“, so die Ankündigung des ukrainischen Präsidenten Selensky Ende August. Intensive Verhandlungen zwischen Aserbaidshan, der EU, Russland und der Ukraine zur Durchleitung von aserbaidshanischem Erdgas haben bislang zu keinem Ergebnis geführt. Kommt ab 1. Januar 2025 gar kein Erdgas

mehr im Knotenpunkt Baumgarten im Burgenland an, müssen sich Österreichs Verbraucher und die Wirtschaft auf höhere Energiekosten einstellen.

USA mit treffenden Maßnahmen

Schnell aufflammen kann dann auch wieder Kritik an den EU-Sanktionen, die in Österreich immer wieder zu hören war. Schon im Herbst 2022 hatte Harald Mahrer, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich, der EU-Kommission vorgeworfen, die Russland-Sanktionen seien „nur mit einer Hirnhälfte“, nämlich ohne notwendige Begleitmaßnahmen für die eigene Wirtschaft, gedacht. Nach 14 Sanktionspaketen stellt sich tatsächlich immer dringender die Frage, ob die bisherigen Schritte nicht der eigenen Wirtschaft mehr geschadet haben, als der russischen.

Statt auf kritischer Prüfung setzt die EU noch immer darauf, die Sanktionsliste zu verlängern. Demnächst dürfte es mit Alaska-Seelachs sogar ein Lieblingsprodukt vieler Verbraucher in der EU treffen.

Es sind die USA, die offenbar die richtige Kombination von einigen wenigen, dafür aber wirksamen Maßnahmen gefunden haben. Empfindlich getroffen hat Russland der Ausschluss seiner Banken vom globalen Zahlungssystem SWIFT, gekoppelt mit der Drohung an nicht-russische Banken, selbst zum Ziel von Sekundärsanktionen der USA zu werden. Als Folge verzichten beispielsweise chinesische Banken immer öfter auf Geschäfte mit Russland oder gehen Unternehmen zu Tauschgeschäften über, bei denen im Handel mit Russland nur noch Ware gegen Ware getauscht wird.

WIRTSCHAFTSSCHWÄCHE

Millionen Jugendliche in China bekommen keinen Job

Die hohe Quote der Jugendarbeitslosigkeit hat sogar spürbare Folgen in den USA und in Afrika

Die Jugendarbeitslosigkeit in der Volksrepublik China hat dramatische Ausmaße angenommen. Bereits im Juni 2023 wurde gemeldet, dass jeder Fünfte zwischen 16- und 24 ohne Job sei. Daraufhin setzten die Behörden die Veröffentlichung der Statistik bis Jahresende aus und nahmen dann Änderungen des Berechnungsverfahrens vor. Dies nützte jedoch nichts, denn die Quote liegt erneut bei 18,8 Prozent. Und das ist nur die Spitze des Eisbergs, weil lediglich die arbeitslosen jungen Menschen in den städtischen Gebieten gezählt werden. Partei- und Staatschef Xi Jinping räumt nun der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit oberste Priorität ein.

Chinas Wirtschaft leidet aktuell unter einer generellen Wachstumsschwäche. Die Wachstumsrate liegt statt im zwei-

stelligen Bereich nur bei 4,7 Prozent, wobei der Internationale Währungsfonds sogar davon ausgeht, dass sie bis 2029 auf 3,3 Prozent absinken wird. Das resultiert vor allem aus der Krise im Immobilien-sektor sowie dem Konsumrückgang und den Handelsstreitigkeiten mit dem Westen. Gleichzeitig drängten aber 11,6 Millionen Universitätsabsolventen 2023 auf den Arbeitsmarkt, und 2024 werden nochmals zwölf Millionen hinzukommen. Wie all diese Menschen künftig beschäftigt werden sollen, steht in den Sternen.

Zukunft ohne Kinder

Die Regierung versucht, Studienabgänger zur Arbeit in Regionen zu schicken, wo eigentlich niemand leben will. Ansonsten lautet ihr Rat an die jungen Menschen: „Esst Bitterkeit!“ – also „Beißt Euch

durch!“ In Reaktion hierauf verzichten die meisten jungen Menschen bereits auf eine Zukunftsplanung oder Kinder, obwohl der Staat Frauen drängt, Nachwuchs zu bekommen, um der zunehmenden Alterung der chinesischen Gesellschaft entgegenzuwirken. Ebenso findet das Tangping, also das sogenannte „Flachliegen“ auf Kosten der Eltern und Großeltern, immer mehr Anhänger, was bei uns „Hotel Mama“ genannt wird.

Auswandern nach Afrika

Andere wiederum entinnen der Perspektivlosigkeit, indem sie ihr Glück im Ausland suchen. 2023 wurden etwa 37.000 Chinesen im Süden der USA aufgegriffen. Bürger der Volksrepublik stellen momentan zwar nur einen Bruchteil der illegalen Einwanderer in die Vereinigten Staaten,

aber ihre Zahl wächst deutlich schneller als die aller anderen Gruppen von Immigranten. Parallel dazu bekommen viele afrikanische Staaten die hohe Jugendarbeitslosigkeit in China zu spüren. Bei ihren Infrastrukturvorhaben beschäftigen die Konzerne aus dem Reich der Mitte noch weniger einheimische Arbeitskräfte als bislang, weil genügend billiges Personal aus China zur Verfügung steht.

Ebenso betroffen ist die deutsche Wirtschaft. Der stagnierende Konsum in der Volksrepublik durch die vielen jungen Leute ohne oder mit nur sehr wenig Einkommen gehört zu den Hauptursachen des Einbruchs bei den Importen. Diese stiegen im Jahr 2023 zwar insgesamt noch um schwache 0,5 Prozent, jedoch gingen die Einfuhren aus der Bundesrepublik um zehn Prozent zurück.

MELDUNGEN

Inflation in Polen steigt

Warschau – Die Inflation in Polen hat im September den höchsten Wert seit Dezember 2023 erreicht. Laut der polnischen Statistikbehörde kletterten die Verbraucherpreise im Vergleich zum Vorjahresmonat um 4,9 Prozent. Für Deutschland ermittelte das Statistische Bundesamt im Schnitt einen Preisanstieg von 1,6 Prozent. Deutlich verteuert hat sich in Polen Energie. Hier stiegen die Preise im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 11,4 Prozent. Analysten sehen das als Folge der Lockerung der Energiepreisbremse im Juli. Bei Lebensmitteln zogen die Preise um 4,7 Prozent im Vergleich zum September 2023 an. Preistreibend hat sich insbesondere die Wiedereinführung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel ausgewirkt. Für Einkaufstouristen attraktiv sind noch die Benzinpreise. Diese sind mancherorts auf umgerechnet unter 1,40 Euro je Liter gefallen.

H.M.

EuRH rügt Subventionen

Brüssel – Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat einen Sonderbericht vorgelegt, in dem er die milliardenschwere Förderpolitik der EU zugunsten der biologischen und ökologischen Landwirtschaft scharf kritisiert: Obwohl die EU im letzten Jahrzehnt zwölf Milliarden Euro gezahlt habe, um die Bio-Branche voranzubringen, sei der dadurch erzielte Effekt sehr gering. Tatsächlich machen Bio-Produkte nur vier Prozent des Lebensmittelangebotes innerhalb der Europäischen Union aus, womit sie nach wie vor eine Nischenexistenz führen. Bis 2027 sollen noch weitere 15 Milliarden Euro in die Bio-Landwirtschaft fließen, ohne dass es Strategien für den effizienteren Einsatz der Gelder gibt. Aus der Sicht des EuRH-Prüfers Keit Pentus-Rosimannus droht so die Gefahr, dass „ein System entsteht, welches vollständig von EU-Mitteln abhängig ist“ und niemals über die Fähigkeit verfügen wird, aus eigener Kraft zu florieren.

W.K.

Investitionen bleiben aus

Moskau – Der Optimismus russischer Unternehmen ist deutlich zurückgegangen. Darüber berichten neben dem US-Finanzdienstleister Standard & Poors auch russische Experten. Unter den Sanktionen des Westens leidet vor allem das verarbeitende Gewerbe. Aufgrund einer schwachen Nachfrage verzeichnet es einen Rückgang seiner Produktion. Weil die Hersteller nicht von der Integration in die Produktionsketten im Inland und in den Märkten befreundeter Länder überzeugt sind, halten sie Investitionen bei der Modernisierung zurück. Investitionen in technologische Industrien, die ein wichtiges Zeichen für einen Strukturwandel sein könnten, blieben bisher aus. Gründe dafür sind neben Rohstoffknappheit gestiegene Transportkosten. Die Sanktionen wirken sich zudem auf Bereiche des Maschinenbaus aus. Branchen, die weniger importabhängig sind, wie die Lebensmittelindustrie oder Hersteller von Kleidung und Möbeln, verzeichnen dagegen sogar Wachstum.

MRK

KOMMENTARE

Sticht Obama als Trumpf gegen Joker Trump?

JENS EICHLER

Keine vier Wochen mehr bis zur Wahl in den Vereinigten Staaten von Amerika. Und dennoch ist es gefühlt irgendwie recht ruhig. In den USA wie auch hierzulande. Verkündeten hiesige Medien noch vor Kurzem den Weltuntergang bei der Wiederwahl des Republikaners Donald Trump, taucht das Thema samt Befürchtung nur noch rudimentär auf. Aber auch die anfängliche Euphorie um Vizepräsidentin Kamala Harris, die fast geräuschlos im Ruckzuck-Verfahren gegen den noch US-Präsidenten Joe Biden als Kandidatin ausgetauscht wurde, hat sich eher gelegt.

Oder trägt der Eindruck? Nicht wirklich. Einerseits hat man sich nämlich an die verbalen Ausfälle, die Beleidigungen, Entgleisungen und Pöbeleien seitens Trump so gewöhnt, dass selbst die Nachricht einer neuen Unfähigkeit oder gar die einer neuen Grapsch-Attacke nicht weiter verwundern würde. „So ist er halt, unser Donald“, würden wohl viele sagen – und ihn trotzdem wählen.

Und Kamala Harris? Die grinst und lächelt sich durchs Land, hält hier und da, wie ihr Kontrahent ebenso, ein paar Wahlkampfreden, allerdings ohne konkreten Inhalt. Selbst ihr wohlgestimmte Medien wie die „New York Times“ oder der TV-Sender CNN werden langsam ungeduldig und fragen: „Was will Kamala? Bei Wirtschaftsthemen, in der Finanzpolitik, in der Steuerpolitik, in der Arbeitsmarktpolitik ...?“ Bisher kommen von ihr nette Worte, hohle Phrasen – aber nichts wirklich Inhaltliches.

Schaut man sich die Umfragen der beiden Kandidaten an, so zeigt sich aktuell ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Wo Trump hier um zwei Prozent führt, liegt Harris dort wiederum zwei Pünktchen vorn. Somit wird deutlich: Die Wahl entscheidet sich in den sogenannten Swing States, also US-Bundesstaaten, die mal demokratisch und mal republikanisch votieren. Allen voran das im Nordosten gelegene Pennsylvania ist laut Insidern diesmal der Staat der Staaten. Hier wird laut Demoskopen die Wahl am 5. November entschieden. Und weil das so ist, herrscht eben auch weitestgehend Ruhe. Harris und Trump meiden derzeit

jedes überflüssige Mikrofon. Bloß nichts Falsches sagen. Denn das könnte der alles entscheidende Fehler sein. Und so ist die Phrasendrescherei einer nachweislich intelligenten Kamala Harris wohl pures Kalkül. Ihre Wahlkampfmanager nennen es Fehlervermeidungstaktik. Bloß nicht dahin gehen, wo es für einen Politiker vielleicht wehtun könnte. Passiv bleiben und lächeln. Kein Unvermögen, sondern taktischer Vorsatz.

Das gilt auch für Trump. Dass er seine Kontrahentin mit Worten belegt, deren Gebrauch alle normalen Eltern ihren Kindern strikt verbieten würden – geschenkt. „Donner-Donald“ ist wie er ist, ohne Manieren, der die Lüge fast zur Kunst stilisiert hat. Aber auch er schießt nicht (noch) weiter übers Ziel hinaus. Seine größte Angst: Der Prozess rund um seine Rolle beim Sturm aufs Capitol. Die zuständige Richterin Chutkan jedenfalls ist festen Willens, Trump nicht davonkommen zu lassen. Ungeschwätzte Passagen dokumentieren beispielsweise Trumps Reaktion, als die Chaoten seinen Vize Mike Pence aufknüpfen wollten. „So what!“ (Na und?) war das einzige, was Trump dazu einfiel. Okay, das sagt viel über seinen Charakter aus.

Also heißt das aktuelle Kandidatenspiel: Wer den ersten Fehler macht, hat verloren. Und wer nichts macht, kann auch nichts falsch machen. Darin jedenfalls kennt sich Harris angeblich bestens aus, der ja nachgesagt wird, als Vizepräsidentin eher wenig getan zu haben.

Doch jetzt ist ihren Wahlkampfstrategen etwas Kluges eingefallen. Statt sie schiebt man lieber jemand anderen ins Rampenlicht. Jemanden, der zwar nicht zur Wahl steht, aber dafür sehr beliebt ist, der Wähler (vor allem Unentschlossene) mobilisieren kann und der dennoch kräftig vom Leder ziehen darf: Expräsident Barak Obama. Der wird mit seinem Charme vorgeschickt, während Kamala weiter im Hintergrund lächelt.

Und Trump? Der hat so einen Trumpf nicht. Denn alle Republikaner mit etwas Leuchtkraft sind entschieden gegen ihn – allen voran die Familie Bush, Mitt Romney und ebenso Familie Cheney –, oder aber Trump hat sie alle eigenhändig vergrault. Bleibt die Frage: Sticht der Obama-Trumpf für Harris, wenn Trump als Joker blankzieht?



Im Zwiespalt einer tragischen Entscheidung: Benjamin Netanjahu

Foto: pa/dpa/Oliver Weiken

LEITARTIKEL

Netanjahus Dilemma

HANS HECKEL

Der 7. Oktober war für das israelische Volk ein Tag von Schmerz und Angst. Angst um jene Geiseln, die sich noch immer in den Händen der Hamas befinden und von denen ungewiss ist, ob sie noch leben – und wenn ja, unter welchen Bedingungen sie ihre Tage fristen müssen.

In Schmerz und Angst mischt sich Wut auf die Hamas-Terroristen. Doch auch Regierungschef Benjamin Netanjahu sieht sich als Ziel einer wütenden Verzweiflung wegen seiner harten Haltung gegenüber den Terroristen. Nicht wenige Deutsche teilen die harsche Kritik, dass Netanjahus angebliche Halsstarrigkeit das Leben der Geiseln unnötig gefährde.

Dabei müssten wir Deutsche nur in unsere eigene Geschichte des Umgangs mit Terroristen und Geiselnehmern blicken, um zu verstehen, in welch fataler Situation sich der israelische Ministerpräsident befindet. Wir müssten nur rund fünf Jahrzehnte zurückblättern. Im Frühjahr 1975 entführten Mitglieder der linken Terrorgruppe „Bewegung 2. Juni“ Peter

Lorenz, den CDU-Spitzenkandidaten für die Wahl zum (West-)Berliner Abgeordnetenhaus.

Die Terroristen drohten, Lorenz zu ermorden, sollte die Bundesregierung nicht ihre in Haft befindlichen Komplizen freilassen. Ein Krisenstab aus Mitgliedern

ermutigt von der Aktion mit Lorenz entführten Linksterroristen 1977 Hanns Martin Schleyer. Ziel war es diesmal, die Führungsclique der ersten RAF-Generation um Andreas Baader und Gudrun Ensslin freizupressen. Gut einem Monat später brachten palästinensische „Genossen“ der deutschen Terroristen die Lufthansa-Maschine Landshut mit mehr als 80 Menschen an Bord in ihre Gewalt, um der Forderung weiteren Nachdruck zu verleihen.

Diesmal gab der Staat nicht nach. Aber um ein Haar wäre es zur Katastrophe gekommen und alle Insassen der „Landshut“ hätten ihr Leben gelassen. Die Befreiungsaktion der Antiterrorereinheit GSG9, welche dies verhindert hat, wurde zur Legende. Jürgen Schumann, Pilot der Maschine, und Arbeitgeberpräsident Schleyer wurden indes Opfer der Terroristen.

Zurück in die Gegenwart: Muss nicht auch Netanjahu fürchten, dass eine „Einigung“ mit den Geiselnehmern andere Terroristen nur dazu ermutigen könnte, das Verbrechen zu wiederholen? In noch schrecklicherem Umfang gar? Daran sollten wir denken, ehe wir den Stab über Israels Regierungschef brechen.

Deutschland sah, wie eine „Einigung“ mit Terroristen das Tor zur Hölle öffnete

PORTRÄT

Mierschs Gesetz

Den Zeitpunkt seines Rücktritts als SPD-Generalsekretär aus „gesundheitlichen Gründen“ hat Kevin Kühnert gut gewählt: Schlappen bei zwei Landtagswahlen in den neuen Bundesländern, Umfragetief der SPD, Unzufriedenheit mit der Ampelkoalition im Allgemeinen und mit dem SPD-Bundeskanzler im Besonderen, dessen Politik Kühnert in den Talkshows immer widerwilliger zu verteidigen suchte. Angesichts solcher Hiobsbotschaften war es Zeit zu gehen.

Mit Matthias Miersch hat die Parteispitze überraschend schnell einen Nachfolger gefunden. Ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl soll ihm das gelingen, wozu Kühnert wohl selbst nicht mehr die Kraft hatte – oder man es ihm nicht zgetraut hat: als Wahlkampfmanager die SPD aus ihrer Schräglage wieder aufzurichten. Wie das angesichts des Erstarkens der AfD und den vielen Ampel-schädigenden Krisen – Einwanderung, Ukrai-

ne, Wirtschaft, Energie – gelingen kann, wird sein Geheimnis bleiben.

Im Willy-Brand-Haus, in dem Miersch zukünftig als neuer „General“ das Parteiprofil nach außen schärfen soll, dürfte es bald sachlicher zugehen. Anders als das impulsiv-eloquente Redetalent Kühnert, fällt der 20 Jahre ältere Miersch eher durch dröge Vorträge in einem Anwalts-ton auf. Der 55-jährige Hannoveraner ist selbst Fachanwalt für Strafrecht, gehört



SPD-General: Matthias Miersch

aber schon seit 2005 dem Deutschen Bundestag an. Ähnlich wie Kühnert zählt er zum linken Parteiflügel und ist wie dieser kein großer Anhänger von Olaf Scholz. Gegenüber diesem werde er „kein einfacher Jasager sein“, ließ er wissen.

Als stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion für Umwelt, Klimaschutz pp. will er nach eigenen Angaben Verbesserungen an Robert Habecks Heizungsgesetz durchgesetzt haben. Deshalb müsste es, so sagte er, eigentlich „Miersch-Gesetz“ heißen. In seiner Jugend habe er außerdem als Fußball-Schiri gewirkt. Die ausgleichend neutrale Funktion muss er nutzen, um die rechten und linken Parteiflügel wieder näherzubringen. Doch das Zerbröseln der einstigen Volkspartei wird er wohl kaum aufhalten können. Der Abgang des einstigen Hoffnungsträgers Kühnert, der bei der Bundestagswahl 2025 nicht erneut antreten will, ist dafür symptomatisch. H. Tews

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Heimkehr nach Elbflorenz

„Wo alles begann“ – Dresden schließt mit zwei Ausstellungen das Caspar-David-Friedrich-Jahr ab

VON VEIT-MARIO THIEDE

Den am 7. September 1774 in Greifswald geborenen Caspar David Friedrich ehrt Dresden anlässlich seines 250. Geburtstags mit der Ausstellung „Wo alles begann“. Zwar bekam Friedrich bereits in Greifswald Zeichenunterricht und studierte später an der Kunstakademie von Kopenhagen, aber aus Sicht der Ausstellungsmacher begann seine Karriere erst in der sächsischen Residenzstadt, in der er von 1798 bis zu seinem Tod 1840 lebte. Wichtige Anregungen gewann er in deren Gemäldegalerie. Und nirgendwo sonst als in Dresden malte er seine Ölbilder.

Die im Kupferstichkabinett ausgestellten 140 Werke auf Papier machen Friedrichs Denk- und Schaffensprozess nachvollziehbar. Den bringt Kuratorin Petra Kuhlmann-Hodick auf die Formel: „Entdecken, erfassen, konstruieren.“ Präsentiert werden mit Bleistift oder Feder ausgeführte Zeichnungen. Er fertigte sie auf Wanderungen und Studienreisen in die Sächsische Schweiz und ins Riesengebirge, den Harz und auf Rügen an. Auf diesen Fundus griff er zurück, um seine Sepialätter und Ölgemälde zu konstruieren.

Wiederholt zeigt die Schau den Ausgangspunkt und das Endergebnis von Friedrichs Arbeitsweise. So stellt eine auf den 28. August 1800 datierte Bleistiftzeichnung das „Felsentor im Uttewalder Grund“ dar. In der engen Sandsteinschlucht sind herabgestürzte Felsbrocken zwischen den Steilwänden stecken geblieben. So entstand das Felsentor. Die Zeichnung war die Vorlage für die um 1801 geschaffene braune Pinselzeichnung „Felsentor im Uttewalder Grund“. Die düster majestätisch dargebotenen Steinmassen kontrastieren mit dem kleinen hellen Tor, in dem sich die Silhouetten zweier jubelnden Gestalten bemerkbar machen.

In einem mit Vorhängen versehenen Kabinett, das man nur einzeln betreten darf, gibt es das kürzlich mit Hilfe von Förderern durch die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die Klassik Stiftung Weimar



Auf seiner letzten Etappe von Hamburg nach Dresden: Friedrichs „Wanderer über dem Nebelmeer“ ist im Albertinum angekommen

und die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden aus Privatbesitz angekaufte „Karlsruher Skizzenbuch“ zu sehen. Die aufgeschlagene Seite zeigt bis in die kleinsten Verästelungen das „Porträt“ eines Baumes. Das Skizzenbuch legte Friedrich im Frühsommer 1804 an. Es birgt Bleistiftzeichnungen, die er an der Elbe zwischen Dresden und Meißen ausführte. Friedrich nutzte sie als Vorlagen für Gemälde. Eines von ihnen ist das „Große Gehege bei Dresden“ (1832), das im zweiten Teil der Ausstellung hängt. Der wird im Albertinum präsentiert.

Im Albertinum steht die Malerei im Mittelpunkt. Erster Blickfang ist eine lange Wand, an der dicht an dicht in mehreren Reihen neben- und übereinander 121 Gemälde von Malern und einigen Malerinnen hängen, mit denen Friedrich in

Verbindung stand. Zum Beispiel Carl Gustav Carus, dessen Malerei sich eng an Friedrichs Motivwelt anlehnte, oder Caroline Bardua, von der ein Porträt des alten Caspar David Friedrich zu sehen ist.

„Bilder wie Ware aufgestellt“

Biblische Darstellungen und Heilige hängen neben antiker Mythologie, Landschaften, Stilleben, Allegorien und Herrscherbildnissen Napoleons. Diese den Betrachter geradezu erschlagende Präsentationsform orientiert sich an den zur Zeit Friedrichs üblichen Bilderhängungen – die dieser allerdings ablehnte. Er schrieb: „Es macht immer einen widrigen Eindruck auf mich, in einem Saal oder Zimmer eine Menge Bilder wie Ware aufgestellt oder aufgespeichert zu sehen, wo der Beschauer nicht jedes Gemälde ge-

trennt betrachten kann, ohne zugleich vier halbe andere Bilder mitzusehen.“

In den gegenüber eingerichteten Kabinetten dagegen hängen die 47 Gemälde Friedrichs und die 19 Landschaftsgemälde der Alten Meister, von denen er Anregungen bezog, weit auseinander. Zu ihnen gehören Jacob van Ruysdaels „Jüdischer Friedhof“ (um 1655) und Claude Lorrains „Landschaft mit Flucht nach Ägypten“ (1647). Bemerkenswert ist, dass ihn oftmals nur die klein in die Landschaftsgemälde gesetzten so genannten „Staffagefiguren“ interessierten. Das verraten vier Blätter (um 1800), auf denen sich zahlreiche Figuren befinden. Etwa eine Mutter mit Kind im Arm, Männer mit ausgestrecktem Zeigefinger, Lastenträger oder ein Paar. Einige erkennen wir auf den ausgestellten Gemälden wieder.

So ist auf dem von Adriaen Frans Boudewijns (1644–1711) und Pieter Bout (1640/45–1689) gemalten „Brunnen am Seeufer“ als zweite Gestalt von links ein Bettler zu sehen, der sich auf einen Stock stützt und gegen einen Pfeiler lehnt. Seitenverkehrt treffen wir ihn in Friedrichs „Gebirgslandschaft mit Regenbogen“ (1809/10) wieder, verwandelt in einen rasenden Wanderer, der sich gegen einen Felsen lehnt. Treffend urteilt Kurator Holger Birkholz: „Seine Motivübernahmen wirken so eigenständig, dass sie kaum als Zitate zu erkennen sind.“

Die Ausstellungskabinette sind besonders thematischen und motivischen Aspekten im Schaffen Friedrichs gewidmet. Zuweilen spielen farbenprächtige Himmel die Hauptrolle im Bild wie etwa im „Großen Gehege bei Dresden“ (1832), auf dem der violett, hellblau und orangeleuchtende Himmel das Bildgeschehen dominiert. Das Gemälde „Die Kathedrale“ (um 1818) sowie Landschaftsansichten mit Kreuz und den für den Glauben an das Leben nach dem Tod stehenden Fichten geben Friedrich als frommen Christen zu erkennen. Zehn Jahre nach der Völkerschlacht bei Leipzig und 300 Jahre nach dem Tod Huttens, der Humanist und Parteigänger Luthers war, schuf Friedrich das Gemälde „Huttens Grab“ (1823). Es steht für den politischen Maler Friedrich.

Heute nur noch schwer zu erkennen sind die auf den Sarkophag geschriebenen Namen wichtiger Persönlichkeiten der Befreiungskriege gegen Napoleon: Friedrich Ludwig Jahn, Ernst Moritz Arndt, Joseph von Görres sowie Karl Freiherr vom und zum Stein. Dazu äußert Birkholz: „Zeit seines Lebens und gerade auch nach den alten europäischen Monarchien stärkenden Karlsbader Beschlüssen von 1819 engagierte sich Caspar David Friedrich für freiheitlich bürgerliche Rechte.“

● Bis 17. November im Kupferstichkabinett und bis 5. Januar im Albertinum Dresden. Der Katalog aus dem Sandstein Verlag kostet im Museum 36 Euro, im Buchhandel 48 Euro. Internet: www.skd.museum

KINO

Leuchtende Liebe, lachender Tod!

Gerechtigkeit für Hagen – Ein neuer Nibelungen-Film in den Kinos und bald als Serie auf RTL+

Die Walküren kommen lautlos herbeigeritten. Es gibt kein „Hojotoho! Heiaha“-Gekreische, und es wird auch nicht hölzern gestabreimt wie in der Wagner-Oper: „Weia! Waga! Woge, du Welle, walle zur Wiege!“ Aber, auwaia!, in dem neuen deutschen Mittelalterepos „Hagen – Im Tal der Nibelungen“, das am 17. Oktober in die Kinos kommt und 2025 als sechsteilige Serie auf dem Portal RTL+ kostenpflichtig gestreamt werden kann, kriegt der kühne Recke Siegfried dennoch eine Speerspitze voller Fantasyspinnerei ab.

Doch nicht der blonde Drachentöter Siegfried steht dieses Mal im Vordergrund, sondern sein Widerpart Hagen von Tronje. In der Originaldichtung und bei Wagner ist er noch der böse Bube, der Siegfried an seiner einzigen empfindlichen Stelle – der Schulter – hinterrücks tödlich trifft. Im optisch anspruchsvollen Film, der auf einen 1986 erschienenen Roman des Fantasy-Autors Wolfgang Hohlbein basiert, solle Hagen „Gerechtigkeit

widerfahren“, wie es zu Beginn heißt. Der Waffenmeister am Königshof der Burgunder ist treuer Parteigänger des Hamlet-artigen Zauderers König Gunter. Auf dessen Schwester Kriemhild (Lilja van der Zwaag) hat Hagen halbblind vor Liebe ein Auge geworfen, um dann aber entsa-

gungsvoll für den neuen Platzhirschen Siegfried das ihm nach einem Kampf letzte verbliebene Auge von ihr abzuwenden.

Mit dem Niederländer Gijs Naber als Hagen und dem Deutschen Jannis Niewöhner als Siegfried kommt es zum Nachbarschaftsduell eines seltsamen Paares: Im

Team Oranje spielt ein Griesgram mit Augenklappe und stoischer Geduldsmiene, im Team Schwarz-Rot-Gold ein spaßorientierter Kindschopf. Das Duell endet pari. Letztlich raufen sie sich zusammen, um für König Gunter auf Island die von der Dänin Rosalinde Mynster gespielte eiskalte Amazone Brunhild zu werben, ehe es zu Hause auf deutschem Boden zu einem unerwarteten Finale kommt. Wie heißt es in Wagners „Siegfried“-Oper? „Leuchtende Liebe, lachender Tod!“ Darauf kann man hier tatsächlich gefasst sein.

Diese großteils in böhmischen Wäldern gedrehte Schwertkampfphantasie zwischen Eis und Feuer ist so etwas wie „Game of Thrones“ oder „Herr der Ringe“ in Zeitlupe. Die Handlung schleppt sich mühselig vorwärts, und die tragischen Konflikte scheinen Baldrian-getränkt zu sein. Lassen wir uns von der Serienfassung überraschen, welche die Konflikte vielleicht lachender und (er)leuchtender herausarbeitet.

Harald Tews



Halbblind vor Liebe: Der Niederländer Gijs Naber als Titelheld Hagen von Tronje

● MELDUNGEN

Guten Appetit!

Mannheim – Die Reiss-Engelhorn-Museen zeigen vom 13. Oktober bis 27. Juli 2025 zwei Ausstellungen zum Thema „Essen und Trinken. Reisen durch Körper & Zeit“. Im Museum Weltkulturen D5 öffnen sich die Tore zur abenteuerlichen „Körperreise“ – eine Entdeckungstour durch den menschlichen Körper. Das Museum Zeughaus C5 zeigt als „Zeitreise“ Geschichten der Ess- und Trinkkultur von der Steinzeit bis in die nahe Zukunft. www.rem-mannheim.de tws

Blumengrüße

Hamburg – Das Bucerius-Kunst-Forum am Alten Wall 12 in Hamburg widmet sich vom 12. Oktober bis 19. Januar mit „Flowers Forever“ den Blumen in Kunst und Kultur. Zu sehen sind Werke internationaler Sammlungen sowie eigens entwickelte Installationen. www.buceriuskunstforum.de tws

SOWJETUNION

Rolle rückwärts im Kreml

Vor 60 Jahren wurde an der Spitze der KPdSU der Reformer Chruschtschow durch den Apparatschik Breschnew ersetzt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Ein Grund für den Sturz des sowjetischen Partei- und Regierungschefs Nikita Chruschtschow war, dass die anderen Mitglieder der Partei- und Staatsführung die ebenso sprunghafte wie jähzornige Art des Stalin-Nachfolgers fürchteten. Darüber hinaus kritisierten sie einerseits die Annäherung an die Bundesrepublik Deutschland und die generelle Nachgiebigkeit im Umgang mit dem Westen sowie andererseits den harten Konfrontationskurs gegenüber früheren Verbündeten wie China und Albanien. Hinzu kamen die ständigen Eingriffe in die staatliche Planung, insbesondere im Bereich der Landwirtschaft. Und dann stieß schließlich auch noch Chruschtschows Parteireform auf massiven Widerstand, weil sie zu einem Zuständigkeitschaos führte und die Privilegien der altgedienten Kader bedrohte.

Vor 60 Jahren, am 14. Oktober 1964, endete die Ära des gebürtigen Ukrainers, die mit der Entstalinisierung und zahlreichen, zunächst allgemein begrüßten Reformen begonnen hatte, nicht zuletzt wegen eines Reformüberdrusses in der Sowjetunion und deren Nomenklatura.

Insofern war es naheliegend, dass der Ablösung von Chruschtschow eine politische Rolle rückwärts folgte. Sie wurde maßgeblich vom bisherigen Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets und damit Staatsoberhaupt der UdSSR, Leonid Breschnew, vollzogen. 1964 wechselte der ebenfalls in der Ukraine Geborene von der Staats- an die Parteispitze. Erst trug er wie zuvor Chruschtschow den Titel Erster Sekretär. Doch zwei Jahre später wurde er zum Generalsekretär der KPdSU gekürt, ein Titel, den zuvor lediglich Stalin geführt hatte. Dieses Anknüpfen an die Tradition Stalins ist durchaus als Statement zu interpretieren.

Vergleich der beiden KPdSU-Chefs

Im Gegensatz zu seinem unberechenbaren Vorgänger avancierte Breschnew zum Garanten der Stabilität in der Kaderfrage. Der einstige Kronprinz von



Gute Miene nur wenige Monate vor dem Machtwechsel: In seiner Funktion als Staatschef heftet Leonid Breschnew dem Parteichef Nikita Chruschtschow zu dessen 70. Geburtstag den Leninorden und den Goldenen Stern der Helden der Sowjetunion ans Revers

Foto: IMAGO/SNA

Chruschtschow, der am Ende eifrig mit an dessen Stuhl gesägt hatte, galt als umgänglich, ja kumpelhaft, und pflegte einen ungewohnt kollektiven Führungs-

stil. Dass der gemütliche „Ljonja“ für eine durchgreifende Restalinisierung in der Sowjetunion sorgte, nahm ihm kaum jemand übel, weil sie mit spürbaren Ver-

besserungen beim Lebensstandard einherging.

Ab Mitte der 70er Jahre erlahmte indes diese positive Entwicklung. Das

„Goldene Zeitalter der Stagnation“ brach an, wie Spötter die zweite Hälfte der Ära Breschnew genannt haben. Verantwortlich hierfür waren die unablässig steigenden Rüstungsanstrengungen der UdSSR, die damit ihre Position als Supermacht festigen wollte. Diesem Zweck diente auch die von Breschnew 1968 verkündete und nach ihm benannte Doktrin über die „begrenzte Souveränität sozialistischer Länder“, der zufolge die „Interessen und die Souveränität einzelner sozialistischer Staaten ... ihre Grenzen an den Interessen und der Sicherheit des gesamten sozialistischen Systems“ finden.

Vergleich mit heute

Ein Symptom der Restalinisierung nach dem Sturz von Chruschtschow war auch der zunehmende Personenkult um Breschnew, der immer seltsamere Blüten trieb. So erhielt der von Schlafmitteln abhängige und an Gehirnverkalkung leidende Parteichef gleich viermal den Orden „Held der Sowjetunion“ und eine Beförderung zum Marschall der Sowjetunion, obwohl er 1946 als Generalmajor aus der Roten Armee ausgeschieden war. 1977 wurde er der erste in der sowjetischen Geschichte, der das Amt des Parteichefs mit dem des Staatsoberhauptes in seine Person verband. Das hatte nicht einmal Stalin getan.

Heutzutage wird gelegentlich behauptet, der Übergang von Chruschtschow zu Breschnew vor 60 Jahren sei mit dem Wechsel von Boris Jelzin zum jetzigen starken Mann im Kreml, Wladimir Putin, vom Prinzip her vergleichbar: So wie unter dem konservativen Apparatschik Breschnew der Stalinismus wiederauferstand, reanimiere der fanatische KGB-Offizier Putin die Sowjetunion. Doch dieser historische Vergleich hinkt. Putins Russland folgt keiner internationalistischen Agenda, sondern einer nationalistischen „Ideologie der russischen Zivilisation“. Vor diesem Hintergrund wahrte es ausschließlich seine eigenen Interessen. Dabei agiert das neue Russland sehr viel stärker mit einem pragmatischen Egoismus und somit flexibler als die verkrustete Sowjetunion.

PETER CORNELIUS

Dichter oder Musiker oder Musikjournalist?

Der vor 200 Jahren geborene und vor 150 Jahren gestorbene Mainzer bezeichnete sich selbst als „Dichterkomponist“

Bei dem Namen Peter Cornelius denken die meisten Zeitgenossen sicher an den 1951 geborenen österreichischen Liedermacher, der mit eingängigen Songs wie „Der Kaffee ist fertig“ oder „Reif für die Insel“ in den 1980er Jahren ein Millionenpublikum erreichte. Doch steht der Name in der europäischen Musikgeschichte auch für eine andere, nicht minder bekannte Persönlichkeit.

Der Komponist und Dichter Peter Carl August Cornelius wurde am 24. Dezember 1824 in Mainz als Sohn des Schauspielerehepaars Carl (1793–1843) und Friederike Cornelius (1789–1869) geboren. Nachdem Peter kurzzeitig am Mainzer Theater als Schauspieler und Violinist engagiert war, siedelte er 1844 nach Berlin über, wo er wichtige Impulse für sein weiteres Leben erhielt.

Von großer Bedeutung war sein Onkel und Taufpate Peter von Cornelius (1783–1867). Dieser zu seiner Zeit international renommierte Maler war von 1819 bis 1824 erster Direktor der von Friedrich

Wilhelm III. gegründeten Königlich-Preußischen Kunstakademie in Düsseldorf, wo er ein führender Repräsentant des Nazarener-Stils war. Nach seiner Tätigkeit an der Akademie der Bildenden Künste in München lebte und wirkte er ab 1841 in Berlin.

Seinen gleichnamigen Neffen machte er mit der Berliner Gesellschaft bekannt. Dank dieser Kontakte konnte Peter Cornelius in der damals rund 350.000 Einwohner großen Stadt sein Geld als Kritiker verschiedener Musikzeitschriften verdienen.

Neben seinem Onkel übte auch Siegfried Wilhelm von Dehn (1799–1858) großen Einfluss aus, bei ihm studierte er von 1845 bis 1849 Komposition. Dehn, Kustos der Musikalien der Königlichen Bibliothek, war ein anerkannter Musiktheoretiker, Werkherausgeber und Gesanglehrer. Zu seinen Schülerinnen hatte auch Clara Wieck gehört, bevor sie Robert Schumann heiratete.

Nach dieser fundierten Ausbildung und erfolgreichen theoretischen und

praktischen Musikvermittlung zog Cornelius 1853 nach Weimar, wo er für die „Neue Zeitschrift für Musik“ arbeitete. In der beschaulichen Residenzstadt des Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach gehörte er dem „Neu-Weimarer-



Peter Cornelius

Verein“ an, der von Franz Liszt und August Heinrich Hoffmann von Fallersleben gegründet worden war.

Am dortigen Hoftheater fand im Dezember 1858 die Uraufführung seiner Oper „Der Barbier von Bagdad“ statt. Zwar kam es bei der Aufführung zu einem Eklat, der gegen den Dirigenten Liszt gerichtet war und der dazu führte, dass Cornelius die Stadt eilig verließ, doch gilt diese Oper als eines der wichtigsten und bekanntesten Werke des Komponisten.

In Wien, wo er Friedrich Hebbel und Richard Wagner kennenlernte, lebte er von 1859 bis 1864, doch hielt er stets den Kontakt zur Heimat. So war er am 5. Februar 1862 im Hause seines Mainzer Verlegers Franz Schott und dessen Ehefrau Betty Zeuge, als Richard Wagner Texte aus seinen „Meistersingern“ vortrug.

Eine weitere wichtige Station in seinem Berufsleben war München, wo im Mai 1865 seine Oper „Der Cid“ erfolgreich uraufgeführt wurde. Zwei Jahre

später übernahm er an der neu gegründeten Musikhochschule einen Lehrauftrag für Rhetorik und Harmonielehre.

Ebenfalls 1867 heiratete Cornelius in Mainz Bertha Jung (1834–1904), Tochter eines Obergerichtsrats, mit der er vier Kinder hatte, darunter den späteren Kunsthistoriker Carl Maria Cornelius (1868–1945), aus dessen Nachlass die Stadt Mainz 1950 das Peter-Cornelius-Archiv erwarb. Am 26. Oktober 1874, zwei Monate vor seinem 50. Geburtstag, verstarb Peter Cornelius in seiner Geburtsstadt. Dort wurde er auf dem Hauptfriedhof bestattet. Auch als Lyriker, vor allem aber als hervorragender Liedkomponist hinterließ er ein vielseitiges Werk, das so bedeutend ist wie die Kompositionen von Robert Schumann und Hugo Wolf und das noch immer aufgeführt wird. Dazu gehören das „Stabat mater“, die „Weihnachtslieder“ und die „Brautlieder“, das Requiem „Seele, vergiss sie nicht“ oder die „Messe in d-Moll“ sowie zahlreiche Streichquartette.

Jörg Koch

VON WOLFGANG REITH

Im Zuge der nicht nur Europa betreffenden Neuordnung nach dem Ende der napoleonischen Herrschaft mussten die Niederlande Großbritannien in der 1814 geschlossenen Londoner Konvention die südafrikanische Kapkolonie endgültig abtreten. Nachfolgend kam es zu einer forcierten britischen Einwanderung und einer damit einhergehenden Verschiebung der weißen Bevölkerungszusammensetzung zugunsten des englischsprachigen Elements.

Dadurch änderte sich auch das Leben in der Kolonie. Während die städtischen Kap-Holländer sich assimilierten, entfremdeten sich auf dem Lande Buren und Obrigkeit zunehmend voneinander. Die Farmer an den Grenzen verloren das Vertrauen in die Verwaltung, die nicht in der Lage schien, ihnen ausreichend Schutz gegen Überfälle zu gewährleisten.

Das leitete letztlich die in die Geschichte als der „Große Treck“ eingegangene Massenauswanderung von mehr als 10.000 Buren, den „Voortrekkern“, aus der Kapkolonie nach Norden und Nordosten ein. Diese Völkerwanderung ab 1835, die rund zwei Jahrzehnte später mit der Gründung der beiden Burenrepubliken Transvaal und Oranje-Freisstaat endete, hat entscheidend zur Ausdehnung des heutigen südafrikanischen Staatsgebildes beigetragen.

Bildung der Burenrepubliken

Ende 1847 wurde Sir Harry Smith Gouverneur der Kapkolonie. Im Februar 1848 vergrößerte er das Empire um die Orange River Sovereignty. Er annektierte das Gebiet nordöstlich der Kapkolonie zwischen dem namensgebenden Oranje im Süden, dessen längstem und größtem Nebenfluss, dem Vaal, im Norden und dem höchsten Gebirge im südlichen Afrika, den Drakensbergen, im Osten.

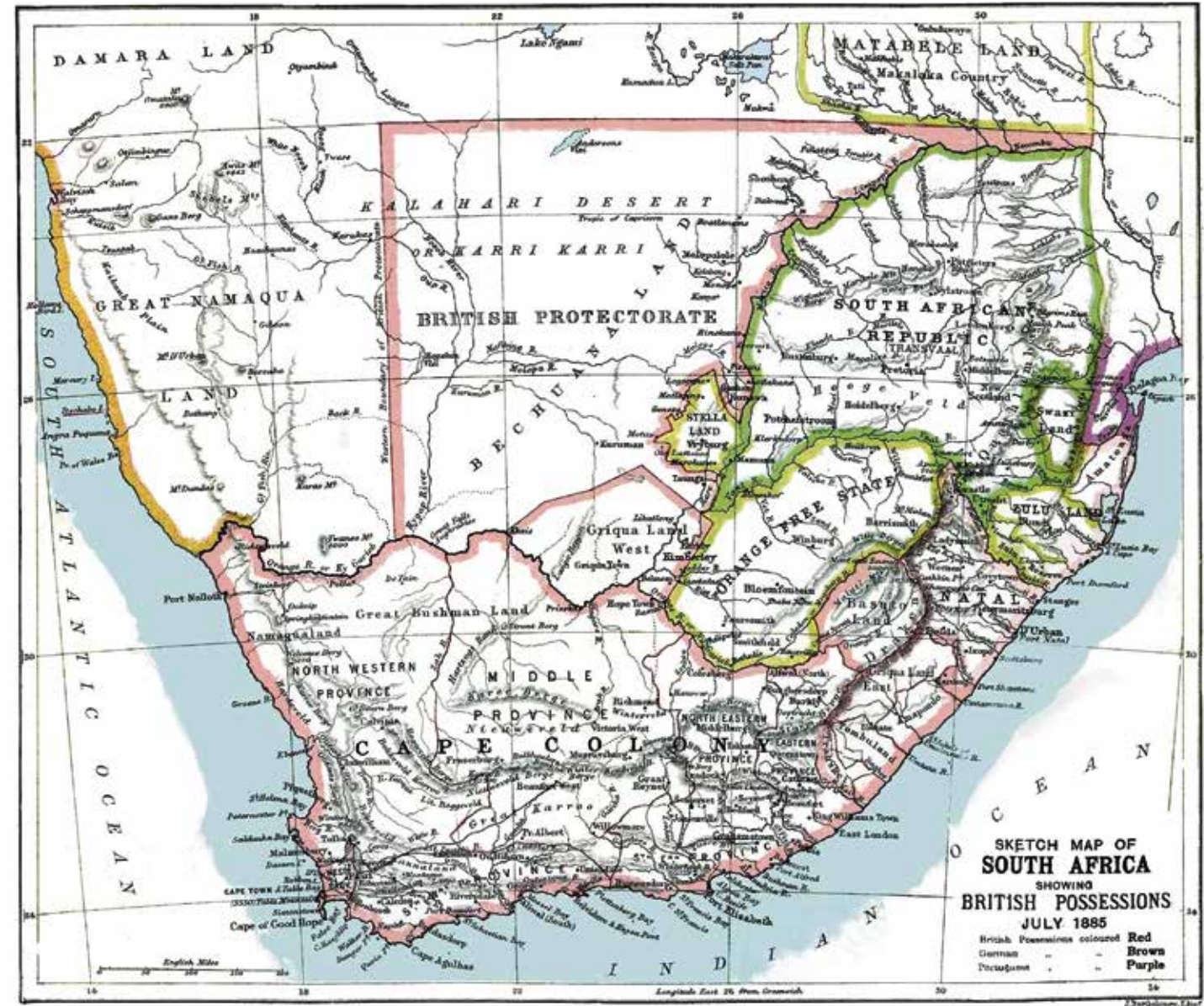
Das führte zu Unruhen unter den in das Gebiet nördlich des Vaal abgewanderten Voortrekker-Buren. In zähen Verhandlungen erreichten diese, dass Großbritannien ihnen 1852 in der Sand River Convention die Unabhängigkeit Transvaals zusicherte.

Die Konsolidierung eines geordneten Staatsgebildes sollte allerdings noch auf sich warten lassen. Erst um die Jahreswende 1856/57 kam es dort zur Gründung der Südafrikanischen Republik mit der Hauptstadt Potchefstroom, die 1860 in dieser Funktion von Pretoria abgelöst wurde.

Im Jahr 1854 wurde aus der Orange River Sovereignty der Briten der Oranje-Freisstaat der Buren. Da nach der Annexion durch Smith 1848 die dortigen Buren von Anfang an Widerstand geleistet hatten und überdies der Landstrich wirtschaftlich nur von untergeordneter Bedeutung war, entschloss sich die britische Verwaltung zur Aufgabe desselben. In der 1854 zwischen Großbritannien und den Buren in Bloemfontein abgeschlossenen Orange River Convention erhielten die in dem Gebiet lebenden Buren die Unabhängigkeit. Das führte zur Bildung des Oranje-Freisstaats mit der Hauptstadt Bloemfontein.

Während sich Letzterer zusehends zu einer Art politischer und wirtschaftlicher Musterrepublik entwickelte, gaben die Zustände in der Südafrikanischen Republik mit der Zeit Anlass zur Besorgnis. Wirtschaftlich und finanziell trieb das Land langsam dem Ruin entgegen. In der Schwäche dieses Staates sah Großbritannien eine Gefahr für die Sicherheit der europäischen Kolonien im südlichen Afrika, und so mehrten sich die Stimmen derjenigen, die ein Eingreifen Londons als notwendig erachteten.

Hinzu kam, dass der seit 1866 amtierende britische Kolonialminister, Henry Herbert, 4. Earl of Carnarvon, der schon 1867 den Zusammenschluss Kanadas zu einer Konföderation herbeigeführt hatte, den Gedanken hegte, die Kapkolonie und die 1856 von den Briten geschaffene Kolo-



Vor dem zweiten Burenkrieg, im Juli 1885: Afrikas Süden mit der Kapkolonie (Cape Colony, braun umrandet), Natal (ebenfalls braun umrandet), der Südafrikanischen Republik (South African Republic, grün umrandet) und dem Oranje-Freisstaat (Orange Free State, gelb umrandet)

Foto: 1885 University of Texas Libraries/free of charge only

BURENREPUBLIKEN

Wie es zum Existenzkampf gegen die Briten kam

Die Vorgeschichte des zweiten Burenkrieges zwischen der Südafrikanischen Republik und dem Oranje-Freisstaat sowie dem Empire endete vor 125 Jahren

nie Natal mit den Burenrepubliken ebenfalls zu einer Union zusammenzuschließen. Auf der hierzu im Mai 1876 einberufenen Londoner Konferenz zeigte sich aber, dass keineswegs Konsens über einen solchen Plan bestand. Einzig Natal unterstützte ihn, und von dort kam auch der Mann, der für vollendete Tatsachen sorgte.

Sir Theophilus Shepstone, Staatssekretär für Eingeborenenfragen in Natal und Vertreter dieser Kolonie bei der Londoner Konferenz, überschritt im Januar 1877 mit einigen Beamten und einer Eskorte von 25 Angehörigen der Natal Mounted Police ungehindert die Grenze zur Südafrikanischen Republik. Fast drei Monate lang verhandelte er in Pretoria mit der politischen Führung des Staates und versuchte diese ergebnislos für die Unionspläne zu gewinnen. Am 12. April 1877 verlas er schließlich vor dem Regierungsgebäude in Pretoria eine Proklamation, durch welche die Südafrikanische Republik zur britischen Kolonie erklärt wurde. Zwar erhob Präsident Thomas François Burgers formalen Protest, doch zeigt die Tatsache, dass sich die Regierung angesichts der nur kleinen britischen Kommission ansonsten kaum widersetzte, in welch schwacher Verfassung sich der Staat befand.

Erster Burenkrieg

Allerdings wuchs in den folgenden Jahren der Widerstandsgeist der Transvaaler Buren, und Ende 1880 kam es zum allgemeinen Aufstand gegen die Besatzungsmacht. Das löste den ersten Burenkrieg aus.

Trotz ihrer militärischen Übermacht mussten die Briten empfindliche Niederlagen einstecken, die letztlich dazu führten, dass es 1881 zur Unterzeichnung des Friedensvertrages von Pretoria kam, in dem Transvaal weitgehende Autonomie unter der Oberhoheit der britischen Kro-

ne zugestanden wurde. Auf burischer Seite hatte sich in den Verhandlungen ein Mann hervorgetan, der später noch eine wichtige Rolle spielen sollte: Paul Kruger. Nachdem er 1883 mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten gewählt worden war, reiste er im Jahr darauf nach London und erreichte dort praktisch die Beendigung der britischen Suprematie über sein Land, das sich hinfort wieder Südafrikanische Republik nennen durfte. Kaum war die Selbstständigkeit wiederhergestellt, trieb das Land zum zweiten Mal einer politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Misere entgegen. Das führte zu erneutem Argwohn bei den Nachbarn.

Da trat jedoch ein Ereignis ein, das die entscheidende Wende herbeiführen sollte. 1886 wurden am Witwatersrand große Goldlagerstätten entdeckt, die ein ungeahntes Wirtschaftswachstum nach sich zogen. Gleichzeitig mit dem Goldrausch kam auf die Südafrikanische Republik ein Problem mit ausländischen Gastarbeitern zu, die in großer Zahl ins Land strömten, um hier ihr Glück zu finden. Um die Mitte der 1890er Jahre setzte sich die weiße Bevölkerung Transvaals aus rund 80.000 Buren, aber fast doppelt so vielen Ausländern zusammen. Dass dies zu sozialen Spannungen führen musste, war vorauszusehen, zumal die Gastarbeiter einen den Buren gänzlich fremden Lebensstil pflegten und aufgrund ihrer besseren europäischen Schulbildung und ihres technischen Know-hows auch ein offeneres Weltbild mitbrachten, als es bei dem Burenvolk vorherrschte, das weitab von den Zentren der Zivilisation ein Leben in einfacher bäuerlicher Art – weitgehend geprägt von strengen religiösen Vorstellungen – führte. Da sich außerdem das gesamte Kapital, das den wirtschaftlichen Aufstieg des

Staates überhaupt erst ermöglichte, im Besitz der Zugereisten befand, drohte hier ein unvermeidlicher Konflikt.

Jameson Raid

In den Problemen, die aus der Überfremdung des Landes entstanden, erblickte der damalige Premierminister der Kapkolonie, Cecil John Rhodes, eine günstige Gelegenheit, die alten Pläne für ein vereintes britisches Südafrika wieder aufleben zu lassen. Dabei setzte er voll und ganz auf die Unterstützung der in Transvaal lebenden Ausländer beziehungsweise deren Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen. Überdies vertrat Rhodes die Auffassung, dass die immer stärker antibritisch ausgerichtete Politik des Präsidenten Kruger ein Eingreifen erforderlich mache.

So traf er denn Vorbereitungen für einen Putsch, mit dem die Regierung in Pretoria beseitigt und Transvaal wieder dem britischen Herrschaftsbereich einverleibt werden sollte. Weil der entsprechende Putschversuch vom Jahreswechsel 1895/96, der sogenannte Jameson Raid (Jameson-Überfall), aber kläglich scheiterte, musste er als Premierminister zurücktreten.

Ein gutes Jahr nach dem Jameson Raid traf am Kap mit Sir Alfred Milner ein neuer Gouverneur ein. Von Anfang an ließ dieser keinen Zweifel daran, dass er den sich verschärfenden Gegensatz zwischen Buren und Briten notfalls mit Gewalt lösen werde. Die verbalen Angriffe von Seiten Milners auf Präsident Kruger und umgekehrt nahmen an Heftigkeit zu, die wechselseitigen Ultimaten eskalierten, bis am 11. Oktober 1899 offiziell der Krieg zwischen beiden Seiten ausbrach, der zweite und letzte Burenkrieg, der das Ende der Burenrepubliken bedeutete.

BPK

Journalisten laden zur Konferenz

Der Krieg sei der Vater aller Dinge, lautet eine dem griechischen Philosophen Heraklit zugeschriebene Weisheit. Im weiteren Sinne gilt das auch für die Vaterschaft der Bundespressekonferenz. Der Erste Weltkrieg verschaffte der Propaganda und staatlichen Öffentlichkeitsarbeit einen enormen Schub. In Deutschland führte das nicht nur zu der von Militärs initiierten Gründung der Unversum-Film Aktiengesellschaft (Ufa) im Jahr 1917, sondern schon vorher zu vom Großen Generalstab organisierten regelmäßigen Pressekonferenzen.

Diese Konferenzen entsprachen noch dem üblichen Muster, dass eine staatliche Institution, eine Partei, ein Unternehmen oder ein Verband Journalisten zu einer Konferenz einlädt, um diese im eigenen Sinne zu beeinflussen. Die Novemberrevolution führte jedoch zu einer Schwächung des Staatsapparates, und die in Berlin tätigen Journalisten der führenden deutschen Tageszeitungen drehten den Spieß in gewisser Weise um. Bereits im November 1918 übernahmen sie die Organisation der Pressekonferenzen und luden nun ihrerseits Politiker und Regierungssprecher als Gäste ein. Die Presse war ab sofort der Hausherr und die nunmehrigen Gäste hatten nicht mehr die Möglichkeit, unbequeme Fragesteller zu übergehen und nicht zu Wort kommen zu lassen. Dieser Modus der sogenannten Berliner Pressekonferenz gefiel und gefällt vielen Politikern nicht.

So verwundert es nicht, dass im autoritären NS-Regime die Rolle rückwärts vollzogen wurde. An die Stelle der Berliner Pressekonferenz trat eine Reichspressekonferenz. Bei diesen Regierungspressekonferenzen war mit dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda erneut eine staatliche Stelle Gastgeber und die Journalisten waren deren Gäste.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in Westdeutschland wieder an die Tradition der Berliner Pressekonferenz der Weimarer Zeit angeknüpft. Dabei wurde die Staatsbildung im Grunde nachvollzogen. Es begann 1947 mit der Landespressekonferenz in Hannover. Im darauffolgenden Jahr folgte die „Frankfurter Pressekonferenz“ beim Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes. Der Gründung der Bonner Republik folgte dann die einer entsprechenden Pressekonferenz. Als deren Name wurde jedoch nicht etwa analog zu der direkten Vorläuferin „Frankfurter Pressekonferenz“ und der Weimarer „Berliner Pressekonferenz“, „Bonner Pressekonferenz“ gewählt, sondern stattdessen „Bundespressekonferenz“ analog zur nationalsozialistischen „Reichspressekonferenz“, und das, obwohl es nicht der Bund oder eine Bundesinstitution ist, die einlädt, sondern wie beim Berliner und Frankfurter Vorbild die Presse.

Am Tag der ersten Bundeskanzlerwahl, dem 15. September 1949, rief eine Gruppe von Zeitungskorrespondenten per Aushang im Bonner Bundeshaus „alle beim Bundestag akkreditierten Journalisten zur Gründung einer Bundespressekonferenz“ auf. Vier Tage später fand die Gründungsversammlung statt. Vor 75 Jahren, am 11. Oktober 1949, konstituierte sich die Bundespressekonferenz dann offiziell.

Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 16. Februar 1923 öffnete der britische Ägyptologe Howard Carter in Anwesenheit seines Finanziers, des fünften Earl of Carnarvon, George Herbert, und 23 weiterer Zeugen die bislang unversehrte Grabkammer des altägyptischen Pharaos Tutanchamun, der von etwa 1332 bis 1323 v. Chr. regiert hatte. Wenige Wochen später, am 5. April 1923, starb Lord Carnarvon in Kairo im Alter von 56 Jahren an den Folgen einer Blutvergiftung und Lungenentzündung.

Der Todesfall verursachte ein Medien-echo sondergleichen, wobei immer wieder auch vom „Fluch des Pharaos“ die Rede war. Mitverantwortlich hierfür zeichnete die Schriftstellerin Jane Webb Loudon. Denn deren Roman „The Mummy“ schürte die Angst vor den geheimnisvollen Kräften der alten Ägypter. Dazu kam dann ein Interview der „Morning Post“ mit Arthur Conan Doyle, dem Erfinder der Figur des Sherlock Holmes. Doyle spekulierte über „etwas elementar Böses“ in der Grabkammer, das Carnarvon getötet haben könnte. Eine wichtige Rolle spielte darüber hinaus die alsbald verschollene Fluchtafel aus dem Vorraum der Gruft, auf der gestanden haben soll: „Der Tod wird auf schnellen Schwingen zu demjenigen kommen, der die Ruhe des Pharaos stört.“

Und tatsächlich registrierte man in der Folgezeit weitere Sterbefälle im Kreis der Personen, die bei der Graböffnung dabei gewesen waren oder die Kammer in der Zeit danach betraten. So erlag der US-amerikanische Millionär und Freund Carnarvons, George Jay Gould, am 16. Mai 1923 einer Lungenentzündung, die ihn im Anschluss an seinen Aufenthalt in der Gruft ereilte. Im Folgejahr traf es den kanadischen Literaturwissenschaftler Gardian La Fleur und den britischen Arzt Archibald Douglas Reid. La Fleur starb zwei Tage nach der Besichtigung des Grabes und Reid nach der Untersuchung der Mumie des Tutanchamun.

Gefährliche Pilze in Verdacht

Weitere Todesfälle ereigneten sich zwischen Ende 1925 und 1928. Diesmal waren die Opfer Carnarvons Halbbruder Aubrey Herbert, der beim Öffnen des Sarkophags zugesehen hatte, der Chefkonservator des Pariser Louvre, Georges Bénédite, dessen Ableben im engen zeitlichen Zusammenhang mit einem Besuch der Grabkammer erfolgte, und Arthur Mace, Howard Carters rechte Hand. Insgesamt soll der „Fluch des Pharaos“ um die 20 Menschen hinweggerafft haben.

Bei der Diskussion über die konkrete Ursache standen zunächst Gifte und Viren oder Bakterien im Mittelpunkt. So meinte der Schriftsteller Algernon Blackwood, einige Gegenstände aus der Gruft, welche Carnarvon besonders in-



Sein plötzlicher Tod versetzte die Welt in helle Aufregung: Der britische Ägyptologe Howard Carter, der sich der Erforschung der Pharaonenzeit verschrieben hatte

ARCHÄOLOGIE

Noch immer umwehen letzte Geheimnisse den „Fluch des Pharaos“

Die rätselhaften Todesfälle unter den Entdeckern und Besuchern des Grabes von Tutanchamun versetzten die Welt vor hundert Jahren in Aufregung. Doch selbst heute gehen Forscher weiter dem Phänomen nach

tensiv berührt habe, seien wohl irgendwie kontaminiert gewesen. Conan Doyle wiederum brachte „verheerende Strahlen“ ins Spiel – eine Idee, welche der Atomphysiker Louis Bulgarini 1949 wieder aufgriff. 1962 vermutete der Biologe Ezzedin Taha von der Universität Kairo hingegen, dass Schimmelpilze der Gattung Aspergillus die Krankheits- und Todesfälle nach der Öffnung der Kammer ausgelöst haben könnten. Tatsächlich wiesen Forscher solche Pilze, die vor allem für Menschen mit Lungenkrankungen oder einem geschädigten Immunsystem gefährlich sind, in den letzten Jahren in verschiedenen neu entdeckten, bislang fest verschlossenen historischen Grabstätten nach.

Dahingegen scheint die Theorie von den Viren und Bakterien in keiner Weise haltbar zu sein. Die klarsten Aussagen hierzu traf jetzt Piers Mitchell, der Direktor des Ancient Parasite Laboratory der Universität Cambridge im Interview mit

dem Wissenschaftsmagazin „Live Science“: Im alten Ägypten seien zwar gefährliche Infektionskrankheiten wie die Pocken, Tuberkulose und Lepra umgegangen, jedoch hätten deren Erreger niemals mehrere Jahrhunderte oder gar Jahrtausende zu überdauern vermocht. Denn die DNA-Stränge der Viren und Bakterien zerfielen außerhalb eines lebenden Organismus relativ schnell: „Statt schöner, langer, gesunder DNA-Ketten bestehen sie nur aus etwa 50 bis 100 Basenpaaren. Es ist, als wäre alles zerhackt worden ... Wenn die DNA einmal auseinandergebrochen ist, kann nichts mehr lebensfähig sein – nichts wacht auf.“ Sofern man also zehn Jahre warte, „ist alles tot“.

Conan Doyle könnte recht haben

Die einzige Ausnahme, so Mitchell, seien parasitäre Darmwürmer, von denen es zur Pharaonenzeit etliche Arten gegeben habe, aber auch deren Eier verfügten nicht über die Fähigkeit, mehr als 3000 Jahre zu

überleben und dann Menschen krank zu machen – zumal die Symptome von Personen wie Carnarvon ohnehin nicht auf einen Wurmbefall hindeuteten.

Zweifel am realen Hintergrund des „Fluchs des Pharaos“ äußerten auch der deutsche Ägyptologe Georg Steindorff und dessen US-amerikanischer Fachkollege Herbert Winlock – und das schon 1933/34. Beide wiesen zu Recht darauf hin, dass fast alle „Opfer“ des „Fluchs“ an Vorerkrankungen litten. Im Jahre 2002 unterzog der Mediziner Mark Nelson von der australischen Monash University das Team von Carter dann einer statistischen Analyse, indem er die Gruppe, welche an der Öffnung der Grabkammer und des Sarkophags beteiligt gewesen war, mit der Kohorte derer verglich, die während dieser beiden Aktionen fehlten.

Dabei fand Nelson keine bedeutsamen Unterschiede beim Sterbealter der Mitglieder beider Gruppen. Vielmehr erreich-

ten etliche der Personen, die an der Störung der Totenruhe des Tutanchamun mitgewirkt hatten, ein hohes Alter von bis zu 84 Jahren. Selbst die Zentralfigur Carter übertraf die damalige durchschnittliche Lebenserwartung eines Engländers noch um drei Jahre.

Dennoch wurde der „Fluch des Pharaos“ mit den Erkenntnissen von Mitchell und Nelson nicht ad acta gelegt. Das resultiert aus einer aktuellen Veröffentlichung von Ross Fellowes im „Journal of Scientific Exploration“ vom April dieses Jahres. Darin verweist der Arzt auf die – möglicherweise durch Radon-Gas verursachten – „ungewöhnlich hohen Strahlungswerte in den Ruinen des Alten Reiches“ sowie die auffallend hohe Inzidenz von Knochen-, Blut- und Lymphknotenkrebs unter der ägyptischen Bevölkerung im Umkreis der Pharaonen-Bauten. Somit könnte sich die Vermutung von Arthur Conan Doyle am Ende vielleicht doch als richtig erweisen.

GESUNDHEIT

Die Legende von den „heilenden“ Wellen

Esoterische Ratgeber preisen die Wirkung der „Schumann-Resonanz“: Doch hier wird Wissenschaft mit Unsinn vermengt

„Sättigen Sie Ihre Zellen mit der heilenden Schumann-Resonanz-Frequenz.“ Diese könne „Körper, Geist und Seele ins Gleichgewicht“ bringen und so die „Lebensenergie deutlich steigern, die physische Struktur des Körpers harmonisieren und verjüngen“. Das funktioniert, weil „die Synchronisierung mit der natürlichen Frequenz der Erde (7,83 Hertz) den Menschen Vorteile wie ... weniger Stress, Erdung und tiefe Entspannung verschaffen kann“.

So verkünden es allerlei esoterische Ratgeber, in denen außerdem zu lesen ist, dass die Schumann-Resonanz, welche quasi den „Herzschlag der Erde“ darstel-

le, „genau mit der Eigenfrequenz des menschlichen Gehirns übereinstimmt“.

Und tatsächlich verursacht die Arbeit der Nervenzellen in unserem Denkgorgan massenhaft elektrochemische Entladungen. Dadurch entstehen jedoch fünf verschiedene Arten von Gehirnströmen, welche von Delta (0,5 bis 4 Hertz) und Theta (4 bis 7 Hertz) über Alpha (7 bis 14 Hertz) und Beta (14 bis 40 Hertz) bis hin zu Gamma (40 bis 70 Hertz) reichen.

Das heißt, die Eigenfrequenz des menschlichen Gehirns liegt in einem relativ weiten Bereich zwischen 0,5 und 70 Hertz und keineswegs nur bei genau 7,83 Hertz. Diese 7,83 Hertz sind anderer-

seits wirklich eine Art Grundschwingung der Erde, deren Entdeckung auf den deutschen Physiker und Elektroingenieur Winfried Otto Schumann (1888–1974) zurückgeht. Er war vor dem Ersten Weltkrieg Leiter des Hochspannungslabors bei Brown, Boveri & Cie. und lehrte später an den Technischen Hochschulen beziehungsweise Universitäten in Stuttgart, Jena und München, wobei er 1947/48 auch kurzzeitig Grundlagenforschung für die US-Luftwaffe auf der Wright-Patterson Air Force Base betrieb.

Schumann veröffentlichte 1952 einen richtungsweisenden Aufsatz mit dem Titel „Über die strahlungslosen Eigenschwin-

gungen einer leitenden Kugel, die von einer Luftschicht und einer Ionosphärenhülle umgeben ist“.

Damit meinte er natürlich die Erde. In deren Atmosphäre kommt es im Durchschnitt rund 50 Mal pro Sekunde zu elektrischen Entladungen in Form von Blitzen, wonach die so verursachten elektromagnetischen Wellen weite Strecken zurücklegen. Wenn eine solche Welle nun infolge der ständigen Reflexionen zwischen Erdoberfläche und Ionosphäre einmal um den gesamten Globus kreist und dann wieder auf sich selbst trifft, entsteht eine stehende Welle. Im Falle unseres Planeten ist das insbesondere bei Wellen mit

einer Frequenz von 7,83 Hertz der Fall. Im Prinzip können die Frequenzen aber auch höher liegen, allerdings verliert die Welle dann schnell an Energie und verebbt.

Ein heilender oder stimulierender Einfluss auf den Menschen geht von 7,83-Hertz-Wellen allerdings nicht aus, zumal die sehr schwache und instrumentell nur äußerst schwer nachzuweisende Schumann-Resonanz heute durch deutlich stärkere, künstlich erzeugte niederfrequente Wellen überdeckt wird. Diese stammen beispielsweise aus dem weltweiten Stromnetz oder werden durch die Unterwasser-Kommunikationssysteme von U-Booten erzeugt. W.K.



SENSBURG

Zwischen Heimat und Vaterland

Das Eigene kennen und schätzen lernen – Ein Nachmittag zu Ehren der Dichterin Gertruda Turek Just

VON UWE HAHNKAMP

Die Mitglieder der Sensburger Gesellschaft der Deutschen Minderheit „Bärentatze“ beschäftigten sich mit deutscher Literatur aus Sensburg. Ende September widmeten sie sich den Werken eines ihrer ehemaligen Mitglieder. Gertruda Turek Just hat Zeit ihres Lebens kurze Texte verfasst, die den Gefühlen zu ihrer Heimat unter verschiedenen Aspekten und zu ihrem Vaterland Ausdruck verleihen.

Kurz vor dem Ausbruch der Corona-Epidemie war Sebastian Jabłoński, der Vorsitzende des Vereins „Bärentatze“, in einem Regal im Sitz der Gesellschaft auf einen Ordner gestoßen, der die Texte von Turek Just enthielt. Daraus entstand in Absprache mit Gertrudas Tochter Sabina, die heute in der „Bärentatze“ aktiv ist, die Idee, das Werk ihrer Mutter den Mitgliedern und Freunden der Gesellschaft vorzustellen. Gleichzeitig begann ihr in Deutschland lebender Sohn Henryk Turek, die Gedichte ins Polnische zu übertragen, in sogenannte weiße Poesie, die ohne Übernahme der äußeren Form den Inhalt vermitteln will.

Nicht die ersten Finder

Bereits Anfang der 90er Jahre besuchte Ralph Giordano bei der Recherche für sein Buch „Ostpreußen Ade“ Turek Just. Er widmete ihr darin das Kapitel „lieber so lassen, wie es ist“. Ihre Poesie bezeichnete er als ihre „Rettung vor dem Erstickten“. Es ist, wie er festhielt, keine Weltliteratur, „fehlerhaft in Orthographie, Grammatik und Interpunktion, ohne die geringste Kenntnis von der Melodik und der Rhythmik des Wortes [...] Aber dafür sind diese Gedichte für mich eine der erschütterndsten Überlebensaufzeichnungen, die mir je untergekommen sind.“ Weswegen er zu Beginn der zitierten Textstelle versprach „ich werde ein jedes von ihnen sorgfältig hüten“.

Auch Lech Kryszalowicz, der Redakteur des „Mitteilungsblatts“ der Deutschen Minderheit in Ermland und Masu-



Bei der Einleitung zum Vortrag über Gertruda Turek Just: Uwe Hahnkamp

Foto: Chantal Stannik

ren, hat darin vor einigen Jahren die Dichterin aus Sensburg verewigt.

Zum literarischen Nachmittag im September, der im Rahmen des Projekts LernRaum veranstaltet wurde, das aus Mitteln des bundesdeutschen Ministeriums des Inneren und für Heimat finanziert wird, hatte er sich in der aktuellen Ausgabe in der Reihe „berühmte Kinder unseres Ostpreußens“ dem Kunstmaler und Tierschriftsteller Otto Boris aus Masuren (1887–1957) gewidmet, der die zweite Hälfte seines Lebens allerdings in den westlicheren Regionen des Deutschen Reichs verbracht hat. Die am 24. Mai 1926 in Alt Allenstein geborene Turek Just wanderte erst 56 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg aus, fühlte sich allerdings zerrissen zwischen der Heimat in Sensburg und Ostpreußen und dem Vaterland Deutschland.

Dieses Gefühl fand Eingang im Titel der unlängst von Henryk Turek veröffentlichten zweisprachig deutsch-polnischen Ausgabe ihrer Gedichte mit biographischen Anmerkungen „Mein Vaterland, meine Heimat, mein Leben oder eine Fahrt auf zwei auseinanderdriftenden Booten“. Bei dem seiner Mutter gewidmeten Nachmittag in Sensburg war er digital zugeschaltet und berichtete mit seiner Schwester Sabina, die direkt vor Ort war, wie sie ihre Mutter erlebt hatten.

Die Einleitung zum Treffen sowie die Moderation des biographischen Teils übernahm Uwe Hahnkamp von der Radiosendung der Deutschen Minderheit „Allensteiner Welle“, der im dritten Teil gemeinsam mit Sebastian Jabłoński die Werke von Turek Just auf Deutsch und Polnisch vortrug.

Eines davon besingt die damals neu gegründete Gesellschaft „Bärentatze“, doch die meisten Gedichte sind den Schönheiten ihres Sensburgs gewidmet, dem Schoßsee, an dem es liegt, sowie der Natur und den wechselnden Jahreszeiten in Ostpreußen. Deren Beschreibung verknüpft sie nicht selten – ähnlich wie das „Land der dunklen Wälder“ – mit dem Begriff der Heimat, die sie nicht loslässt.

Auf der anderen Seite ist das Vaterland, Deutschland, wohin sie zur Familie oder auf Besuch fuhr – und dann trotz des erfüllten Wunsches, dort zu sein, feststellen musste, dass ihr ihre Heimat so fehlt, dass sie unbedingt wieder dorthin muss. Befreit von diesem Zwiespalt wurde Turek Just erst mit ihrem Tod am 4. Oktober 2009 – ihr Grabstein trägt eine Zeile aus ihrem Gedicht „Herbst 1995“: ... jetzt gibt es nur noch Träume ...

MELDUNGEN

Hohe Zahl von Ertrunkenen

Allenstein – In den Gewässern der Region sind im Sommer 30 Personen ertrunken, dreimal so viele wie als im vergangenen Jahr zur selben Zeit. Die Gründe? Leichtsinns oder Tollkühnheit, fehlende Sicherungen und Alkohol. Die überwiegende Zahl der Opfer – im Laufe des ganzen Jahres bisher sogar 48 – sind Besucher der Region, die sich mit den Gewässern nicht auskennen. Unabhängig vom Alter überschätzen sie ihre Fähigkeiten oder legen auf Booten keine Schwimmwesten an. Selbst 75 Polizisten der Wasserpolizei, die im Sommer auf insgesamt 33 Booten unterwegs waren, konnten die tragische Zahl der Toten nicht vermindern. U.H.

Sieger beim Wettbewerb

Insterburg – Beim IX. gesamt-russischen Wettbewerb für die besten Vorschläge zur Schaffung einer komfortablen städtischen Umwelt hat die Stadt Insterburg den ersten Platz gewonnen. Dies wurde bereits Ende August auf der Plenarsitzung des Allrussischen Forums „Entwicklung von Kleinstädten und historischen Siedlungen“ bekannt gegeben, die in Kaluga stattfand. Die Entwürfe aus Insterburg sehen unter anderem die Schaffung moderner Grünanlagen mit Sitzgelegenheiten vor. Insterburg kann nun mit Millionenzuschüssen aus dem föderalen und regionalen Haushalt rechnen. MRK



Für Projekte zur Verbesserung der Stadt ausgezeichnet: Insterburg unter den Besten Foto: A. Oglesnjev

ALLENSTEIN

Die Möbelhauskette Agata Meble plant eine Niederlassung

Nach langem Genehmigungsverfahren: Bauarbeiten sind in vollem Gange – Arbeitsplätze und Infrastruktur entstehen

Die große Möbelhauskette Agata Meble will sich in Allenstein niederlassen und plant, in naher Zukunft einen großen Ausstellungsraum in der Stadt zu errichten. Das Unternehmen zeigte bereits seit mehreren Jahren Interesse an Allenstein, aber das Problem war es, den passenden Standort zu finden. Der Investor prüfte zunächst mehrere Gegenden der Stadt, unter anderem in der Tuwima- und Leonardstraße. Im Jahr 2021 wurde schließlich eine Baugenehmigung für den Bau eines Möbelhauses auf dem Grundstück an der Sikorskiego-Allee erteilt.

Seitdem geschah nicht viel, außer dass das Grundstück von Bäumen und Sträuchern befreit wurde. Inoffiziellen Informationen zufolge waren die ungünstigen geologischen Bedingungen der Grund für die lange Vorbereitung des Baubeginns. Endlich konnten aber alle Hindernisse aus dem Weg geräumt werden. Die Arbei-

ten sind in vollem Gange. Der Bau wird Auswirkungen auf die Umgebung haben, nicht zuletzt wegen des zunehmenden Autoverkehrs in der Gegend. Die Halle soll auf einem Grundstück errichtet werden, das bisher hauptsächlich als Grün-

fläche genutzt wurde. Angrenzende Flächen sind für einen Park zwischen den Stadtteilen Nagórki und Jomendorf bestimmt. Nach dem Bebauungsplan ist auch die Errichtung von Mehrfamilienhäusern zulässig. Insgesamt soll das Mö-



Am Rand Allensteins: Baustelle für das Gebäude der Möbelkette

Foto: D.K.

belkaufhaus auf einer Fläche von mehr als zwei Hektar stehen.

Bau einer neuen Straße

Bei dem Bauvorhaben wird nicht nur ein Grundstück erschlossen, das an einer der Hauptverkehrsadern der Stadt liegt, sondern es wird auch eine Straße in Betrieb genommen, von der die Stadtplaner seit Jahrzehnten träumen. Es geht um eine Strecke mit der Bezeichnung „Bildungs-Heimat-Arbeit“, eines der Vorzeige-Straßenbauvorhaben, dessen Pläne bereits in den 1980er Jahren erstellt wurden und das schließlich im November 2017 die Genehmigung erhielt, als der Stadtrat einen Flächennutzungsplan für das Gebiet zwischen Nagórki und Jomendorf verabschiedet hatte.

In diesem Dokument wurde der Verlauf der neuen Route festgelegt. Nun wird der erste Teil der Straße auf der Höhe des

im Bau befindlichen Möbelhaus errichtet. Das war eine Bedingung für die Erteilung einer Baugenehmigung für den Ausstellungsraum der Möbelkette. Agata Meble ist ein landesweites Handelsunternehmen, das großformatige Dekorations- und Möbelausstellungsräume betreibt. Die Firma wurde 1952 gegründet, und die aktuelle Marke besteht seit 2016. Sie hat ihre Ausstellungsräume in Dutzenden polnischer Städte. Die Republik Polen ist seit Jahren ein wichtiger Möbelhersteller und -exporteur auf dem internationalen Markt. Die polnischen Hersteller sind auf die Produktion von Sitzmöbeln und -teilen, Büro- und Ladenmöbeln, Küchenmöbeln sowie Matratzen spezialisiert. Viele Produkte werden auch auf dem heimischen Markt verkauft. Die wichtigsten ausländischen Absatzmärkte sind die Bundesrepublik Deutschland, die Tschechische Republik und Großbritannien. Dawid Kazański



ZUM 108. GEBURTSTAG

Wiskandt, Helene, geb. Rade, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 15. Oktober

ZUM 101. GEBURTSTAG

Bargmann, Gertrud, geb. Lundschien, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober
Wedler, Betty, geb. Rosenwald, aus Perkuhnen, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober

ZUM 100. GEBURTSTAG

Ketterkat, Kurt, aus Jägerhöf, Kreis Elchniederung, am 14. Oktober

ZUM 99. GEBURTSTAG

Fritz, Gertrud, geb. Pellenat, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 13. Oktober
Kuster, Paul, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, am 11. Oktober
Maserowski, Elfriede, aus Millau, Kreis Lyck, am 17. Oktober
Seutter, Gerda, geb. Kahlau, aus Taplacken, Kreis Wehlau, und aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 13. Oktober

PAZ-Abo
vertrieb@paz.de

ZUM 98. GEBURTSTAG

Dzienian, Werner, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 12. Oktober
Lehrer, Lucie, geb. Semmling, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 16. Oktober
Murner, Edith, geb. Tempel, aus Eckersdorf, Kreis Mohrungen, am 16. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Krüger, Artur, aus Lyck, Stradauner Chaussee 13, am 13. Oktober
Neumann, Ewald, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 16. Oktober

Schenk, Christel, geb. Hamers, aus Wehlau, am 17. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Grubert, Karl, aus Schwarzberge, Kreis Lyck, am 17. Oktober
Milani, Maria-Theresia, geb. Schliebenow, aus Lyck, Yorkstraße 34, am 15. Oktober
Sulewski, Auguste, geb. Butkus, Kreis Lyck, aus Regeln, Ortsteil Regelnhof, am 11. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bublies, Erich, aus Kischen, Kreis Elchniederung, am 14. Oktober
Dusella, Robert, aus Reichensee, Kreis Lötzen, am 15. Oktober
Fahl, Hans, aus Worlack, Kreis Preußisch Eylau, am 16. Oktober
Galensa, Irma, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 14. Oktober
Gorzolke, Waltraut, geb. Fischer, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Stümpert, Gertraud, geb. Krichschik, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 11. Oktober
Sulz, Brigitte, geb. Palluck, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 13. Oktober
Wasselowski, Klara, geb. Krauss, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 17. Oktober
Zachow, Helga, geb. Enskat, aus Hellbrunn, Kreis Ebenrode, am 11. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Brock, Gerda, geb. Olomski, aus Neidenburg, am 15. Oktober
Donde, Eva, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Hellwich, Hans, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 12. Oktober
Jankuhn, Jürgen, aus Weinsdorf, Kreis Mohrungen, am 16. Oktober
Karweik, Elfriede, geb. Czwalinna, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 14. Oktober
Lehmann, Elisabeth, geb. Artischewski, aus Statzen, Kreis Lyck, am 13. Oktober
Pogodda, Lieselotte, geb. Dierks, aus Treuburg, am 14. Oktober
Polkowski, Ruth, geb. Rogowski, aus Milucken, Kreis Lyck, am 16. Oktober

Pretorius, Ortwin, aus Antonsdorf, Kreis Lötzen, am 11. Oktober
Rehagel, Helga, geb. Pieper, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Schwulera, Elsbeth, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 16. Oktober
Töpfer, Margarete, geb. Grünke, aus Freythen, Kreis Ortelsburg, am 13. Oktober
Trojan, Reinhold, aus Markau, Kreis Treuburg, am 17. Oktober
Truglowski, Erich, aus Koschainen, Kreis Mohrungen, am 14. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Großmann, Eva, geb. Kapteina, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 14. Oktober
Hochmuth, Erika, aus Richau, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Klapschuweit, Dieter, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Krups, Leonhard, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Stamm, Albert, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 11. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Barthel, Hildegard, geb. Sbresny, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 15. Oktober
Breuer, Gertrud, geb. Koslowski, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 13. Oktober
Buchholz, Ingeborg, geb. Glowatz, aus Mulden, Kreis Lyck, am 16. Oktober
Fenske, Annemarie, geb. Hagel, aus Sentken, Kreis Lyck, am 16. Oktober
Kaeber, Sieglinde, geb. Lyhs, aus Treuburg, am 12. Oktober
Schlüter, Irmgard, geb. Jacksteit, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bartsch, Walter-Otto, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. Oktober
Deppe, Waltraud, geb. Markgraf, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 17. Oktober
Eggert, Otto, aus Groß Dirschkeim, Kreis Fischhausen, am 13. Oktober

Gromberg, Johannes, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 13. Oktober
Lensch, Adelheid, geb. Hartmann, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Potreck, Albrecht, aus Lötzen, am 14. Oktober
Prix, Irmgard, geb. Bajorat, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 14. Oktober
Sommerfeldt, Reinhard, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 14. Oktober
Wegner, Ilse, geb. Milewski, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 17. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Dahl, Käte, geb. Melle, aus Lyck, am 12. Oktober
Gester, Hildegard, geb. Murach, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 15. Oktober
Giszas, Erwin, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 12. Oktober
Grille, Irmgard, geb. Kohs, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 12. Oktober
Hausmann, Gisela, geb. Nieswand, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 16. Oktober
Kenzer, Heinrich, aus Wehlau, am 11. Oktober
Kirschbaum, Elfriede, geb. Preuß, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 16. Oktober
Krischek, Helmut, aus Kleindenau, Kreis Ortelsburg, am 13. Oktober
Lehmann, Martin, aus Preußisch Eylau, am 17. Oktober
Maibaum, Kurt, aus Groß Dirschkeim, Kreis Fischhausen, am 14. Oktober
Maletz, Edith, geb. Krafzik, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 15. Oktober
Michalk, Christel, geb. Symanzik, aus Buttken, Kreis Treuburg, am 17. Oktober
Müller, Hubertus, aus Lyck, am 12. Oktober
Steinkraus, Bernhard, aus Neidenburg, am 15. Oktober
Syska, Gerhard, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 13. Oktober
Warich, Heinz, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 17. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Brandt, Volkmar, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Buttler, Friedhelm, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 16. Oktober
Growe, Jürgen, aus Lötzen, am 11. Oktober

Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

7. bis 13. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt
1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** in Wuppertal (gT)
2. November: **Mitgliederversammlung der LO-Bruderhilfe e.V.** in Wuppertal (gT)
2. und 3. November: **Ostpreu-**

ßische Landesvertretung in Wuppertal (gT)

Auskünfte: Landsmannschaft Ostpreußen – Bundesgeschäftsstelle, Buchtsstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Kays, Waltraud, geb. Brzesinski, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 11. Oktober
Kirchner, Dieter, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 14. Oktober
Rattay, Joachim, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 15. Oktober
Reimer, Siegfried, aus Schönwiese, Kreis Elchniederung, am 17. Oktober
Schmidt, Horst, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 15. Oktober
Schwotzer, Elfriede, geb. Zillius, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 16. Oktober
Stenzel, Siegfried, aus Pierlawken, Kreis Neidenburg, am 12. Oktober
Wach, Irmgard, geb. Chose, aus Krummfuß, Kreis Ortelsburg, am 16. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Döring, Joachim, aus Neidenburg, am 11. Oktober
Dombrowski, Lutz, aus Bittkau, Kreis Treuburg, am 13. Oktober
Pilz, Brigitte, geb. Papajewski, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 16. Oktober

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtsstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Renken, Gisela, geb. Gollub, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 16. Oktober
Sauer, Reinhard, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 15. Oktober
Schweneker, Uda-Barbara, geb. Güssow, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 13. Oktober
Seeger, Bernd, aus Wehlau, am 17. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Gajewski, Erika, geb. Wern, aus Narwickau, Kreis Ebenrode, am 15. Oktober
Neumann, Gerd, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 16. Oktober
Neumann, Norbert, Kreis Ortelsburg, Vorfahren aus Alt-Keykuth, am 14. Oktober
Oldenburg, Manfred, geb. Krause, aus Obrotten, Kreis Fischhausen, am 17. Oktober



Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Freitag, 1. November, 18.30 Uhr, Eintritt frei: Eröffnung der Kabinett-ausstellung: „Das alte Dorpat 1889 – eine Hommage an die Kulturhauptstadt Tartu 2024 in Fotografien von Carl Schulz“. Tartu in Estland – anlässlich der Feiern in der aktuellen europäischen Kulturhauptstadt 2024 werden wir das alte Dorpat in Fotografien vor 135 Jahren näher betrachten. Eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder E-Mail: info@ol-ig.de ist erforderlich.

Zusendungen für die Ausgabe 43/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 43/2024 (Erstverkaufstag 25. Oktober) **bis spätestens Dienstag, den 15. Oktober**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtsstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Groddeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: groddeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
Buchtsstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten

Bestellung:
Preußische Allgemeine
Angela Selke
selke@paz.de
Tel: 040-414008-0

35,- Euro
zzgl. Porto
und
Verpackung

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

**Bayern**

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Tag der Heimat
Hof – Sonnabend, 12. Oktober, 11 Uhr, Mahnmal Blücherstraße, anschließend Jahnheim, Jahnstraße 5; Feierstunde zum Tag der Heimat der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof mit anschließendem Schnitzessen im Jahnheim.
Der Bund der Vertriebenen, Kreisgruppe Hof, lädt die Bevölkerung von Stadt und Landkreis Hof herzlich zum „Tag der Heimat 2024“ ein. Das Leitwort dieses Jahres lautet: „Heimatvertriebene und Heimatverbliebene: Gemeinsam für ein friedliches Europa“.

Herta Heuwer
Hof – Für den September hatte Kulturwart Bernd Hüttner, auch im Hinblick auf Erntedank und das Genießen der Erntegabe, Herta Heuwer, die mit der Currywurst in Verbindung steht, vorgestellt.

Der findigen Geschäftsfrau wurde am 21. Januar 1959 auf ihre Anmeldung vom 21. Februar 1958 hin die Wort-/Bildmarke „Chillup“ unter der Nummer 721319 als Warenzeichen für „Spezial-Sosse“ in die Zeichenrolle des Deutschen Patentamts eingetragen. Die Soße selbst ließ sie sich nicht patentieren, da sie dazu die Rezeptur hätte offenbaren müssen.

Wer die Currywurst nun wo erfunden haben will – ob nun in Berlin, Hamburg oder im Ruhrgebiet –, ist nicht eindeutig zu klären, am stimmigsten ist die Hamburger Lesart, da dort alle Zutaten ankamen, die es zu einer guten Currywurst bedarf.

Heuwer wurde am 30. Juni 1913 im ostpreußischen Königsberg geboren, und zwar als sechstes Kind des Bauunternehmers Hermann



Die Berliner Soße „Chillup“: Die gebürtige Königsbergerin Herta Heuwer ließ sich die Wort-/Bild-Marke patentieren und vermarktete ihre Currywurst sehr erfolgreich
Foto: ullstein bild

Pöppel und dessen Ehefrau Minna. 1924 zog die Familie nach Berlin, wo die Königsbergerin von 1929 bis 1932 eine kaufmännische Ausbildung absolvierte, anschließend das Schneiderhandwerk erlernte und an Haushalts- und Kochkursen teilnahm.

1935 heiratete sie den Feinmechaniker Kurt Heuwer. Sie arbeitete im Kaufhaus des Westens (KaDeWe) als Verkäuferin. Nach dem Kriegsende war sie Trümmerrfrau und engagierte sich bei der Berliner Küchenhilfe. Ab 1949 zog sie mit einem Bauchladen durch die Stadt und verkaufte Buletten. Im August des Jahres 1949 erwarb sie zusammen mit Mann und Schwager für 35 DM den Imbissstand an der Kantstraße/Ecke Kaiser-Friedrich-Straße. Die gebürtige Königsbergerin experimentierte,

angeblich aus Senfmangel, mit neuen Rezepturen. Über eine klein geschnittene Bratwurst gab sie eine „Spezialsoße“, die Tomatenmark, Paprika, Pfeffer, Chili und Curry enthielt. So kreierte sie – in der Berliner Erzählweise – ein Lieblingsessen der Deutschen, das weit über Berlin hinaus berühmt wurde. Heuwers Geschäfte florierten, sodass sie mehrere Imbissstände und eine Imbisshalle in Berlin eröffnete.

Herta Heuwer starb am 3. Juli 1999 in Berlin und nahm ihr Geheimrezept mit ins Grab. Bernd Hüttner schloss seinen Vortrag mit ein paar Anekdoten rund um die Currywurst und der Hoffnung, auch in der ostpreußischen Familie einmal gemeinsam eine Currywurst verzehren zu können.

Jutta Starosta/CRS

**Hessen**

Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Bericht
Darmstadt/Dieburg – Nach langer Sommerpause haben sich Mitte September die Heimatfreunde der LOW Darmstadt und der Insterburger Heimatgruppe Darmstadt getroffen.

Nach kurzen Grußworten von Jürgen Pantel, Gerhard Schröder und Christian Keller wurde der „Goldene September“ mit einem Bericht von Bärbel Beutner begrüßt und ostpreußische Worte und Namen, die darin vorkamen,

erklärt und besprochen. Hilfreich war dabei auch das „Ostpreußisches Vokabularium“, um 1920 aufgeschrieben von Lehrer a.D. Siegfried Korneffel, das Renate Buslaps in einer kurzen Zusammenfassung an alle Heimatfreunde verteilt wurde.

Man kam schnell in eine sehr intensiv geführte Gesprächsrunde. Auf Anregung von Schröder wurden einige Erinnerungsstücke, die man trotz Vertreibung aus der Heimat retten konnte, mitgebracht. Viele Vertriebene können auf solche wertvollen Erinnerungsstücke nicht zurückgreifen. Gerlinde Groß, Vorsitzende der Kreisgruppe Frankfurt der LOW Hessen, berichtete von der Wetterfahne auf dem Dach des Gehöfts ihrer Eltern in Hasselberg im Kreis Heiligenbeil, die sie zurücklassen mussten. Wie durch ein Wunder bekam sie diese Wetterfahne 1988 von einer Polin, die seinerzeit in dem Haus ihrer Eltern noch wohnte, nach Wehrheim gebracht, die bis heute einen besonderen Platz in ihrem Garten hat.

Helga Lüpke konnte mit Freude ihre Kindertasse mit dem Aufdruck der Fa. Heiser AG zeigen, die von einer Tante aus Insterburg gerettet wurde, vorzeigen. Auch ein Kopfkissen selbst von Hand genäht und von ihrer Großmutter mit Monogramm bestickt, machte die Runde im Zuhörerkreis.

Schröder zeigte uns ein Bild seines Vaters und erzählte, wo er es fand und wie er es gerettet hat. Es hat bei ihm zu Hause einen Ehrenplatz.

Fritz Loseries hatte ein Gemälde aus der Gegend von Lasdehnen aus dem Kreis Pillkallen und viele Schriftstücke und Briefe mit dabei, die von seinem großen Familienkreis gerettet wurden. Diese kamen über lange Wege und Umwege in seinen Besitz.

Gisela Keller berichtete über ein Mauerbruchstück von ihrem Geburtshaus, das sie bei einem Besuch in ihrem Heimatdorf Brunsen, in ihrem Geburtsjahr in Kiesfelde umbenannt, mitgebracht hat.

Dieses Mauerbruchstück ist künstlerisch gestaltet auf einer Fensterbank aufgestellt, und für jeden, der zu Besuch kommt, auch schnell zu sehen.

Auch Reiner Buslaps berichtete über einige der geretteten Dokumente seiner Familie, wie zum Beispiel den Nachweis über die Deutschblütigkeit, den Führerschein seines Vaters und von seinem Vater die Berechtigungskarte der Deutschen Reichsbahn zur selbstständigen Führung von Dampflokomotiven. Gedichtvorträge lockerten die Zeit immer wieder etwas auf.

Hanna Schink mit ihrer Tochter berichteten über einen Besuch 2024 auf der Kurischen Nehrung, von einer jungen Familie, die hier eine kleine Holzhütte zur Bewirtung von Wandernden führte. Unbekannte haben diese durch Brandstiftung zerstört. Viele der anwesenden Heimatfreunde gaben bereitwillig eine kleine Spende. Es kam eine stattliche Summe zusammen, die durch Schink persönlich beim nächsten Besuch zur Weihnachtszeit in Ostpreußen übergeben wird.

Mit Mittagessen und dem gespendeten Kaffee sowie Kuchen näherte sich ein sehr informativer Nachmittag dem Ende zu, und man freut sich auf das nächste Treffen, dem 75-jährigen Gründungsjubiläum der LOW Kreisgruppe Darmstadt/Dieburg, am 19. Oktober. *Christian Keller*

Wanderbericht
Wetzlar – Dienstag, 15. Oktober, Gaststätte Zum Matchball, Tennisplatz, Bodenfeld: Wolfgang Post berichtet über eine Wanderung von der Oderquelle bis nach Cosel in Oberschlesien.

Tag der Heimat
Wiesbaden – Sonntag, 13. Oktober, 11 Uhr, Großer Saal, Haus der

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

**Preußische Allgemeine**
Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

[illegible]

Heimatkreisgemeinschaften



Königsberg-Stadt

Stadtvertreter: Klaus Weigelt, Haagestraße 3, 21335 Lüneburg.
Patenschaftsbüro: Stadtgemeinschaft Königsberg, Karmelplatz 5, 47051 Duisburg, Telefon (0203) 2832151, E-Mail: patenschaftsbue-ro@stadtgemeinschaft-koenigs-berg.de

Vortrag und Mitgliederversammlung

Duisburg – Sonnabend, 26. Oktober, 11 Uhr, Karmelplatz 5, 47051 Duisburg, Vortragsraum des Stadtarchivs, befindet sich beim Patenschaftsbüro: Vortrag „Königsbergs Spuren in der Bundeshauptstadt Berlin“ von Jörn Pekrul und Mitgliederversammlung der Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr) e.V.

11 Uhr: Eröffnung und Begrüßung der Mitglieder und der Vertreter der Patenstadt Duisburg durch den Stadtvorsitzenden Klaus Weigelt; 11.30 Uhr: „Königsbergs Spuren in der Bundeshauptstadt Berlin“, Vortrag mit Foto-präsentation von Pekrul, Berlin. Pekrul ist ausgewiesener Kenner Königsbergs und Autor zahlreicher Publikationen zur ostpreußischen Geschichte; 12.30 Uhr: Mittagspause mit Imbiss, danach Fortsetzung der Mitgliederversammlung gemäß Tagesordnung.
Bitte melden Sie Ihre Teilnahme im Patenschaftsbüro bei Valentina Fischer an.

**Die PAZ
zum Probelesen
Vier Wochen gratis
Telefon (040) 41400842**

Kulturzentrum Ostpreußen

Noch bis zum 3. November ist die Sonderausstellung „**Joachim Rágóczy – Samlandansichten**“ zu sehen. Rágóczys lebendige Zeichnungen können als Momentaufnahmen betrachtet werden, die das einfache Leben der samländischen Küstenbewohner aus der distanzierten Perspektive eines Großstadt-menschen dokumentieren.

Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen/Bayern, Dienstag bis Sonntag, 10 bis 12 und 13 bis 16 Uhr, Telefon (09141) 86440

Warm oppm Kopp

Grüne Mütze mit aufgestickter Elchschafel.
Die fleecegefütterte Strickmütze kostet : 15,- Euro, zuzüglich 3,- Euro Porto und Verpackung.

Bestellung:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@ostpreussen.de

Ostpreußisches Landesmuseum

Veranstaltungen

Sonntag, 13. Oktober, 14 Uhr, 1,50 Euro zuzüglich Museumseintritt: **Immanuel Kant. Welten-denker aus Königsberg.** Öffentliche Kuratorenführung durch die Sonderausstellung „Kant 300. Ein Leben in Königsberg“ mit dem Kurator Dr. Tim Kunze. Was bewegte den Denker, was prägte ihn? Ein Einblick anhand einzigartiger Objekte. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Dienstag, 15. Oktober, 14.30 Uhr, 7,- Euro, inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Ostpreußen ist weit. Eine wahre Familiengeschichte über Krieg, Flucht und gekappte Träume.** Lesung und Gespräch mit der Autorin Marianne Klitzka im Rahmen der Reihe „Museum Erleben“. Die Bremerhavener Autorin hat in ihrem 2023 erschienenen Roman „Ostpreußen ist weit“ die berührende Geschichte ihrer Großeltern und Eltern aufgearbeitet. Das Werk entführt die Leser ins Jahr 1937 in das beschauliche Fischerdorf Neu-Passarge am Frischen Haff in Ostpreußen, als hier die Welt für Josef und Rosa Rückwardt sowie ihre sechs Kinder noch in Ordnung zu sein scheint. Schon bald gerät die Familie in die Wirren des Krieges, der schließlich zum Verlust der Heimat führt. „Ostpreußen ist weit“ ist jedoch nicht nur ein Buch über eine vergangene Epoche, sondern auch eine Erinnerung daran, wie wichtig es ist, die Geschichten unserer Vorfahren zu hören, sie weiterzugeben und aus der Geschichte zu lernen. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Mittwoch, 16. Oktober, 18.30 Uhr, Eintritt 5,- Euro: **Aufklärung im Baltikum.** Der Vortrag von Dr. Silke Pasewalck (BKGE, Oldenburg) beleuchtet die Besonderheiten der mehrsprachigen Aufklärung des Baltikums im Spannungsfeld zwischen Gelehrtenrepublik und Volksaufklärung. Im Baltikum war

die Aufklärung in besonderer Weise eine geteilte Aufklärung, die zum einen der Verständigung der deutsch sprachigen Gelehrten und Gebildeten diente, zum anderen die ‚Undeutschen‘, die Esten und Letten, in deren Sprache adressierte. Um diese Spannung nachzuvollziehen, nimmt der Vortrag drei Akteure der baltischen Auf-

und das Universum. Kinderclub mit Oskar Freitag. In diesem Kinderclub wird Nikolaus Kopernikus und seinen Entdeckungen nachgegangen. Neben der Frage, wie die Menschen sich vor und nach Kopernikus die Welt und das Universum vorgestellt haben, werden im praktischen Teil kleine Raketen gestartet. Jeden zweiten

Saunieren. Mit den Hüllen fallen Tabus. Sanfte Stimmen flüstern unausgesprochene Ängste und leidvolle Erkenntnisse in das schützende Dunkel der dampferfüllten Sauna. Aufgefangen vom leisen Zuhören ihrer Gefährtinnen berichten die Frauen von ersten Liebschaften, aber auch von sexuellen Übergriffen und



Abschiedsparade der Trakehnerpferde beim Durchzug am 17. Oktober 1944 durch Gumbinnen, Karl Engel (Öl/Leinwand, 1968): Bild zur öffentliche Sonntagsführung in der Trakehner Abteilung mit Katja Eichhorn am Sonntag, 3. November, 14 Uhr, mit dem Thema: „Trakehnen – das Paradies der Pferde“.

klärung näher in den Blick: den Pfarrer und Publizisten August Wilhelm Hupel, den Zeitschriftsteller und Verfasser der polemischen Schrift Die Letten (1796), Garlieb Merkel, und den estnischen Schriftsteller und späteren Verfasser des estnischen National-epos, Friedrich Reinhold Kreutzwald. Pasewalck hat von 2015 bis 2018 die Germanistik in Tartu geleitet und mehrere Bände zur baltischen Literatur- und Kulturgeschichte, unter anderem zur Aufklärung und zur Bildungsgeschichte, veröffentlicht. Seit 2018 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im BKGE. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 24. Oktober, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Kopernikus**

und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums Kinderclub für Schulkinder von sechs bis zwölf Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Dienstag, 29. Oktober, 19.30 Uhr, 10,- Euro: **Smoke Sauna Sisterhood**, Regie: Anna Hints, Estland 2023, 89 Minuten, **Filmvorführung** in der Reihe „Nordöstliche Spuren im Kino“ im SCALA Programm kino, Apothekenstraße 17, 21335 Lüneburg, eine Kooperation mit dem Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg und dem Nordost-Institut Lüneburg (IKGN e.V.). In einer Hütte tief im schneebedeckten Wald treffen sich Frauen zum gemeinsamen

unerträglichen Geburtsschmerzen. Der in seiner Intimität fast mystische Dokumentarfilm zeigt Frauen nicht, wie sie sind, sondern in ihrem Werden, erzählt von jenen Veränderungen, die sich in das Leben und den Körper einer Frau einschreiben. „Smoke Sauna Sisterhood“ erhielt 2024 eine Oscar-Nominierung für den besten ausländischen Film. Der Film wird eingeführt von Ingrid Rupp, Deutsch-Estnische Gesellschaft. Im Anschluss an die Filmvorführung wird estnisches Kiluvöileib, ein Sprotten-Butterbrot, angeboten.

Freitag, 1. November, 18.30 Uhr, Eintritt frei: **Eröffnung der Kabinettausstellung: „Das alte Dorpat 1889 – eine Hommage an die Kulturhauptstadt Tartu 2024 in Fotografien von Carl**

Schulz“. Die Fotoausstellung präsentiert Originale und vergrößerte Repliken von Stadtmotiven aus einer seltenen Zusammenstellung aus dem Jahre 1889 und verbindet sie mit der Geschichte und Topographie der Stadt Dorpat. Neben ausführlichen Informationen zum Fotoatelier Schulz als Urheber der Fotos werden Orte, Plätze und Denkmäler und ihre Bedeutung für die Stadtgeschichte damals und heute näher erläutert. Die Ausstellung, die in Kooperation mit dem Herder-Institut Marburg präsentiert wird, ist zugleich eine Hommage an die diesjährige europäische Kulturhauptstadt Tartu/Dorpat in Estland. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Sonntag, 3. November, 14 Uhr, 1,50 Euro, zuzüglich Museumseintritt: **Trakehnen – das Paradies der Pferde.** Öffentliche Sonntagsführung in der Trakehner Abteilung mit Katja Eichhorn. Das berühmte Gestüt Trakehnen in Ostpreußen steht im Fokus dieser Führung mit einem umfassenden Einblick in die Geschichte und die Hintergründe dieser besonderen Pferdezucht. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Dienstag, 5. November, 14.30 Uhr, 7,- Euro, inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Das alte Dorpat 1889- eine Hommage an die Kulturhauptstadt Tartu 2024 in Fotografien von Carl Schulz.** Führung durch die Kabinettausstellung mit Dr. Eike Eckert in der Reihe „Museum Erleben“. Kurator Dr. Eike Eckert nimmt Sie mit auf eine Zeitreise in die Lüneburger Partnerstadt des 19. Jahrhunderts. Tauchen Sie ein in die vergangene Welt der aktuellen europäischen Kulturhauptstadt Tartu in Estland. Fotografien, die vor mehr als 135 Jahren in Dorpat/Tartu von dem Fotografen Carl Schulz gemacht worden sind, zeigen Häuser, Brücken, Denkmäler und Plätze. In der Führung wird die Bedeutung

der Fotomotive für die Bewohner und die Geschichte der Stadt näher erläutert. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Sonnabend und Sonntag, 9. und 10. November, 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 2,50 Euro, inklusive Besuch der Dauerausstellung, Eröffnung am Freitag, 8. November, 18.30 Uhr, Eintritt frei: **Museumsmarkt: Tradition trifft Modernes.** Die lebendige Präsentation von traditionellem Handwerk und modernem Design lockt in diesem Jahr am zweiten Novemberwochenende wieder auf den beliebten Museumsmarkt des Ostpreußischen Landesmuseums mit Deutschbaltischer Abteilung. Der Markt ist bekannt für Originelles und Köstliches wie edler Bernsteinschmuck aus Litauen, leckeres Königsberger Marzipan, Imkereiprodukte und Bienenwachskerzen. Kunsthandwerkerstände sind in der gesamten Dauerausstellung zwischen historischen Museumsobjekten verteilt. In gemütlich-sinnlicher Atmosphäre können besondere Geschenke und auch schon Adventliches gekauft werden: Exklusives, aber auch Brauchbares und Schönes für den kleinen Geldbeutel. Zudem bieten die Deutschbaltischen traditionelle Köstlichkeiten an. Die Lüneburger Soroptimisten engagieren sich wieder mit einer Tombola für einen guten Zweck und unseren Museums-Kinderclub. Das Kinderprogramm lädt zum Mitmachen ein. Die Kinder können Holzgelbe bemalen oder die Technik des Bändchen-Webens erlernen. Für den kleinen Hunger zwischendurch bietet das Museums-Café Bernstein eine große Auswahl.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag, 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 7,- Euro, ermäßigt 4,- Euro, Kinder und Jugendliche unter 19 Jahre frei, Internet: **www.ostpreussisches-landesmuseum.de**



OSTPREUSSEN

Stolz der Reichsmarine: Leichter Kreuzer Königsberg

Extra zum Schutz der Exklave konzipiert und gebaut, wurde das Kriegsschiff in Norwegen von britischen Flugzeugen zerstört

VON WOLFGANG KAUFMANN

Durch das Versailler Diktat wurde Ostpreußen vom übrigen Reich abgetrennt. Deshalb hatte der Schutz der Seewege zu der Exklave besondere Priorität. Das war zugleich einer der Gründe für den Ausbau der Reichsmarine, in dessen Rahmen auch die drei Leichten Kreuzer der Königsberg-Klasse entstanden.

Diese besaßen jeweils drei Drillingstürme mit insgesamt neun 15-Zentimeter-Schnellladekanonen und zwölf Torpedorohre sowie diverse Flugabwehrgeschütze. Außerdem konnte sie bis zu 120 Minen legen. Vier Dampfturbinen mit 68.200 PS verliehen den Kreuzern, die auch zwei Bordflugzeuge Heinkel He 60 mitführten, eine Geschwindigkeit von immerhin maximal 32 Knoten.

Unter adligem Kommando

Das 38 Millionen Reichsmark teure Typschiff „Königsberg“ wurde am 12. April 1926 in der Reichsmarinewerft Wilhelmshaven auf Kiel gelegt und am 26. März 1927 vom Stapel gelassen. Seine Indienstellung erfolgte am 17. April 1929. Das Kommando über die Besatzung, die zu diesem Zeitpunkt aus 21 Offizieren sowie 493 Unteroffizieren und Mannschaften bestand, erhielt Fregattenkapitän Wolf von Trotha, der später noch zum Vizeadmiral der Kriegsmarine avancierte.

Im weiteren Verlauf des Jahres 1929 unternahm der Kreuzer zahlreiche Erprobungs- und Ausbildungsfahrten in der Nord- und Ostsee. In diesem Zusammenhang stattete er vom 22. bis 26. August seiner namentlichen Patenstadt Königsberg ein Stippvisite ab, wobei Fregattenkapitän Robert Witthoef als neuer Kommandant fungierte.

In der Zeit bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges besuchte die „Königsberg“ zudem auch noch Häfen in Spanien, Portugal, Italien, Jugoslawien, Grie-



Im Einsatz im Sommer 1935 in der Ostsee: Der Leichte Kreuzer „Königsberg“ auf Beobachtungstour vor der Küste von Ostpreußen, um neben dem Schutz für die Exklave auch Stärke durch Präsenz zu demonstrieren
Foto: imago/Arkivi

chenland, Lettland, Estland, Polen, Norwegen und Großbritannien. Darüber hinaus nahm sie nach dem Beginn des Spanischen Bürgerkrieges von November 1936 bis Januar 1937 an der Überwachung der spanischen Küsten und der Evakuierung deutscher Staatsbürger teil. Ansonsten diente die „Königsberg“ zwischen Januar 1930 und September 1939 als Artillerie-schulschiff, Schulkreuzer der Torpedo-Schule sowie Flaggschiff des Befehlshabers der Aufklärungsstreitkräfte der Reichs- beziehungsweise dann Kriegsmarine. Diese Stellung hatten nacheinander die Konteradmirale Walter Gladisch, Conrad Albrecht, Hans Kolbe und Hermann Boehm inne.

Im September 1939 beteiligte sich die „Königsberg“ zusammen mit vier anderen Kreuzern und zahlreichen Zerstörern an der Auslegung der „Westwall“-Minensperre in der Nordsee. Außerdem unterstützte sie weitere offensive und gefährliche Minenunternehmungen vor der britischen Ostküste. Dem folgte eine längere Werftliegezeit in Vorbereitung des Unternehmens „Weserübung“, also der Besetzung Norwegens und Dänemarks.

Im Einsatz vor Norwegen

Während dieser Aktion gehörte die „Königsberg“, welche nunmehr unter dem Kommando von Kapitän zur See Heinrich Ruhfus stand, gemeinsam mit dem Kreu-

zer „Köln“ und zwölf weiteren Einheiten zur Kriegsschiffgruppe 3, deren Ziel die Besetzung Bergens war. Deshalb transportierte der Flottenverband Landungstruppen, nämlich zwei Bataillone des Infanterieregiments 159, zwei Kompanien des Pionier-Bataillons 169, zwei Kompanien Marine-Artillerie sowie den Stab der 169. Infanteriedivision – insgesamt rund 1900 Angehörige der Wehrmacht.

Die „Königsberg“ und ihre Begleitschiffe liefen in der Nacht zum 8. April 1940 aus Wilhelmshaven aus und erreichten am Folgetag den Byfjord, also den Zugang nach Bergen. Dort wurde der Kreuzer zunächst von dem alten norwegischen Zerstörer „Garm“ attackiert und dann

von den 21-Zentimeter-Küstenbatterien der Inselfestung Kvarven Fort beschossen. Dabei schlugen auf der „Königsberg“ drei Granaten ein. Dennoch erreichte sie nach dem Gefecht den Hafen von Bergen, der sich ab dem Mittag des 9. April in deutscher Hand befand. Durch die kassierten Treffer konnte der Kreuzer allerdings nur noch 24 Knoten schnell fahren. Deswegen konnte er nicht sofort nach Deutschland zurückkehren, sondern musste in Norwegen bleiben. Doch das bedeutete gleichsam das Todesurteil für die „Königsberg“.

Schwere Treffer kassiert

Noch am 9. April 1940 wurde sie an ihrem Liegeplatz am Skoltegrundkai von britischen Flugzeugen angegriffen – ohne Erfolg. Am Tag darauf ertönte um 7.30 Uhr erneut Fliegeralarm, woraufhin 15 britische Sturzkampfbomber vom Typ Blackburn B-24 Skua über Bergen am klaren Himmel auftauchten. Diese Maschinen kamen von der Royal Naval Air Station Haston auf den rund 350 Kilometer entfernten Orkney-Inseln und gehörten zu den Squadrons 800 und 803 der Marineflieger des Empire. Ihnen gelang es, das deutsche Plakfeuer zu durchstoßen und drei schwere Wirkungstreffer auf der „Königsberg“ zu landen, durch die es 18 Tote und 23 Verwundete gab. Die „Königsberg“ war dadurch so schwer beschädigt, dass sie um 10.51 Uhr an ihrem Liegeplatz kenterte.

1941 wurde das Wrack behelfsmäßig abgedichtet und kieloben in den Hafenteil Hagenaes geschleppt. Die Wiederaufrichtung der „Königsberg“ erfolgte aber erst am 17. Juli 1942 nach der Abtrennung etlicher Aufbauten. Anschließend lag der Schiffstorso im Hafenbereich von Laksevaag und diente als Pier für deutsche U-Boote, bis er am 22. September 1944 erneut kenterte. Nach dem Krieg verschroteten die Norweger die letzten Überreste des Leichten Kreuzers „Königsberg“.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Gedenktafeln der Stalin-Opfer verschwinden aus Russland

Erst erlaubt, verbietet Putins Führung nun die Plaketten zur Erinnerung an die Opfer des Großen Terrors

Das Projekt „Die letzte Adresse“ ist eine zivile Initiative der Organisation „Memorial“, die ab 2014 in der Russischen Föderation gestartet wurde. Ziel des Projekts ist es, die Erinnerung an Menschen zu bewahren, die während des Großen Terrors Opfer politischer Repressionen waren und später rehabilitiert wurden. Die Idee stammt vom deutschen Künstler Gunther Demnig, Initiator der Holocaust-Gedenkinitiative „Stolpersteine“.

Eine kleine Tafel aus Edelstahl enthält dabei ein Minimum an Informationen über eine Person: Name, Beruf, Geburtsdaten, Verhaftung, Hinrichtung und Rehabilitation. Die wichtigste Informationsquelle für das Projekt ist eine Datenbank mit mehreren Millionen Namen, die Memorial ab den 1990er Jahren gesammelt hatte. Bis 2023 wurden mehr als 1500 Gedenkschilder an Häusern in Dutzenden von Städten installiert.

2017 wurde das Projekt sogar international. Die Tafeln werden seitdem auch in der Tschechischen Republik, der Ukraine, Moldawien, Georgien, Deutschland und Frankreich verlegt. Allein in St. Petersburg wurden von 2015 bis 2023 434 „Die letzte Adresse“-Tafeln an 243 Häusern angebracht. Viele davon befan-

den sich auch an der Wand des berühmten Moskauer Puschkin Museums, wo sie inzwischen jetzt entfernt wurden.

Aus dem „Haus der Spezialisten“ am Lesnoj Prospekt 61 in St. Petersburg wurden in den Jahren 1936–1938 mindestens 40 Menschen willkürlich erschossen. Seit 1989 sind alle rehabilitiert worden. Von 2016 bis 2023 wurden zum Gedenken an die Opfer 34 Tafeln mit den Namen von Wissenschaftlern, Philosophen, Ingenieuren und Arbeitern am Haus angebracht. Die Bewohner behandelten die Tafeln mit Ehrfurcht, denn auch heute noch leben oft Verwandte in diesen Häusern. Doch plötzlich wurden die Tafeln 2023 ohne jede Vorwarnung abmontiert.

Die Schilder hingen und störten nicht nur niemanden, sondern passten auch in die Umgebung und den Kontext. Viele Menschen haben sie ihren Kindern gezeigt und erklärt, was sie bedeuten. Da der Staat die Anbringung der Tafeln erlaubte, gab er gleichsam seine Schuld an den Verbrechen zu und rehabilitierte parallel die Menschen rückwirkend. Ein Akt der Anerkennung, des Gedenkens, der das begangene Unrecht nicht entschuldigt, aber die übernommene Verantwortung dafür bezeugt und dokumentiert.



Als die Plaketten im Jahr 2016 noch erlaubt waren: Eine Hausbewohnerin pflegt die Tafeln am Wohnhaus am Moskauer Smolenskiy Bulwar
Foto: David Krikheli/Wikipedia

Diese Menschen des Stalinterrors haben – wie die ermordeten Juden in den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten – keine Gräber. Durch die Tafeln bleibt die Erinnerung an sie erhalten. Die Erinnerung an das Unrecht soll dafür sorgen, dass so etwas nie wieder geschieht. Doch genau das passt den heutigen Machthabern in Russland nicht.

Die Anwohner der Lesniy Avenue 61 meldeten das Verschwinden der Schilder bei den St. Petersburger Koordinatoren von „Die letzte Adresse“. Diese begannen, den Vorfall zu untersuchen. Schließlich wurden die fehlenden Schilder im Büro der Verwaltungsgesellschaft gefunden. Deren Manager gaben zu verstehen, dass sie gezwungen worden seien, die Schilder

auf Anweisung der Bezirksverwaltung für Wohnungswesen und kommunale Dienstleistungen zu entfernen. Die Bezirksbeamten wiederum erhielten eine solche Anweisung von „ganz oben“.

Das Projekt „Die letzte Adresse“ wurde von der Organisation „Memorial“ initiiert, die 2013 den Status eines ausländischen Agenten erhielt und am 29. Dezember 2021 vom Moskauer Stadtgericht aufgelöst wurde. Zum ersten Mal wurden im Herbst 2020 auf Antrag zweier Mieter 16 Schilder vom berühmten Dowlatow-Haus in der Rubinsteinstraße 23 entfernt. Vier Jahre lang, ab 2015, hatten diese Schilder niemanden gestört. Sie wurden sogar mit dem Einverständnis der damaligen Bewohner des Hauses angebracht.

Unter den Opfern von 1937 und 1938 befanden sich sowohl Nicht- als auch Mitglieder der Partei der Bolschewiki. Bedienstete, Ingenieure, ein NKWD-Offizier, ein Musiker, ein Militärmatrose. Es waren Russen, Juden, Deutsche, Polen, Letten, Griechen. Keine berühmten Persönlichkeiten, sondern Opfer des Großen Terrors. Aber statt der Gedenktafeln stecken nun die Bewohner der Häuser Blumen in die leeren Dübellöcher der Tafeln.
Bodo Bost

FERN DER HEIMAT

Gestrandet in Oksbøl

Fluchtmuseum an der Ostsee – Erinnerung an das größte deutsche Flüchtlingslager in Dänemark

VON TORSTEN SEEGERT

Zum Kriegsende wurden Millionen Deutsche vom Sturm des Krieges aus ihrer Heimat in Ostpreußen, Westpreußen und Pommern über die Ostsee – Pillau, Gotenhafen, Kolberg, Swinemünde und Sassnitz – nach Westen getrieben: Mindestens 113.997 Ostpreußen, 37.294 Danziger und 24.307 Pommern sowie 20.920 Menschen anderer Gebiete strandeten laut der Volkszählung vom 15. August 1946 in Dänemark. Das größte deutsche Flüchtlingslager befand sich für bis zu 35.000 Flüchtlinge in Oksbøl, westlich von Esbjerg, auf Jütland.

Dies war kein Zufall. 1940 war Dänemark von Deutschland besetzt worden. Und: Zunächst wurden in Dänemark ankommende Flüchtlinge in deutschen Militärlagern einquartiert, danach auch in öffentlichen Gebäuden. Am 8. Februar 1945 bekam die deutsche Militäreinheit des 1941 eingerichteten Militärlagers und Truppenübungsplatzes Oksbøl – nur unweit der Tirpitz-Stellung gelegen, einem Teilstück des Atlantikwalls – den Befehl, die Einquartierung und Verpflegung für eine größere Anzahl Flüchtlinge vorzubereiten.

Familienschicksale

Am 21. Februar 1945 trafen dann die ersten 2000 Flüchtlinge mit dem Zug in Oksbøl ein. Bis zur Kapitulation Deutschlands und dem Abzug der Wehrmacht im Mai 1945 wuchs ihre Anzahl auf etwa 10.000 an. Nach der Trennung der Flüchtlinge in deutsche und nicht-deutsche blieben schließlich nur noch die Deutschen in Oksbøl zurück. Das mit Stacheldraht umzäunte Lager, welches durch Deutsche selbst verwaltet wurde, unterstand etwa ab 1. Juni 1945 einer dänischen Leitung. Diese veranlasste den Aufbau weiterer 100-Mann-Baracken.

Das größte deutsche Flüchtlingslager in Dänemark und die gleichzeitig fünfgrößte Stadt des Landes erstreckte sich vom eigentlichen Ort Oksbøl westlich in Richtung Nordsee. Eine Hauptstraße führte mittig in Ost-West-Richtung durch das Lager. Nördlich von ihr lagen die Nordstraßen 1–4 und südlich die Südstraßen 1–3. Weitere 17 Querstraßen teilten das Lager in größtenteils quadratische Flächen, Blocks die mit Buchstaben von „A“ bis „Z“ versehen waren und über



Eine der letzten originalen Baracken unweit vom Lazarett „A“: Hier wurde gelebt, geweint und gelacht – und des Nachts, wie von der Kolbergerin Lotte Giese, an ihre pommerſche Heimat gedacht Foto: Seegert

Block-Küchen sowie Block-Baracken verfügten.

Die Infrastruktur der „Kleinstadt“, die immerhin über dreieinhalb Mal so viele Bewohner wie Pasewalk oder Sassnitz hatte, verfügte neben Straßen auch über ein eigenes Gleisnetz, auf dem mit Loren um 12 Uhr mittags 21 Block-Küchen versorgt wurden, die zwischen 1500 und 2000 Einwohner bedienen konnten.

Zum Lager gehörten neben einem Wasserwerk, einem Klärwerk und einer Badeanstalt auch eine Wäscherei, eine Salzkerei (Einsalzen von 100 Tonnen Hering/Jahr), eine Räucherei und Werkstätten, die den täglichen Bedarf abdeckten.

All das ist heute kaum fassbar! Und auch der Umgang mit den Deutschen und dem Flüchtlingslager war von dänischer Seite nicht einfach. Das drückt auch eine Karikatur aus: Erst kam die Wehrmacht, dann die deutschen Flüchtlinge – die „2. Besetzung Dänemarks“.

Sorgen hatten die Dänen auch, nachdem die Flüchtlinge nicht nach Pommern, West- und Ostpreußen zurückkehren konnten und auch Schleswig-Holstein

Millionen von Flüchtlingen aufgenommen hatte, dass die in Dänemark gestrandeten Deutschen die Minderheit in Nord-schleswig verstärken könnten.

Doch alles kam anders. Ab 1946, vor allem aber ab 1947 verließen die Deutschen Oksbøl. Und so begannen diejenigen, die zuvor die Unterbringung für die Flüchtlinge organisiert hatten, nun mit der Vorbereitung der vollständigen Demontage und Abwicklung. Technische Geräte wie Generatoren oder Pumpen wurden abmontiert und verkauft. Die Bauten riss man ab. Die etwa 450 Baracken, die verwandt waren und daher „be-gast“ wurden, hat man als Sommerhäuser (von 25 bis 85 Quadratmeter) Jütlands für 5000 bis 20.000 Kronen verkauft.

Anlaufpunkt Flugtmuseum

Zeitsprung: 2022 wurde in Oksbøl, beim Lazarett „A“ *ein* oder *das* dänische Fluchtmuseum eröffnet. Es widmet sich in einem der beiden Flügel, die untereinander mit einem viel gelobten Neubau verbunden wurden, dem Thema Flucht im Allgemeinen und im anderen Flügel dem

Thema des deutschen Flüchtlingslagers im Speziellen. Doch es gibt auch Kritik, dass dem eigentlichen Ort des Lagers zu wenig Gewichtung zu Teil wird. Durch einen „Zeittunnel“ soll man in die Vergangenheit des Lagergeländes eintauchen – schwer vorstellbar!

Weitaus beklemmender ist der Besuch des benachbarten Friedhofs. Hier haben neben 121 deutschen Soldaten auch 1675 Flüchtlinge ihre letzte Ruhe gefunden, vor allem Kinder, aber auch Mütter und Großeltern. Wer dazu die Zeilen der selbst im Lager gewesenen Agnes Miegel „O’ Erde Dänemarks“ (1946) liest, dürfte wirklich verstehen. Sie schrieb: „... Aus Deiner Hut kann nichts mehr sie vertreiben. Wir werden weiter wandern. Sie nur bleiben. Und gehen, wie ein Kind vertrauend in Dich ein. Und werden Staub von Deinem Staube sein.“

Heutzutage hört man in der Ferne das Donnern der Artillerie. Auf dem noch in Betrieb befindlichen Truppenübungsplatz wird geschossen.

● www.flugtmuseum.dk

● MELDUNGEN

Epigenetik, Ulanen und Schalmeien

Stettin – Die Odermetropole soll zum „Weltzentrum der Epigenetik“ werden. Dazu wurde das „Regionalzentrum für digitale Medizin und der Entwicklung der Epigenetik“ gegründet, welches molekulare, virologische und genetische Daten auswerten soll, um Vorhersagen zu treffen. TS

Torgelow – Am 1. Oktober verlieh der pommerſche Landrat Michael Sack (CDU) Ehrenamtspreise. Preisträger war in der Kategorie „Kunst und Kultur“ die 1960 gegründete Rossower Schalmeienkapelle. Die 60 Musiker bewältigen deutschlandweit bis zu 80 Auftritte pro Saison. TS

Swinemünde – Das derzeit immer noch nur per Boot erreichbare Fort Gerhard arbeitet an einer neuen Attraktion: Eine sehr seltene Zwölf-Zentimeter-Haubitze von 1912 soll in dem Museum wieder aufgearbeitet werden. So könnten die „1 ½ Tonnen Krupp-Stahl“ zum Blickfang werden. TS

Ueckermünde – Am vergangenen Sonnabend wurden am Stettiner Haff die „Deutschen Meisterschaften Gymnastik und Tanz“ ausgetragen. Sieger wurden der Oldenburger Turnbund Stella (Altersklasse Jugend Gymnastik) und der TSC Neubrandenburg (Altersklasse 18+ Gymnastik). TS

Demmin – Der Heimatverband Mecklenburg-Vorpommern und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge haben das Ulanendenkmal zur Gedenkstätte dieses Monats gekürt. Es wurde 1924 zu Ehren des „2. Pommerſchen Ulanen-Regimentes Nr. 9 Demmin“ errichtet und 1945 durch die Rote Armee zerstört. 1993 bildete sich eine Arbeitsgemeinschaft zur Wiederherstellung des Denkmals, das am 23. Mai 1995 neu eingeweiht wurde. Demmin war bis 1920 Garnisonsstadt der Weißen Ulanen. TS

Stralsund – Der MSC Nordsterne Stralsund (Meister 2023) musste sich beim Speedway-Bundesliga-Finale am 2. Oktober dem MC Güstrow Torros mit 36:48 geschlagen geben. Der Vize-meister erwartet nun am 19. Oktober um 17 Uhr seine Fans zum „Ostseepokal“ im Paul-Greifzu-Stadion. TS

HINTERPOMMERN

Gutshaus Hebrondamnitz gibt Geheimnis preis

Seltener Fund – Die Märchen-Brüder Grimm überraschen nach vielen, vielen Jahren in pommerſchem Gutshaus

Zu den Gutshäusern in Hinterpommern, denen nach 1945 ein günstiges Schicksal beschieden ist, gehört Hebrondamnitz [Damnica]. Die Landgemeinde lag im Landkreis Stolp im Regierungsbezirk Köslin. Eine spannende Geschichte umgibt das Gutshaus.

Bereits 1407 erwähnt, gehörten zu den Besitzern die Brüder von Stojentin und die Familie von Schwawe. Auch eine schottische Familie reihte sich ein. Als die Anhänger der Königin Maria Stuart verfolgt wurden, floh der schottische Edelmann Alexander Hepburn nach Stargard in Pommern. Sein am 16. Oktober 1584 in Stargard geborener Sohn Daniel Hepburn war im Dreißigjährigen Krieg kaiserlicher Obrist und erwarb im Jahr 1617 das Gut Damnitz. Im 18. Jahrhundert gehörte der

Besitz der Familie Hainsky. Henriette Dorothea von Hainsky heiratete den Oberamtmann Johann Christoph von Thiele.

Nach seinem Tod 1756 kam durch ihre zweite Ehe Friedrich Bogislaw von Puttkamer ins Spiel, der später Landrat des Kreises Stolp wurde. In der Familie Puttkamer verblieb das Gut bis in das 19. Jahrhundert hinein. 1835 erwarb Oberstleutnant Heinrich Karl Philip von Damnitz das Gut. Letzte Besitzer waren Richard von Blankensee (1884), Freiherr Karl von Gamp-Massaunen (1910), Klara Freifrau von Gamp-Massaunen (1924) und Karl Armster-Gamp (1938).

Nach 1945 und der kompletten Vertreibung der deutschen Bevölkerung wurde das Gebäude von der Forstverwaltung, später als Technische Hochschule und ab



Das ehemalige Gutshaus Hebrondamnitz: Es beherbergt auch heute noch eine prachtvolle Innenausstattung

1955 als Staatliche Bildungsanstalt genutzt. Dadurch wurde es nicht zerstört wie viele andere Gutshäuser und Schlösser.

Von der wundervollen Ausstattung ist einiges erhalten geblieben. Prachtvoll ist das Spiegelzimmer. In der Marmorbibliothek wächst eine inzwischen 13 Meter hohe Palme. Sie ist bereits 120 Jahre alt und wurde 1919 aus Palästina mitgebracht.

Im September dieses Jahres wurden bei Restaurierungsarbeiten der Jagdhalle unter der Wandverkleidung Wandmale-reien mit Motiven aus Grimms Märchen entdeckt. Das lässt den Schluss zu, dass sich in diesem Bereich einmal Kinderzimmer befunden haben. Man arbeitet jetzt daran zu ergründen, wann einst die Male-reien entstanden sind. Wir dürfen gespannt sein. Brigitte Stramm

„Nicht nur die Volksparteien siechen dahin“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Für mich steht der Einsturz der Carolabrücke in Dresden stellvertretend für den derzeitigen Zustand von Deutschland!“

Riggi Schwarz, Büchenbach
zum Thema: Einstürzende Altbauten
(Nr. 38)



Ausgabe Nr. 39

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

GEFÄHRDETE DEMOKRATIE ZU: DAS GEFÄHRLICHE SPIEL MIT DEN REGELN DER DEMOKRATIE (NR. 40)

Die alten Griechen waren die Erfinder der Demokratie. Ihr System war allerdings nur eine Sklavenhalterdemokratie. Die Sklaven hatten kein Mitspracherecht.

Das Wort Demokratie bedeutet laut Wikipedia „Macht oder Herrschaft des Volkes“. Sie wird charakterisiert durch die Teilnahme aller Staatsbürger an der politischen Willensbildung und durch geheime Wahlen. Sämtliche Argumente der gesellschaftlichen Gruppen müssen auf den Tisch und ohne Scheu öffentlich diskutiert werden können.

Das Wahrzeichen einer echten Demokratie ist das Einhalten von Spielregeln – gewählt ist gewählt, auch wenn es für den einen oder anderen Teilnehmer nachteilig sein möge. Man kann nicht die Resultate nur dann akzeptieren, wenn sie dem eigenen Vorteil dienen, so Egon Bahr.

Wer ständig die Spielregeln ändert, um an der Macht zu bleiben, untergräbt die Demokratie.

Dr. Karl Hahn, Bad Salzungen

IST HYBRID DIE LÖSUNG? ZUM WOCHENRÜCKBLICK: DIE VERLÄSSLICHEN (NR. 39)

Der Autor verweist auf die neue Idee aus den Reihen der Sozialdemokraten: eine Abwrackprämie für Leute, die ihren Benzin verschrotten lassen, um auf eine Elektrokarre umzusteigen.

Eine Abwrackprämie zur Ankurbelung des Automobilverkaufs hatten wir ja schon einmal zur Merkel-Zeit. Aber was kommt dabei heraus? Es werden zumindest in erheblichem Umfang noch brauchbare Autos verschrottet, was nach meiner Sichtweise Verschwendung von Vermögenswerten und Ressourcen ist.

Der Verkauf von Elektroautos stockt zurzeit und soll mit fragwürdigen Methoden gefördert werden. Ich habe mal in einer Fernsehsendung den früheren VW-

Chef Ferdinand Piëch gesehen. Als er auf den Elektroantrieb für Autos angesprochen wurde, zeigte er eine nonverbale Reaktion, aus der ich geschlossen habe, dass er davon überhaupt nichts hält. Und Piëch war Techniker. Er hat wohl die Engpässe, was Reichweite und Nachladen betrifft, klar erkannt.

Nach meiner Einschätzung wäre der Hybridantrieb sinnvoll. In freier Landschaft fährt man mit dem Verbrennermotor, natürlich mit gereinigten Abgasen und lädt die Batterie auf. In einer Ortschaft schaltet man auf Elektro um und fährt abgasfrei. Das totale Verbrennerverbot ist ideologisch bedingter Irrsinn.

Gerhard Synowzik, Stadtdoldendorf

VORHERSEHBARES SCHEITERN ZU: STEUERT DEUTSCHLAND IN EINE KRISE DES POLITISCHEN SYSTEMS (NR. 37)

Absturz einer Volkspartei? Es gibt noch Zeitgenossen, einschließlich Parteimitgliedern der CDU/CSU, die diese Partei als Volkspartei bezeichnen. Doch die Christdemokraten haben ihren Absturz schon 2015 eingeleitet mit einer Bundeskanzlerin, die nicht nur von ihren Parteisoldaten, sondern auch vom Volk keinen Widerspruch duldete. Natürlich hat auch die SPD strammgestanden. Versuche einiger Parteimitglieder (darunter auch Merz und Söder) Angela Merkel in die Schranken zu weisen, sind kläglich gescheitert.

Ex-Kanzlerin Merkel hat die AfD vom ersten Tag an verurteilt, obwohl die Gründungsmitglieder 2013 eher Euroskeptiker waren und sich klar zur damaligen Griechenlandkrise geäußert haben. Frau Merkel war seinerzeit der Ansicht, dass die Hilfe für Griechenland alternativlos sei. Schon zu diesem Zeitpunkt hat die damalige Bundeskanzlerin die AfD verdammt und deutlich gemacht, dass mit einer solchen Partei nicht gesprochen werden dürfe. Das war ein großer Fehler.

Hätte man diese Partei zu möglichst vielen Veranstaltungen mit eingeladen, wäre ersichtlich gewesen, welches Ziel die

AfD wirklich hat. Später gab es unter der Regierung Merkel eine Vorgehensweise, die an Stasimethoden erinnerte, nämlich das Ausspionieren von Personen während der Corona-Zeit (zum Beispiel wer keine Maske aufgesetzt oder wer und wie viele Besucher jemand empfangen hat). Glauben denn ihre Nachfolger, dass die Menschen das vergessen haben, auch wenn man nach Jahren solche und ähnliche Vorgehensweisen bedauert?

Seit 2021 haben wir nun den ehemaligen Auszubildenden von Merkel, Olaf Scholz, an der Macht. Er macht stumpf das weiter, was er gelernt hat, und das zusammen mit einer Koalitionspartei, die eine Außenministerin hat, die mehr von Mode versteht als von Diplomatie.

SPD, Grüne und FDP sind abgestürzt. Jene stellen sich allen Ernstes die Frage, wie das geschehen konnte. Sie hätten doch alles für das Volk getan und jetzt wurde es ihnen so gedankt? Das Volk hat also Schuld. Von jahrelanger Unfähigkeit der vorgenannten Parteien ist keine Rede. Jetzt muss damit gelebt werden, dass andere Parteien die Gewinner sind.

Ruprecht Polenz, der ehemalige Generalsekretär der CDU, ist der Ansicht, lieber solle die CDU/CSU in die Opposition gehen, bevor eine Koalition mit der AfD oder BSW erfolgt. Zunächst hat er das allerdings nur auf Thüringen und Sachsen bezogen.

Tatsache ist aber auch, dass nicht nur die oben genannten Parteien abgestürzt sind, sondern ein ganzer Staat kurz vor dem Absturz steht. In den letzten zirka zehn Jahren haben die jetzige und vorherige Regierung kaum ein politisches Feld für ihr Versagen ausgelassen. Auch der kleine Versuch eines Gespräches zwischen den Herren Olaf Scholz und Friedrich Merz in den letzten Tagen ist kläglich gescheitert, vielleicht sollte man sagen: Das Scheitern war vorhersehbar.

Wir brauchen Politiker, die von dem, wofür sie gewählt werden, etwas verstehen, Menschen, die wissen, was ein Volk überhaupt ist. Benötigt werden keine erwachsenen Auszubildende, die auf dem Stand der Ausbildung stehengeblieben

sind, sondern Menschen, die wissen, was echte Arbeit bedeutet, Menschen ohne gravierende Gedächtnislücken.

Nicht nur die sogenannten Volksparteien siechen dahin, sondern eine einst so erfolgreiche Nation siecht genauso dahin. Mit den geeigneten Leuten in der Politik kann es wieder so werden.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

ÜBER DIE SCHULD SPRECHEN ZU: POLEN ÜBERNIMMT HAUPT- MANN KAMPFLOS (NR. 37)

Ich begrüße die jetzt vereinbarte Leistung. Ich freue mich aber auch, wenn wir als damals Vertriebene und Enteignete den Wert unserer Häuser und Ländereien erstattet bekommen. Kriegsfolgen sind keine Einbahnstraßen. Polen erhielt fast ganz Schlesien, Pommern, Westpreußen mit Danzig und den größten Teil von Ostpreußen. Wie oft wollen wir uns noch entschuldigen, wie es unser Bundespräsident gegenüber den Polen zu tun pflegt – zuletzt wieder im August 2024?

Der Historiker Jan Józef Lipski hat bereits vor vielen Jahren diese Sätze geschrieben: „Wir müssen uns gegenseitig alles sagen, unter der Bedingung, dass jeder über seine eigene Schuld spricht. Wenn wir das nicht tun, erlaubt uns die Last der Vergangenheit nicht, in eine gemeinsame Zukunft zu gehen.“ Wann hat jemals ein polnischer Präsident polnische Verbrechen öffentlich auf deutschem Boden benannt?

Um es ganz deutlich zu sagen – und ich relativiere die deutschen Verbrechen damit ausdrücklich nicht –, begann das Morden an der deutschen Minderheit in Polen bereits vor dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht, also vor dem 1. September 1939. Man entfachte in der Zweiten Republik eine gewaltige Hetze gegen Bürger deutscher Nationalität. Das endete mit großen Verlusten an Menschen aufseiten der Eskortierten.

*Edmund Ferner, Burg auf Fehmarn,
Landmannschaft Ostpreußen, Ehrenvorsitzender Landesgruppe Schleswig-Holstein*

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro
Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

LESESTOFF

Spannender als jede Politik

Ohne Krimi ging der Kanzler (fast) nie ins Bett – Konrad Adenauer und seine Schwäche für den angelsächsischen Kriminalroman

VON ANSGAR LANGE

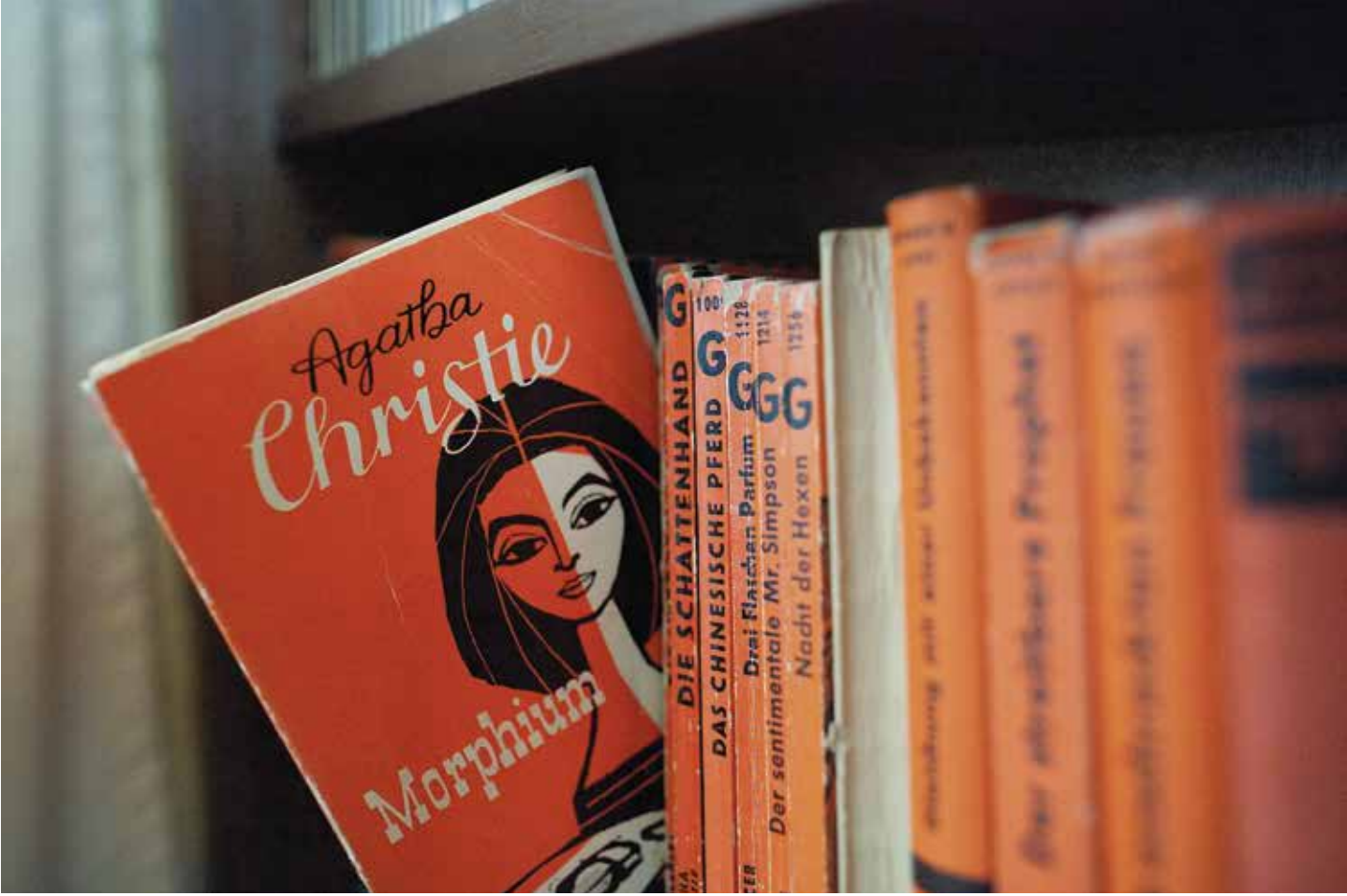
Konrad Adenauer hatte neben der Politik auch ein Privatleben mit vielen Hobbies. So konnte er bei der Gartenarbeit oder beim Bocciasspielen – nur verlieren konnte er als „politisches Alphetier“ nicht so gut – prima entspannen. Der Gründungskanzler der Bundesrepublik versuchte sich Zeit seines Lebens als Erfinder und Tüftler. Auch klassische Musik und Kunst fanden sein Interesse.

Wen es nach Rhöndorf, einem Stadtteil von Bad Honnef bei Bonn, verschlägt, sollte sich unbedingt das frühere Wohnhaus des 1967 verstorbenen Bundeskanzlers anschauen. Hier fühlt sich der Besucher dem ansonsten sehr reservierten Adenauer sehr nahe, denn die sehr wohnliche und gemütliche Atmosphäre liefert einen schönen Eindruck davon, was dem Privatmann Adenauer wichtig war.

Auch in Büchern fand der vormalige Kölner Oberbürgermeister immer wieder Trost und Entspannung. Er interessierte sich besonders für Lyrik und konnte bis ins hohe Alter viele Gedichte auswendig. Eichendorff, Goethe, Heine und Mörike zählten zu seinen Lieblingsdichtern. Während seiner Verfolgung durch das NS-Regime fand der Verfemte Trost in der Erzählung „Taifun“ des polnisch-britischen Schriftstellers Joseph Conrad.

Was manche nicht wissen ist die Tatsache, dass Adenauer auch ein großer Krimi-Liebhaber war. Diese Leidenschaft teilte der „Alte“ mit Millionen krimibegeristerter Deutscher, denn nicht nur die sprichwörtliche Mimi ging ohne Krimi nie ins Bett. Der Kanzler ließ sich abends oder auch im Urlaub am Comer See gern vorlesen und nickte dann auch schon mal bei Agatha Christie, Edgar Wallace oder Dorothy L. Sayers – seinen bevorzugten Kriminalautoren – ein.

Der hochbetagte Rhöndorfer Hausherr war ein bürgerlich-sparsamer Mensch. Und so befand sich an seinem Bett eine Leselampe mit einer selbstgebauten Zeitschaltuhr. Wenn der „Konni“



Blick ins Bücherregal eines Bundeskanzlers: Die Krimireihe im Goldmann-Verlag hatte es Adenauer besonders angetan

über den roten Einbänden der Münchener Goldmann-Krimis (hier erschien vor allem sein geliebter Edgar Wallace) oder den schwarz-weiß gestreiften Buchrücken der Kriminalromane aus dem Schweizer Scherz Verlag einnickte, ging das Licht automatisch aus.

Adenauers Krimibibliothek ist in den Bücherregalen des Kanzlers in einem Raum im ersten Stock seines Wohnhauses zu finden. Die Originale machen einen abgegriffenen Eindruck, denn sie wurden benutzt und nicht nur ins Regal gestellt. Während der lesende Kanzler keinen Bezug zur zeitgenössischen Literatur der frühen Bundesrepublik – wie etwa Heinrich Böll und Günter Grass – finden konnte, so interessierten ihn die „modernen“, „härteren“ Krimiautoren aus Amerika auch nicht besonders. Ohne Zweifel

steht ein Raymond Chandler literarisch deutlich höher als beispielsweise die „Queen of Crime“, doch Adenauer zog Agatha Christie einem Chandler-Nachfolger wie Ross MacDonald vor. Im Buch „Gänsehaut“ des kalifornischen Autors findet sich ein vernichtendes handschriftliches Urteil: „Schlecht“.

Begeisterung für Edgar Wallace

Von der Literaturkritik wurde der Vielschreiber Edgar Wallace, dessen Werk über 175 Bücher umfasst, eher mit spitzen Fingern angefasst. Adenauer stand offensichtlich zu seiner Leidenschaft. Ende der 1950er und vor allem in den 60er und abgeschwächt noch in den 70er Jahren setzte durch die zahlreichen Verfilmungen ein regelrechter Edgar-Wallace-Boom ein. Als Kriminalermittler Joachims Fuchs

berger oder Heinz Drache, Eddi Arent gab den Trottler vom Dienst und Klaus Kinski den wahnsinnigen Bösewicht. Ähnlich verworren wie die Filme waren auch die Romane, für die sich neben Adenauer aber auch andere prominente Leser wie Adolf Hitler, Graham Greene, Gregor Gysi, Otto Waalkes, Bertolt Brecht oder Heinrich Mann begeisterten.

Während der maßgebliche Adenauer-Biograph Hans-Peter Schwarz eine Vorliebe für Politthriller hatte und über diese „Schwäche“ sogar ein schönes Buch geschrieben hat, ist von Adenauer nichts dergleichen bekannt. Seine außerdienstliche Lektürevorliebe galt der klassischen Detektivgeschichte angelsächsischer Prägung. Als Staatsmann war er mit dieser Neigung nicht allein auf weiter Flur. Frankreichs Staatspräsident François

Mitterrand schätzte den Belgier Georges Simenon und dessen Kommissar-Maigret-Romane. Die „eiserne Lady“ Margaret Thatcher schätzte ihren Landsmann Frederick Forsyth („Der Schakal“) und US-Präsident John F. Kennedy fand nicht nur Gefallen an üppigen Blondinen wie Marilyn Monroe, sondern auch an den Spionageabenteuern von James Bond in den Büchern Ian Flemings.

Inzwischen taucht Adenauer auch immer mal wieder als historische Figur in Krimis und Thrillern von unterschiedlicher Qualität auf. Titel wie „Das Adenauer-Komplot“ oder „Die Akte Adenauer“ tragen den Namen des Kanzlers bereits im Titel. In der von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebenen Zeitschrift „Die politische Meinung“ hat der Autor Christopher Beckmann Adenauers Rolle in der Kriminalliteratur näher untersucht und kommt zu dem Ergebnis, dass dem Bestsellerautor Volker Kutscher das Verdienst zukommt, in seinen Gereon-Rath-Romanen die Figur Adenauers deutlich nuancierter und differenzierter darzustellen, als dies die Erfolgs-Verfilmung „Babylon Berlin“ tut.

So tritt Adenauer bei Kutscher zunächst als Oberbürgermeister von Köln und dann als Verfolger des NS-Regimes in „Der stumme Tod“ auf. Im fünften Band der Rath-Serie („Märzgefallene“) „trifft Gereon Rath im Haus seiner Eltern den Oberbürgermeister, der sich sehr pessimistisch über seine politische Zukunft und die Möglichkeiten äußert, die Nationalsozialisten wieder aus der Regierung zu vertreiben“ (Christopher Beckmann).

Wie „heilig“ Adenauer seine persönliche Krimilektüre war, illustriert folgende Episode, die der frühere Biberacher Oberbürgermeister Claus-Wilhelm Hoffmann erzählt hat. Als junger Rundfunkfasser beim Bundespresseamt überbrachte er im März 1953 persönlich die Nachricht vom Tod Josef Stalins an den Bundeskanzler. Dieser empfing ihn im Morgenmantel und entgegnete nach Empfang der Nachricht: „Sie haben mich gerade beim Lesen eines Krimis gestört.“

GELDANLAGE

Luxusflaschen für den Tresor

Wenn jeder Schluck Wein eine Sünde ist – Spitzenweine trinkt man nicht, sie bleiben als Kapitalanlage stets ungeöffnet

Den Johann Wolfgang von Goethe fälschlicherweise untergeschobenen Spruch vom Leben, das viel zu kurz sei, um schlechten Wein zu trinken, teilen viele Weinliebhaber. Da stellt sich die Frage, was einen guten Wein ausmacht und was er kosten darf. Denn so manch edler Tropfen eignet sich auch für die etwas längere Lagerung und erfährt mit zunehmendem Alter eine ansehnliche Wertsteigerung. Die Investition in Wein ist deshalb für immer mehr Weinliebhaber – ein gut klimatisierter Weinkeller vorausgesetzt – eine interessante Alternative zu Aktien.

Lage, Region, Bodenbeschaffenheit, Klima, Reifung im Holzfass oder im Edelstahltank – all das sind Faktoren, die eine große Rolle beim Weinanbau spielen, und zwar unabhängig davon, ob es sich um Rot- oder Weißwein handelt. Während der eine Winzer auf alte Reben setzt, nutzt ein anderer Reben mittleren Alters und schneidet sie zurück. Der Ertrag wird dabei verringert, die Qualität jedoch erhöht. Massenproduktion steht bei beiden Konzepten nicht im Vordergrund, sondern ein exquisiter Wein. Namhafte Wein-

güter, die sich mit ihren Rebstöcken und ihrem Produktionsansatz einen Namen gemacht haben, sind nicht an großer Menge interessiert. Ein guter Tropfen hat seinen Preis. Erst recht ein guter Tropfen aus einem exzellenten Jahrgang.

Gute Weine gibt es viele, Spitzenweine dagegen sind selten. Die ganz hohen Preise erzielen jedoch ausschließlich Raritäten. Spitzenweine, von denen nur wenige Flaschen zum Verkauf stehen, die durch lange Lagerung einen komplexen

Geschmack hervorbringen. Hier sind es vor allem Bordeaux-Weine, manchmal auch Burgunder, die sich als herausragend erweisen. Was die Gebiete betrifft, sind es vor allem Frankreich und das Napa Valley in Kalifornien, die exquisite Weine hervorbringen. Während die jungen Weine durch Lagerung an Wert gewinnen, kann eine Flasche im Laufe von Jahren oder Jahrzehnten ihren Ursursprungspreis vervielfachen. Bis zu 12.000 Euro und mehr kann eine Flasche eines Spitzenweins aus einem Spitzenjahrgang kosten.

Wer seine Investition über viele Jahre hinweg unangetastet im Weinkeller reifen lässt, kann auf weit höhere Preise hoffen. Ein Bordeaux vom Château Margaux aus dem Jahr 1900 erzielte bei einer Auktion im Jahr 2009 einen Preis von 233.000 US-Dollar. Ein anderes Beispiel: Im Jahr 2018 wechselte bei einer Auktion eine Flasche Romanée-Conti aus dem Jahr 1945 sogar für stolze 558.000 US-Dollar den Besitzer. Dieser Burgunder gilt als einer der besten Weine aller Zeiten.

Weder Gebiet noch Winzer sind aber eine Garantie für eine lohnende Wertstei-

gerung. Gekauft wird Wein als Wertanlage nicht erst dann, wenn die Flaschen ausgeliefert sind, sondern bereits vorab, wenn der Wein noch im Fass lagert. Subskription heißt das Zauberwort, mit dem der Anleger den Wein vorab erwirbt. Nach den ersten Monaten der Reifung zeigt sich bereits, was in dem Wein steckt. Doch nur Kenner können bei der Verkostung des noch jungen Weines ahnen, wie er sich in den nächsten Jahren entwickeln kann.

Jedoch liegt die Fachwelt mit ihrer Einschätzung manchmal nicht ganz richtig. Auf die eigene Nase und den eigenen Gaumen muss sich ein interessierter Anleger nicht verlassen. Es reicht die Londoner Wein-Börse zu beobachten, um sich zu informieren. Im Gegensatz zu Aktien bietet Wein den Vorteil, dass er als Anlageobjekt keine großen Verluste bereitet. Und: Es besteht immer noch die Möglichkeit, den guten Tropfen Flasche für Flasche zu genießen. Wie heißt es – diesmal wirklich – bei Wilhelm Busch in seiner „Knopp-Trilogie“? „Rotwein ist für alte Knaben / eine von den besten Gaben.“

Stephanie Sieckmann



Teurer Tropfen: Ein Flasche Romanée-Conti von 1945 gilt als teuerster Wein der Welt

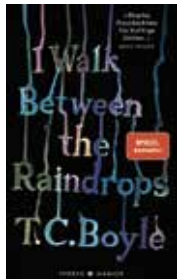
● FÜR SIE GELESEN

Verblüffende
Leichtigkeit

Der amerikanische Schriftsteller T.C. Boyle verblüfft mit seiner Leichtigkeit, Situationen zu beschreiben. Bei den in „I walk between the Raindrops“ 13 verschiedenen Geschichten, die meist offenbleiben, erzählt er unter anderem von einem Valentinstag, der nachdenklich stimmt, von einem Mann, der einer alten Frau die Wohnung auf Leibreute abkauft, die aber partout nicht das Zeitliche segnen will, oder von einer Frau, die in einem selbstfahrenden Auto sitzt, das nicht nur mit ihr redet wie Alexa, sondern auch die Termine und die Anreise plant und ausführt. Das Auto trifft dann immer mehr eigene Entscheidungen.

Boyle hat zu Recht schon viele Preise erhalten. Jede Erzählung ist gehaltvoll und bildreich beschrieben mit frischen Dialogen. Ein Buch, das Spaß macht – zum Selberlesen oder zum Verschenken.

Angela Selke



T.C. Boyle: „I walk between the Raindrops. Stories“, Hanser Verlag, München 2024, gebunden, 270 Seiten, 25 Euro

REISEFÜHRER DER WOCHE

Ziele für die
gesamte Familie

Der Bodensee lockt mit vielfältigen Landschaften, Archäologie, Geschichte und Kultur



FOTO: SHUTTERSTOCK

Pfahlbaute, der Steinzeit nachempfunden (Bild) in Uhl-lingen, das Zeppelin-Museum in Friedrichshafen, die Inseln Reichenau und Mainau, das Archäologische Landesmuseum in Konstanz und vieles mehr gibt es bei einer

Reise an den Bodensee zu erkunden. Neben allgemeinen Informationen gibt der „Baedeker Bodensee“ in alphabetischer Reihenfolge Auskunft zu allen sehenswerten Orten, reich bebildert und mit nützlichen Tipps.

MRK

Margit Kohl u.a.: „Baedeker Bodensee“, MairDumont Verlag, Gilching, 15. Auflage 2024, flexibler Einband mit Zip-Band, 314 Seiten, 22,95 Euro

VERTREIBUNGSFOLGEN

Elternlose deutsche Kinder
im Polen der Nachkriegszeit

Die in Krakau geborene Autorin Theresa Willenborg beschäftigt sich in ihrem akribisch recherchierten Buch „Kinder im Schatten des Krieges. Heimerziehung in Polen nach 1945“ einem wenig beachteten Thema

VON KARLHEINZ LAU

Theresa Willenborg ist in Krakau geboren und lebt heute in der Bundesrepublik. Sie beschäftigt sich mit dem Schicksal der Ostdeutschen, die als Fachkräfte überwiegend im Bergbau und in der Elektroindustrie in der Republik Polen gebraucht wurden. Ihre erste Publikation zur Thematik „Fremd in der Heimat. Deutsche im Nachkriegspolen 1945-1958“ erschien 1958.

„Kinder im Schatten des Krieges“ beginnt mit einem Überblick über die Entwicklung der Kinderfürsorge und Pädagogik in der Republik Polen. Den Anfang bildet die Teilungszeit, es folgen der Erste Weltkrieg, 1918 die Bildung eines selbstständigen Staates nach über hundertjähriger Teilung sowie der deutschen Besatzung von 1939 bis 1944/45.

Das zweite Kapitel ist der Heimerziehung der Kinder in der Republik Polen nach 1945 gewidmet. Es muss zwischen deutschen, polnischen, russischen und jüdischen Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahren unterschieden werden. Das Hauptaugenmerk legt die Autorin auf die Schicksale der deutschen Kinder. Dies wurde auch ihr Forschungsschwerpunkt.

Die gesamte Darstellung ist sehr dicht und faktenreich. Willenborg hat zahlreiche Quellen ausgewertet und in vielen persönlichen Begegnungen in Polen und in Deutschland mit noch lebenden Zeitzeugen, Verwandten oder Bekannten der Betroffenen gesprochen. Ausgewertete Tage-

bücher und Erinnerungen, Spurensuche in Archiven, Bibliotheken und Museen zeugen vom Ausmaß der Arbeiten für dieses Buch. Es sind in erster Linie polnische Quellen und Einrichtungen. Dieses geballte Material als Grundlage berechtigt die Kernaussage des Buches, dass das Poltern, das Quälen und Misshandeln von Kindern zeit- und systemübergreifend sei.

Beeindruckende Zeugnisse

Ab Seite 109 schildern elternlose Kinder nach 1945 ihre Lebenswege. Es sind Erinnerungen, die erst gegenwärtig ausgesprochen wurden, weitere beeindruckende Zeugnisse werden im Buch dokumentiert. Sie zeigen die unterschiedlichsten Schicksale: Kinder deutscher Eltern, aus deutsch-polnischen Mischehen, Halbweisen, elternlose und von polnischen Familien adoptierte Kinder – „Wolfskinder“.

„In der Volksrepublik Polen ist die staatliche Kinderfürsorge eine der wichtigsten Formen der Fürsorge für die Menschen. Es ist notwendig, die Zahl der Kinderheime zu erhöhen, damit alle bedürftigen Waisenkinder in staatliche Obhut kommen und in den Heimen zu nützlichen Bürgern der Volksrepublik heranwachsen.“ Diese offizielle Aussage zeigt den Anspruch der kommunistisch-sozialistischen Volksrepublik nach einer gemeinsamen sozialistischen Erziehungspolitik und einer gleichzeitigen Polonisierung der zu Erziehenden. Zielgruppe waren eindeutig deutsche Kinder in der Republik Polen.

Das richtete sich klar gegen den großen Konkurrenten, die Erziehungsprinzipien

der katholischen Kirche, die sich am christlichen Menschenbild orientieren. Die Kirche hat bekanntlich einen erheblichen Einfluss auf die polnische Bevölkerung. Die Wendejahre brachten Auflockerungen. Im letzten Kapitel „Danach: Deutscher oder Pole?“ werden ältere Herrschaften – Deutsche und Polen – vorgestellt, die in ihrer Entwicklung in polnischen Fürsorgeeinrichtungen unterschiedliche Identitäten erfahren haben und sich heute als Pole oder Deutscher sehen. Dies sind in beiden Ländern keine Einzelfälle.

Das Buch arbeitet ein Stück Geschichte des Zweiten Weltkrieges und seiner Folgen auf, die bisher hierzulande wenig zur Kenntnis genommen werden. Es stellt aber auch wegen der Fülle seiner Informationen eine wichtige fachliche Publikation für die im Pflegedienst Beschäftigten und Interessenten dar. Es ist verständlich geschrieben, die Ortsnamen sind überwiegend zweisprachig, zahlreiche Schwarz-Weiß-Fotos sind an den Texten orientiert, die beiden Skizzen in den Innenseiten des Umschlages sind eine große Hilfe. Das gilt auch für das Abkürzungsverzeichnis am Beginn der Texte. Insgesamt ein wichtiges Buch über ein Spezial-Thema.



Theresa Willenborg: „Kinder im Schatten des Krieges. Heimerziehung in Polen nach 1945“, Wissenschaftlicher Verlag Berlin, Berlin 2024, broschiert, 262 Seiten, 36 Euro.

VERMÄCHTNIS

Gedankenwelt eines
Komponistenduos

Marguerite Kollo hat die historisch-philosophischen und künstlerisch-biographischen Texte ihrer aus Ostpreußen stammenden Vorfahren veröffentlicht

VON WOLFGANG KAUFMANN

Marguerite Kollo entstammt der bekannten Berliner Operettendynastie der Kollos beziehungsweise eigentlich Kollodzieyskis, welche ostpreussische Wurzeln hat: Sie ist die Enkelin des in Neidenburg geborenen Komponisten Walter Kollo und die Tochter des aus Königsberg kommenden Komponisten und Textdichters Willi Kollo sowie die Schwester des Tenors René Kollo. Nach dem Tode ihres Vaters im Jahre 1988 übernahm Marguerite Kollo die Geschäftsführung der Kollo-Verlage und die Pflege des umfangreichen künstlerisch-biographischen Nachlasses von Walter und Willi Kollo. In diesem Zusammenhang publizierte sie bereits mehrere Bücher, zu denen sich nun der aktuelle Band „Das Verhängnis der Lüge und Der Hass der Giganten. Eine historisch-philosophische Tetralogie“ gesellt.

Wie schon der Untertitel besagt, enthält das Buch vier längere Texte, die allesamt aus der Feder von Willi Kollo stammen. Da wäre zum Ersten eine „geschichtliche Analyse“ des Ersten und Zweiten Weltkrieges, deren Titel auch dem Gesamtwerk seinen Namen gab. Zum Zweiten präsentiert Kollos Tochter einen „authentischen Bericht“ ihres 1904 geborenen Vaters „über das Erlebte in zwei Weltkriegen“. Dem schließt sich der Aufsatz „Eine Tür nach Europa“ an, der von den geschichtlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland handelt. Als Letztes folgt dann ein Konvo-

lut kürzerer Texte, zu denen der satirische Dialog „Frau Europa geht zum Arzt“ von „Dr. Oskar Quengler“ und der an Nietzsche angelehnte philosophische Essay „Die Entwertung aller Werte“ sowie mehrere Gedichte und Aphorismen gehören. Einer davon lautet: „Das Wort ‚Völkerfamilie‘ allein stinkt schon nach Plüsch, nach Onkel Emil und Tante Berta. Völkerfamilie, pfui Teufel, was ist das?“

Die übrigen Aphorismen sind teilweise deutlich länger, das heißt, ihnen fehlt der typische kurz-prägnante Stil, der eigentlich das Wesen eines Aphorismus ausmacht. Auch sonst ist der Band Geschmackssache. Wer sich speziell für die Gedankenwelt von Willi Kollo interessiert, wird ihn wahrscheinlich mit Gewinn zur Kenntnis nehmen. Andere Leser könnten hingegen den fehlenden Zusammenhang zwischen den Einzeltexten vermissen. Aber ein Nachlass ist eben ein Nachlass mit all seinen Lücken, die sich nach dem Tode des Erblassers nicht mehr schließen lassen. Insofern bleibt dann nur die Wahl zwischen der Entscheidung, die Fragmente so zu veröffentlichen, wie sie sind, oder dem Entschluss, sie teilweise oder ganz in der familiären Schublade zu belassen.



Marguerite Kollo (Hg.): „Das Verhängnis der Lüge und Der Hass der Giganten“, Verlag Tredition, Ahrensburg 2024, gebunden, 285 Seiten, 25 Euro

KAISERLICHE VERBINDUNG

Das „Mirakel von Oranienbaum“

Das erste Denkmal für Zar Peter III. in Russland ist ein Geschenk aus Schleswig-Holstein

VON JÖRG ULRICH STANGE

Genau 262 Jahre nach seinem Sturz und gewaltsamen Tod ist dem 1728 in Kiel als Sohn des Herzogs Carl Friedrich von Holstein-Gottorf geborenen russischen Zaren Peter III. in seiner ehemaligen großfürstlichen Residenz Oranienbaum bei St. Petersburg ein offizielles Denkmal durch den Kieler Zarenverein gestiftet worden. Es handelt sich um eine Variante der Bronzeskulptur des Künstlers Alexander Taratynov, die sich bereits seit dem Jahr 2014 am Kieler Schloss, dem Geburtsort Peters III., befindet.

Zunächst nur ein „temporäres Kunstwerk“

Taratynovs Zarenskulptur war schon im Jahr 2018 als „temporäres Kunstwerk“ im Rahmen einer Sonderausstellung am ehemaligen Palais des Großfürsten Peter Feodorowitsch im Park von Oranienbaum als gemeinsame Schenkung des Kieler Zarenvereins und des Bildhauers platziert worden. Aus konservatorischen Gründen erlaubte die damalige Direktion der Peterhof-Museen jedoch nur einen vorübergehenden Verbleib der zeitgenössischen Skulptur. So wurde Jahr für Jahr der „Duldungsvertrag“ verlängert, bis eine neue Führung nach einem Generationswechsel an der Spitze der Verwaltung der Zarenschlösser im Raum St. Petersburg das Denkmalvorhaben des Kieler Zarenvereins und des Künstlers einer Revision unterzog.

Der neue Generaldirektor, seine Stellvertreterin, die Leiterin des Museums Oranienbaum, Elena Bortnikova, und ihre wissenschaftlichen Mitarbeiter befanden im Rahmen ihrer Forschungen, dass die ehemalige Großfürstenresidenz Oranienbaum ein besonderer Ort sei, der durch die historische Persönlichkeit Peters III. bis heute in unvergleichlicher Weise geprägt worden sei: ein architektonisches Schösserensemble, das während seiner Zeit von 1742 bis 1762 zu bedeutender kultureller Blüte aufgestiegen sei. Bortnikova begründete nun die Errichtung eines Denkmals für Zar Peter III. mit den Worten: „Wir wollen, dass dieser Ort nicht nur in historischer Hinsicht mit Peter Fjodorowitsch in Verbindung gebracht wird, sondern auch visuell mit einem Denkmal, um diesen schönen Park mit dem Bild von Zar Peter III. zu identifizieren.“

Forschung würdigt zunehmend Peter III.

Der in Kiel als einziger Sohn aus der Ehe zwischen Herzog Carl Friedrich von Holstein-Gottorf und Anna Petrowna, der ältesten Tochter Peters des Großen, geborene und 1762 auf den russischen Thron gelangte Zar Peter III. galt über fast 250 Jahre hinweg als wenig populär in Russland. Seine Gattin, die spätere Katharina die Große, die in ihrem nahezu grenzenlosen Ehrgeiz schon früh Intrigen gegen ihn inszenierte und seinen Sturz nach nur 186 Tagen Regierungszeit herbeiführte, sorgte auch dafür, dass sein Ruf nachhaltig beschädigt wurde.

Historiker begannen erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert in ihren Forschungen Peter III. differenzierter und damit objektiver zu beurteilen. Man würdigte nun zunehmend sein Reformwerk, das eine Modernisierung Russlands vorantreiben sollte. Das seit zehn Jahren am Kieler Schloss befindliche Denkmal stellt ihn überdies als Friedensstifter dar, denn durch seinen Waffenstillstand mit Preußen trug Peter III. ganz entscheidend dazu bei, den Siebenjährigen Krieg in Europa zu beenden, der etwa eine Million zivi-



Salutschuss zu Ehren des Zaren Peter III. hinter dem Denkmal des russischen Monarchen

Foto (3): Stange

le und militärische Opfer gefordert hatte. Der im Jahr 2008 gegründete Kieler Zarenverein betreibt anhand der vorhandenen Archivalien eigene historische Forschungen zu den ambitionierten politischen Vorhaben des Holsteiners auf dem Zarenthron und lenkt zudem seit 2014 mit dem höchst populären und interaktiven Denkmal für Peter III. den Blick der Bewohner und Touristen der Landeshauptstadt auf diese ungewöhnliche historische Persönlichkeit.

Festakt für das erste Denkmal Peters III. in Russland

Am 8. September reiste eine neunköpfige Delegation des Kieler Zarenvereins über Hamburg, Danzig und Königsberg nach St. Petersburg. „Flugreisen des Vereins in die ehemalige Zarenhauptstadt in früheren Jahren dauerten von Hamburg aus zweieinhalb Stunden. Jetzt benötigen wir aufgrund der EU-Restriktionen zwei Tage“, beklagten Delegationsmitglieder. Dennoch zahlten sich die Strapazen für die Besucher aus. Bei Sonne und Temperaturen über 25 Grad genoss man das umfangreiche Besuchsprogramm.

Die Delegation des Kieler Zarenvereins wurde von der Direktorin der ehemaligen Residenz Peters III. Oranienbaum begrüßt und zunächst durch den Palast und das gerade restaurierte Bilderhaus Peters III. geführt. Anschließend absolvierten der Künstler Alexander Taratynov und ich, der Verfasser dieser Zeilen, in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Kieler Zarenvereins, diverse Fernsehinterviews für mehrere russische Sender. Darauf folgte eine eindrucksvolle Zeremonie zur Übergabe des Denkmals vom Kieler Zarenverein an das Peterhof-Museums-Reservat.

Zunächst unterschrieben die Direktorin Bortnikova und ich als Vorsitzender die Schenkungsurkunden in einem eigens dafür errichteten Zeltpavillon in unmittelbarer Nähe des Denkmals. Mittlerweile waren zahlreiche Ehrengäste eingetroffen, die zum Teil aus Moskau und von jenseits des Uralgebirges eigens zur Teilnahme an diesem Festakt angereist waren. Nach Unterzeichnung der Verträge erfolgten kurze Ansprachen der drei Hauptakteure des Festaktes. Anschließend begaben sich Bortnikova und ich zum roten Band, dass unter dem Trommelwirbel von Grenadieren der „Holsteiner Garde“ in

historischen Uniformen durchschnitten wurde. Dem Ereignis in würdevoller Angemessenheit entsprechend, reichte eine Mitarbeiterin die vergoldeten Scheren auf einem roten Kissen. Unter lauten Hurra-Rufen und Salutschüssen aus einer Kanone erfolgte auf diese Weise die feierliche Denkmalübergabe.



Durchschneiden des roten Bandes bei der Denkmaleröffnung durch Direktorin Bortnikova und den Vorsitzenden des Kieler Zarenvereins Stange

Doch damit war die feierliche Zeremonie keineswegs beendet. Ein Grenadier-Offizier der „Holsteiner Garde“ trug unter den Klängen „Des Großen Kurfürsten Reitermarsch“ im Paradeschritt einen Kranz mit Schleifen in Blau, Weiß und Rot, den Farben Schleswig-Holsteins und Russlands, auf Deutsch und Russisch beschriftet, an das Denkmal des in Kiel geborenen Zaren. Nach einem kurzen Totengedenken überraschte die Schösserverwaltung Peterhof die anwesenden Gäste mit einem spritzigen und eindrucksvollen Feuerwerk.

Das „Mirakel von Oranienbaum“

Ein weiterer Höhepunkt des Festaktes wurde von einem einzigartigen musikalischen Trio präsentiert: Eine erst kürzlich in den Archiven wiederentdeckte Auftragskomposition vom Großfürsten Peter an den Italiener Domenico Dall'Oglio wurde den Gästen von Musikern auf historischen Instrumenten – auf einer Violine, einem Cello und einem Cembalo – dargeboten. Dabei gehörte die besagte

Violine zur Sammlung besonderer und außergewöhnlicher Stücke Zar Peters III. und wurde im Jahr 1741 gefertigt.

Anschließend hatte die Direktion von Peterhof die deutschen und russischen Gäste des Festaktes zu einem kulinarisch anspruchsvollen Büfett im Park von Oranienbaum bei milden Temperaturen eines

chen Museums St. Petersburg mit der wissenschaftlichen Leiterin der Kathedrale, Marina Logunova, dem Kieler Zarenverein bei seinen Besuchen exklusiv den direkten Zugang zu den Gräbern der Romanow-Dynastie. Am marmornen Sarkophag des Herzogs und Zaren Peter III. platzierte eine Delegation vor elf Jahren ein Schmuckgefäß mit deutscher und russischer Inschrift, in dem sich Erde aus dem Kieler Schlossgarten befindet. Die Erde und die Kunstblumenbouquets mit Schleifen der jeweiligen Kieler Abordnungen der vergangenen Jahre in beiden Sprachen werden von der Leitung der Kathedrale seither wohl gehütet und befinden sich auch heute noch auf dem Grab des Kaisers. In diesem Jahr legte die Kieler Delegation Blumen nicht nur auf den Sarkophag Peters III., sondern ebenfalls auf die Gräber der unmittelbaren Familienmitglieder: seiner Mutter Anna Petrowna, seines Sohnes, des Kaisers Paul, und seiner Tante, der Zarin Elisabeth.

Konzert und Bilderausstellung im Königsberger Dom

Da die umständliche Reise von Norddeutschland nach St. Petersburg über Danzig und Königsberg führte, durfte sich die Delegation auf ihrem Rückweg an einem Kurzbesuch in der alten Hauptstadt Ostpreußens erfreuen. Auch dort wurde man von russischen Freunden empfangen, die den Besuch eines Orgelkonzerts im Königsberger Dom organisiert hatten, das am 13. September anlässlich des Jahrestages des Wiederaufbaus des Gotteshauses gegeben wurde. Anschließend hatte die Kieler Delegation das große Glück, im Dom eine beeindruckende Ausstellung des Königsberger Künstlers Romanas Borisowas zu besuchen. Die dort ausgestellten Aquarelle des Malers zeigen die Ruine des Königsberger Doms höchst eindrucksvoll aus unterschiedlichen Perspektiven. Der Dom war bei der Bombardierung Königsbergs vor 80 Jahren im August 1944 von englischen Bombern im Rahmen der planmäßigen Vernichtung deutscher Kulturstätten ohne jegliche militärische Notwendigkeit zerstört worden.

Entscheidender Schritt in eine überfällige Richtung

Als Resümee der feierlichen Übergabe des Denkmals für den in Kiel geborenen russischen Zaren an das Peterhof-Museums-Reservat in Oranienbaum stellen die Mitglieder des Kieler Zarenvereins fest, dass nach nunmehr 262 Jahren der entscheidende symbolische Schritt erfolgt ist, das Urteil über die kulturellen und politischen Leistungen Peters III. künftig nicht nur in der Forschung, sondern ebenfalls in der populären Darstellung nach außen zu revidieren.



Trio mit historischen Originalinstrumenten und der Originalgeige Peters aus dem Jahr 1741

● AUFGESCHNAPPT

Dass 28 afghanische Straftäter zu ihrer Abschiebung nach Kabul je 1000 Euro Handgeld vom deutschen Staat bekommen haben, hatte unlängst für heftigen Unmut in Deutschland gesorgt. Bald stellte sich jedoch die Frage, ob die Afghanen das Geld überhaupt behalten durften, das laut offizieller Begründung ihrer „Verelendung“ in der Heimat vorbeugen sollte. Gerüchten zufolge war ihnen die Summe sofort nach Ankunft in der afghanischen Hauptstadt von den Taliban abgenommen worden. Der Bundestagsabgeordnete Malte Kaufmann (AfD) wollte es genau wissen und stellte eine entsprechende Anfrage an die Bundesregierung. Antwort: „Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.“ Die knappe Replik klingt nicht gerade so, als brenne die Ampelregierung regelrecht vor Neugier darauf, was mit dem Geld geschehen ist. Vielmehr ging es möglicherweise nur darum, sich auf Kosten des deutschen Steuerzahlers und zugunsten der Straftäter als „human“ zu inszenieren – egal, was dann in Wirklichkeit passiert. *H.H.*



● STIMMEN ZUR ZEIT

Grünen-Fraktionschefin Katharina Dröge will als Reaktion auf Wahlniederlagen den „Klimaschutz“ wieder mehr in den Mittelpunkt der Politik ihrer Partei rücken. In der „Welt“ (4. Oktober) warnt Jacques Schuster die Grünen vor einer solchen Schwerpunktsetzung, denn:

„Die Signatur der Zeit hat sich geändert. Jeder spürt es, jeder ahnt es, nur wenige sprechen es aus. Der Zeitgeist wandelt sich. In den vielen Krisen und Kriegen sehnt er sich nach Sicherheit, auch nach militärischem Schutz – und überwachten Grenzen. Nicht mehr die Nachhaltigkeit und die Rettung des Klimas sind ihm wichtig, es ist der Wunsch nach Stabilität und einer funktionierenden Staatlichkeit.“

Sigmar Gabriel, früherer SPD-Chef und langjähriger Bundesminister, unter anderem für Wirtschaft und Energie, äußert im „Handelsblatt“ (6. Oktober) sein deutliches Unverständnis für die Politik der Ampel hinsichtlich der Auto-Industrie:

„Ich habe in meiner Zeit in der Bundesregierung immer davor gewarnt, dem Verbrennungsmotor ein schnelles Auslaufdatum zu setzen und bin dafür heftig kritisiert worden. Ich habe nie verstanden, warum wir Deutschen eine der wichtigsten Säulen unserer Volkswirtschaft und unseres Wohlstands so derartig mutwillig ruinieren.“

Max Roland rümpft bei „Apollo News“ (5. Oktober) heftig die Nase über die Anbiederungsversuche an Sahara Wagenknecht nach den jüngsten Landtagswahlen:

„Die Altkommunistin führt zwei Ministerpräsidenten und einen, der es gerne sein möchte, wie eine Zirkus-Dompteurin durch die Manege – und Kretschmer, Voigt und Woidke geben auch sehr gute, dressierte Elefanten ab. Wenn Wagenknecht und ihre ominöse Vereinspartei als neue Koalitionsbedingung demnächst das Balancieren auf einem Ball fordern, machen die drei sicherlich auch das.“

Gunnar Schupelius widerspricht in der Zeitung „B.Z.“ der Behauptung von FDP-Chef Christian Lindner, die schlechten Wahl- und Umfrageergebnisse der Liberalen seien hauptsächlich die Schuld der Ampel:

„Die FDP machte sich dafür stark, dass man künftig einmal im Jahr sein Geschlecht wechseln kann und dass Ausländer schon nach fünf Jahren eingebürgert werden. Die unkontrollierte Zuwanderung hat sie überhaupt nicht als Bedrohung für den Frieden im Land erkannt ... Die schlechten Ergebnisse und Umfragewerte der FDP hätten mit der Ampel-Koalition zu tun, nicht mit eigenen Fehlern, sagt Christian Lindner. Das ist ein Irrtum.“

● WORT DER WOCHE

„Unsere Zukunft hängt vom Parteitag am 18. Oktober ab. Wenn in Halle herauskäme, wir machen die alte Soße weiter, laufen wir einem Begräbnis entgegen.“

Gregor Gysi im „Tagesspiegel“ vom 3. Oktober zu den Zukunftsaussichten der Linkspartei

DER WOCHENRÜCKBLICK

Ausgerechnet Krenz

Wie Wagenknecht Hof hält, wie ein Lob schadet, und was sich die Regierung sparen kann

VON HANS HECKEL

Berlin ist immer eine Reise wert! Aber muss es denn unbedingt auf allen Vieren sein? Wer so unterwürfig in die Hauptstadt kriecht, sotell sich über den Spott des deutschen Publikums nicht wundern. Michael Kretschmer, Dietmar Woidke und Mario Voigt wundern sich wohl auch gar nicht, selbst wenn sie öffentlich etwas anderes behaupten müssen, der Gesichtswahrung wegen.

Alle drei sind zu Sahara Wagenknecht an die Spree gekrochen, um Koalitionsmöglichkeiten mit dem BSW in ihren Ländern auszuloten. Warum zu Wagenknecht? Die Frau war weder in Sachsen und Brandenburg, wo CDU-Kretschmer und SPD-Woidke Ministerpräsidenten sind, noch in Thüringen, wo CDU-Voigt das gerne werden würde, angetreten. Sei's drum, sie hat das Sagen in ihrer neuen Formation. Aber hätte es die Etikette nicht verlangt, dass Wagenknecht sich in die jeweiligen Landeshauptstädte bemüht, statt die Herren bei sich antanzen zu lassen wie ein persischer Großkönig seine Satrapen?

Habe sie ja gar nicht, behauptet Voigt bei „Markus Lanz“. Er sei sowieso gerade in Berlin gewesen, und da habe er sie eben um einen Gesprächstermin gebeten. Klar: Um eine Audienz sucht immer der Untertan nach, niemals der König. Und die Besprechung findet in den Gefilden des Monarchen statt, nicht in der Hütte des kleinen Krauters. Listig, fast ein wenig sadistisch fragt Lanz dann bei Voigt nach, ob Kretschmer und Woidke auch rein zufällig in Berlin gewesen seien, als sie sich mit der BSW-Ikone trafen. Schon etwas genervt grummelt der zurück, das solle Lanz die beiden selber fragen.

Wagenknecht hat die drei beim Kragen, und sie lässt die Jungs das ganz schön spüren. Die gemeinsame Erklärung der Landespolitiker zum Ukrainekrieg mag sogar einiges an Bedenkenswertem enthalten. In der Politik aber geht es eben nicht nur um die Frage, was geäußert wird und warum, sondern vor allem: warum ausgerechnet jetzt? So rundet die Ukraine-Erklärung das trübe Bild nur ab. Die Symbolik der Unterwerfung, die diese Besuche und die Erklärung zusammen ausstrahlen, hat fast etwas Bemitleidenswertes.

Völlig wolkenlos erscheint der Himmel über Wagenknechts Truppe allerdings auch nicht mehr. Bei den Umfragen von INSA ist das BSW von der Spitze bei zehn Prozent auf

nur mehr acht abgerutscht. Das ist etwas zuviel, als dass man es einfach der Ungenauigkeit solcher Befragungen zuschreiben möchte. Vielleicht ist der eine oder andere Sympathisant des BSW doch überrascht, mit welcher Geschwindigkeit sich die steile Oppositionspartei ins Geschacher des Koalitionspokers gestürzt hat, auch wenn die Spieler bislang bloß feinsinnig von „Sondierungen“ sprechen wollen.

Und als wäre das nicht genug Irritation, steigt auch noch Egon Krenz aus seinem politischen Grab und lobt die junge Partei über den grünen Klee. Krenz! Der war zu seinen aktiven Zeiten der Mann mit dem höchsten Igitt-Faktor unter den SED-Politbüro-Mumien. (Abgesehen von Stasi-Mielke, aber der läuft in dieser Kategorie ohnehin außer Konkurrenz.) Möchten Sie von so einem öffentlich gelobt werden? Sag ich doch.

Das Lob kommt überdies zur Unzeit, da gerade zahlreiche Angehörige der sächsischen CDU-Basis die Meinung kundtun, dass für sie auch Wagenknechts Verein nichts weiter sei als die neueste historische Ausdünstung der alten Honecker-Partei. Exakt als das möchte das BSW aus begreiflichen Gründen gerade nicht gesehen werden. Und dann kommt Krenz.

Dürfen das nur Immigranten?

Was den 87-Jährigen getrieben hat? Na, Rache natürlich. Seine alte SED hatte ihn damals aus der Partei gekegelt. Er sollte etwas von dem gewaltigen Schuldkonto mit in die freie Wildbahn nehmen, um dem Laden einen „Neuanfang“ zu erleichtern. Jetzt will er es ihnen heimzahlen, indem er die parteitaktisch gefährlichste und vermutlich tödliche Konkurrenz seiner treulosen Genossen umschmeichelt.

Die Ampel könnte sich über die Lobeshymne des letzten SED-Generalsekretärs an den BSW amüsieren. Leider beschert sich die Koalition eigenhändig so viel Ungemach, dass sie selbst für einen kurzen Gluckser weder die Zeit noch die Stimmung aufbringt.

Da mussten selbst hart gesottene Veteranen des deutschen Politikbetriebs trocken schlucken: Was war das denn? Das Kabinett beschließt auf Habecks Wunsch zunächst eine „Arsch-hoch-Prämie“ für Bürgergeldempfänger, die wieder arbeiten wollen. Doch kaum ist die Tinte unter dem Beschluss trocken, fallen sie in allen drei Parteien, selbst aus den Reihen von Habecks Grünen, über

Zu seinen aktiven Zeiten war er der Mann mit dem höchsten Igitt-Faktor im Politbüro. Abgesehen von Stasi-Mielke



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de